

politicum

**Josef Krainer Haus
Schriften**

Kommunalpolitik

2

MITARBEITER DIESER NUMMER

Nikolaus AIDELSBURGER
1. Bürgermeister der Gemeinde Oberhaching;
Mitglied des Kreistages; stellv. Vorsitzender des regionalen Planungsverbandes München, BRD

Dr. Christoph BADEL
Univ.-Ass. am Institut für Sozialökonomie der Wirtschaftsuniversität Wien

Dr. Fritz CSOKLICH
Chefredakteur der „Kleinen Zeitung“, Graz

Erich EDEGGER
Stadttrat für Stadtplanung und Wirtschaftsförderung, Graz

Dipl.-Vw. Ing. Prof. Dr. Karl FANTL
Geschäftsführer der Energieverwertungsagentur, Wien

ao. Univ.-Prof. Arch. Dipl.-Ing. Dr. techn. Horst GAMERITH
Technische Universität Graz

Peter HAGENAUER
Mitarbeiter am Institut für Umweltforschung, Graz

Dr. Gerhard HIRSCHMANN
Geschäftsführer des „Modell Steiermark“, ÖVP Steiermark

Herwig HÖSELE
Pressereferent der ÖVP Steiermark

Prof. Kurt JUNGWIRTH
Landesrat, Graz

Dr. Jörg MAUTHE
Stadttrat, Wien

Dr. Friedrich NIEDERL
Landeshauptmann

Dipl.-Ing. Herbert PAIERL
Regionalplaner, Graz

Dr. Manfred PRISCHING
Univ.-Ass. am Institut für Volkswirtschaftslehre der Universität Graz

Wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Hermann SCHALLER
Abgeordneter zum steirischen Landtag

o. Univ.-Prof. Dr. Bernd SCHILCHER
Abgeordneter zum steirischen Landtag

o. Univ.-Prof. Dr. Stefan SCHLEICHER
Institut für Volkswirtschaftslehre der Universität Graz

Dipl.-Ing. Dieter SCHOELLER
Geschäftsführer des Steirischen Volksbildungswerkes

Alfred P. SCHMIDT
Schriftsteller, Graz

o. Univ.-Prof. DDR. Gerald SCHÖPFER
Vorstand des Instituts für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Graz

Dr. Michael STEINER
Univ.-Ass. am Institut für Volkswirtschaftslehre der Universität Graz

Arch. Dipl.-Ing. Josua STUDACH
Chur/Schweiz

Dipl.-Ing. Friedrich ZOPF
Physiker, Graz

AUS DEM INHALT

Friedrich Niederl: Aufgaben der Politik in den 80er Jahren	2
Dieter Schoeller: Kommunalpolitik und Kultur	6
Kurt Jungwirth: Für einen weiten Kulturbegriff	6
Jörg Mauthe: Man muß feiern können	9
Manfred Prisching/Fritz Zopf: Energiekrise ist mehr als Stromkrise	10
Karl Fantl: Die Energiesituation in Österreich	11
Josua Studach: Dezentrale Wärmeversorgung aus heimischen Quellen: Das Beispiel Sent	12
Horst Gamerith: Möglichkeiten des Energiesparens beim Bauen	14
Herwig Hösele: Jeder Gemeinde ihr Medium	15
Fritz Csoklich: Wir leben in einem globalen Dorf	16
Bernd Schilcher: Wie geht es weiter mit den Medien?	17
Peter Hagenauer: Raumordnung als politisches Instrument	19
Nikolaus Aidelburger: Strukturplanung der Gemeinde und Gestaltung im Bauwesen	20
Hermann Schaller: Raumordnung in der Gemeinde	22
Michael Steiner: Kleinräumige Wirtschaftspolitik	25
Stefan Schleicher: Neue Chancen für die Kommunalpolitik	25
Erich Edegger: Wirtschaft und Entwicklungsplanung	28
Gerhard Hirschmann: Selbstorganisation wider die unheimlich bediente Gesellschaft	29
Christoph Badelt: Gesellschafts- und wirtschaftspolitische Aspekte der Selbstorganisation	30
Gerald Schöpfer: Genossenschaften: Anspruch und Wirklichkeit	32
Herbert Paiel: Die Landgemeinde: Politische Wirklichkeit und Möglichkeit	36
POLITICISSIMUS Glossen und Zitate	38
LITERARICUM Alfred P. Schmidt: Warum ich hier stehe	40
EX LIBRIS POLITICIS Bach (Die Landgemeinde) / Bernard-Schlaffer (Notizen über Besuche auf dem Lande) / Bauer-Huber (Zur Finanzierung der städtischen Verkehrsbetriebe in Österreich) / Sperl (WAS)	42

politicum

Herausgeber: Herwig Hösele, Ludwig Kapfer, Dr. Manfred Prisching

Redaktion: Ludwig Kapfer;
Dipl.-Ing. Herbert Paiel

Eigentümer und Verleger: ÖVP Steiermark, für den Inhalt verantwortlich: Ludwig Kapfer, alle 8045 Graz, Pfeifferhofweg 28

Grafische Gestaltung: Georg Schmid

Druck: Styria, Graz, Schönaugasse 64

Bestellungen an Josef-Krainer-Haus, Pfeifferhofweg 28, 8045 Graz



„politicum“ versteht sich als Zeitschrift, die die offene Diskussion pflegt. Namentlich gezeichnete Beiträge müssen daher nicht mit dem offiziellen Standpunkt der steirischen Volkspartei oder mit der Meinung der Herausgeber übereinstimmen. Sie geben die Auffassung des Autors wieder. Unverlangte Manuskripte werden gerne entgegengenommen, denn „politicum“ lebt von der vielseitigen Diskussion und lädt dazu ein. Wir können für solche Manuskripte, die etwa 3 bis 10 Maschinschreibseiten Länge aufweisen sollen, und ihre Rücksendung allerdings keine Gewähr übernehmen.

EDITORIAL

Danke. Das Echo auf „politicum 1“ hat unsere kühnsten Hoffnungen im positiven Sinne übertroffen. Viel Zuspruch (mündlich und auch schriftlich), viele Abonnements, Erwähnungen in der steirischen und auch in der „Wochenpresse“ sind uns Verpflichtung. Wir werden uns mit allem Ernst bemühen, das Niveau des Starts zu halten bzw., wenn möglich, zu verbessern, um uns die Vorschußlorbeeren redlich zu verdienen. Wir bitten unsere p. t. Leserschaft um weitere kritische Resonanz und aktive Mitgestaltung von „politicum“ (mit Vorschlägen und Beiträgen). Um ein Korrektiv und einen unentbehrlichen Ratgeber für unser Redaktionsprogramm zu erhalten, treten wir in diesen Wochen an Persönlichkeiten des öffentlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Lebens mit der Bitte heran, einem Beirat für „politicum“ beizutreten, der mindestens einmal jährlich in einer Plenarsitzung Inhalte und Schwerpunkte abzustechen versucht. Bis jetzt sind der Leiter der Neuen Galerie Graz, Prof. DDr. Wilfried Skreiner, Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Mantl, Univ.-Prof. Dr. Gerald Schöpfer, LAbg. Univ.-Prof. Dr. Bernd Schilcher, Univ.-Prof. Dr. Kurt Salamun und Dr. Karel Kubinzky freundlicherweise unserer diesbezüglichen Einladung gefolgt.

In dieser Ausgabe werden Sie zu den bereits aus der ersten Nummer bekannten Rubriken eine neue finden — „literaricum“. Darin wollen wir regelmäßig die jüngere steirische Literaturszene zu Wort kommen lassen bzw. vorstellen. Den Reigen eröffnet Alfred Paul Schmidt mit einer „story“, die er erstmals während der Kommunalpolitischen Wo-

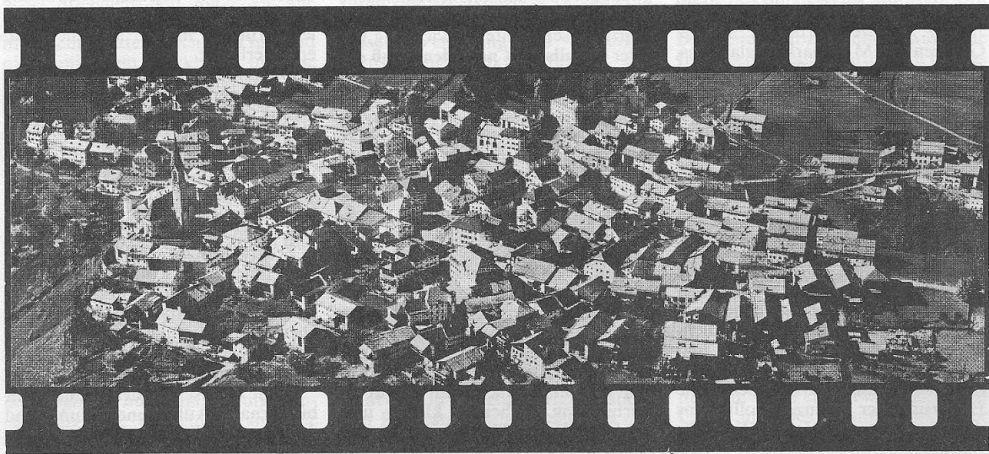
che des Josef-Krainer-Hauses am 15. Jänner 1980 las.

Damit sind wir auch beim Schwerpunkt von „politicum 2“ — Kommunalpolitik. Wir haben in unserem ersten Editorial festgehalten, daß jeweils „wichtige (unter Umständen vernachlässigte) Probleme und/oder Themen der Zukunft“ diskutiert werden sollen. Wie paßt das zur Kommunalpolitik? Sicher ist, daß die Gemeinden allzu lange zu Unrecht als „Gehschulen der Demokratie“ und als „unterste (letzte) Ebene der Politik“ angesehen und vernachlässigt wurden. In den letzten Jahren — sicherlich gefördert durch die allgemeine Demokratiedebatte in der Folge der 68er Bewegung und durch die grundlegende Besinnung auf „small is beautiful“ (die Gemeinde ist schließlich der überschaubarste Ort des politischen Geschehens und regt damit am besten zur Partizipation an) — hat ein bemerkenswerter Wandel eingesetzt. Gerade in den achtziger Jahren wird die Kommunalpolitik auch angesichts der begrenzten Lösungspotentiale zentraler Systeme eine noch wichtigere Rolle spielen.

Ausgehend von diesen Überlegungen veranstaltete das Josef-Krainer-Haus Mitte Jänner 1980 eine — ebenfalls von erfreulichem öffentlichem Echo begleitete — fachlich hervorragend besetzte und ausgezeichnet besuchte Kommunalpolitische Woche, in der sechs wichtige Themenbereiche — Kultur, Energie, Medien, Raumordnung und Bauen, Wirtschaft, Selbstorganisation — eingehend erörtert wurden. Die überarbeiteten Referate sind in „politicum 2“ abgedruckt — jeweils mit einem Vorspann der für die entspre-

chenden Themen in der Woche verantwortlichen Moderatoren, in dem die wichtigsten Ergebnisse der Diskussion zusammengefaßt werden. Landeshauptmann Dr. Friedrich Niederl hielt — sozusagen als „Überbau“ und „Klammer“ — zu Beginn und zum Abschluß der Woche zwei grundlegende Referate, die wir in einem Beitrag zusammengezogen ebenfalls veröffentlichen. Direktor Ludwig Kapfer und der steirische Raumplaner Dipl.-Ing. Herbert Paieryl waren die inhaltlichen und organisatorischen Koordinatoren dieser Veranstaltungsreihe. Paieryl, der die Gesamtedition der vorliegenden Kommunalpolitik-Nummer besorgte, zieht auch in einem eigenen Beitrag seine Schlüsse für künftige kommunalpolitische Stoßrichtungen.

Es bleibt nur noch anzukündigen — „politicum 3“ wird der „Arbeit“ gewidmet sein, zu den bereits in der ersten Ausgabe avisierten sind weitere Nummern zu den Themen „Österreichs Zeitgeschichte — Erste Republik“, „Kunst“ und „Jugend“ in Vorbereitung — und anregende Lektüre zu wünschen.





Friedrich Niederl

AUFGABEN DER POLITIK IN DEN 80ER JAHREN

Wir haben in den hinter uns liegenden 70er Jahren erlebt, wie bei so manchen ein übergroßer Optimismus in einen zum Teil lähmenden Pessimismus umgeschlagen ist. Immer mehr, immer schöner, immer größer, alles ist machbar — diese Vorstellungen und Parolen beherrschten den Beginn des abgelaufenen Jahrzehnts. Heute bewegt viele die Sorge, ob es wohl überhaupt so gut bleiben kann, wie es gegenwärtig ist. Anstelle von neuen Chancen werden vielerorts eher neue Bedrohungen gesehen. Das Mißverhältnis von übertriebenen Erwartungen und bescheidenen Möglichkeiten der 70er Jahre haben sicherlich dieses Klima der Besorgnis gefördert.

Es ist sicher so, daß wir in den 70er Jahren **Grenzen** erfahren haben: Grenzen des Machbarkeitsglaubens, Grenzen einer Politik der großen Zahl, Grenzen der Umweltbelastung, Grenzen eines rein materiellen Fortschrittskonzepts — um nur einige dieser Grenzen aufzuzählen.

Diese Erfahrungen müssen aber nicht zwangsläufig nur negativ aufgefaßt werden, sie können vielmehr nützlich sein: Wir haben ja nicht erfahren, daß der technische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Fortschritt an sich begrenzt oder schlecht ist. Wir haben vielmehr im Gegenteil ein Übermaß an Möglichkeiten vielleicht zu unkritisch und ungesteuert auf unsere Gesellschaft einwirken lassen. Diese spezifische Erfahrung der Grenzen sollte uns daher zu einem gestärkten Bewußt-

sein für Werte und Maßstäbe führen, an denen der Fortschritt zu orientieren ist. Denn Fortschritt soll nicht als Schritt fort vom Menschen empfunden werden, sondern im Dienst des Menschen stehen. Denn letztlich ist der einzelne Mensch Träger und Nutznießer des Fortschritts. Menschengerechter Fortschritt muß daher überschaubar und mitgestaltbar sein. Das heißt auch: Wir müssen uns wieder mehr auf die Eigeninitiative des einzelnen und der kleinen überschaubaren Gemeinschaft besinnen. Wir müssen sie durch eine Politik der Hilfe zur Selbsthilfe ermuntern und stärken.

Die Hauptaufgabe der Politik der 80er Jahre ist daher eine realistische Zukunftsorientierung, die sich einer schrittweisen Weiterentwicklung unserer **Gesellschaft nach dem Maß des Menschen** verpflichtet fühlt.

In dieser Gesinnung haben wir im vergangenen Herbst unsere neue große Modell-Steiermark-Initiative gestartet, in der 21 Arbeitskreise zu allen wesentlichen Fragen, die sich Gesellschaft, Wirtschaft und Politik heute stellen, ihre Beratungen aufgenommen haben. Unser Ziel ist kein unrealistisches Konzept, das vom grünen Tisch aus gemacht wird. Wir wollen uns aber auch nicht mit aktueller Problembewältigung ohne Zukunftsperspektive begnügen. Es geht uns einerseits um die Beschreibung längerfristiger Zielvorstellungen und andererseits um damit in Verbindung stehende kleine und konkrete Vorschläge für heute und

morgen. Diese kleinen Schritte und konkreten Hilfestellungen für jeden einzelnen sollen letztlich auch die großen Linien sichtbar machen. Eine erste solche konkrete Aktion waren im Dezember das Energiesparbuch des Modells Steiermark und ein Bündel von steirischen Energiesparmaßnahmen, die ein überaus breites Echo gefunden haben.

Überschaubarkeit und Bürgernähe — Gebot der Stunde

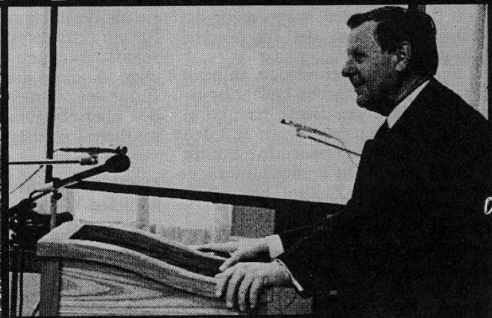
Ich habe es schon betont: Überschaubarkeit in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft wird gerade in den 80er Jahren gesteigerte Bedeutung haben. In der politischen Ordnung wird damit eine Stärkung des föderalen Prinzips immer aktueller und erforderlicher.

Denn es ist heute bereits ein Allgemeingut: Eine zentralistische Politik der großen Zahl muß scheitern.

Übertriebener Zentralismus ist unüberschaubar. Er erstickt somit die Eigeninitiative und kann eine verhängnisvolle Staatsverdrossenheit zur Folge haben.

Zentralistische Einheitslösungen sind teuer und schlagen alles über einen Leisten. Sie führen zu einer dauernden Überlastung der öffentlichen Haushalte und nehmen auf die individuellen Bedürfnisse des Menschen zuwenig Rücksicht.

Mehr Überschaubarkeit und mehr bürgernahe Aufgabenerfüllung sind daher ein Gebot der Stunde. Nicht



teure Zwangsbeglückung, sondern eine differenzierte Politik der Hilfe zur Selbsthilfe sind gefragt. Die Selbstständigkeit und Eigeninitiative des einzelnen, der kleinen Gemeinschaften, der Gemeinden müssen gezielt angeregt und gefördert werden.

Dies verlangt in der politischen Ordnung ein klares Bekenntnis zur **Stärkung des Föderalismus**. Länder und Gemeinden sind natürlich Partner einer bürgernahen Aufgabenerfüllung. Sie sind daher in der Föderalismusdiskussion natürliche Verbündete. Diese Föderalismusdiskussion aber darf nicht bei Lippenbekenntnissen und im Abtausch von Schlagworten steckenbleiben.

Die Föderalismusdiskussion ist jedenfalls für die vordergründige Parteipolitik zu wichtig und zu schade.

Was wir zu einer echten inhaltlichen Auseinandersetzung und zu sinnvollen Lösungen beitragen können, werden wir daher tun.

So appelliere ich auch an alle verantwortungsbewußten Politiker in diesem Staate, gleiches zu tun und nicht mit dem Hickhack um die Bezirkshauptmannschaften von den eigentlichen Problemen abzulenken.

Denn mit einer mutwilligen Zerstörung einer bestens bewährten bürgernahen Serviceeinheit der Landes- und mittelbaren Bundesverwaltung ist niemandem gedient. Gewählte Bezirksparlamente würden nicht nur neue Bürokratien aufblähen und durch ein Kompetenzwirrwarr eine größere Rechtsunsicherheit verursachen. Gewählte Bezirksparlamente würden vielmehr auch Kompetenzen der Gemeinden an sich ziehen. Dazu müssen wir schon feststellen: Der Grundgedanke des Föderalismus ist die möglichst bürgernahe Aufgabenerfüllung. Die Gemeinden sind die bürgernächste Ebene von Politik und

Verwaltung. Durch eine Kompetenzverlagerung von Gemeinden zu Bezirken würde daher der Gedanke des Föderalismus ins Gegenteil verkehrt. Den Bezirken ist mit einer **gezielten Regionalpolitik**, wie sie in der Steiermark betrieben wird, viel mehr gedient, als mit einer zweifelhaften Demokratisierung und Bürokratisierung.

Soviel zu dieser Frage, in der ich auch eine parteiübergreifende Solidarität führender Landes- und Gemeindepolitiker feststelle.

Wir wollen mehr Rechte, Aufgaben und Möglichkeiten für Länder und Gemeinden. Entscheidend dafür ist die entsprechende materielle Grundlage. Man kann nicht den Ländern und Gemeinden neue Aufgaben übertragen, ohne ihnen die finanzielle Basis zu geben. Wir leben in einer verbundenen Finanzwirtschaft aller Gebietskörperschaften. Es geht daher nicht darum, daß Länder und Gemeinden neue Steuern und Abgaben einheben. Die Belastung des Staatsbürgers ist ohnehin hoch genug. Es geht vielmehr um eine bessere Verteilung des Steuerkuchens. Angelpunkt dafür ist der **Finanzausgleich**, bei dem der Finanzminister derzeit einfach gesetzlich diktieren kann, was er will. Wir verlangen daher ein Zustimmungsrecht sowohl der Länder als auch der Gemeinden zum Finanzausgleich. Dabei ist der Erfahrungstatsache Rechnung zu tragen, daß bürgernahe Aufgabenerfüllung meist rascher, billiger und individueller erfolgen kann.

Ein weiteres zum Föderalismus: Die Auffassungen der Länder und Gemeinden müssen in der Gesamtpolitik einen höheren Stellenwert erhalten. Wir leben in einem Bundesstaat und in keinem Obrigkeitsstaat. Der Bund steht daher nicht über den Ländern und Gemeinden, sondern

wird aus ihnen gebildet. Schließlich ist die Republik Österreich zweimal durch freiwilligen Zusammenschluß der Länder gegründet worden. Das heurige Jubiläum des 60jährigen Bestandes der Bundesverfassung sollte daher einen guten Anlaß bieten, den Föderalismus rechtlich und finanziell besser zu fundieren.

Die politische Konsequenz daraus muß lauten: Der **Bundesrat** muß zu einem effektiven Sprachrohr der Länder aufgewertet werden. Dazu bietet sich das deutsche Muster an — sowohl was seine Zusammensetzung als auch was seinen Einflußbereich betrifft. Das heißt, die Bundesräte sollen nicht nach den Weisungen ihrer Parteien, sondern als echte Ländervertreter nach den Beschlüssen der Landesregierung abstimmen. Das bedeutet weiter, daß das bisher bestehende Vetorecht des Bundesrates allein bei den meisten Gesetzesbeschlüssen nicht ausreicht. Gesetze, die die Landesinteressen berühren, müssen einer ausdrücklichen Zustimmung des Bundesrates bedürfen. Um die Auffassungen des National- und Bundesrates abzustimmen, wäre eine Installierung einer paritätisch besetzten Vermittlungskommission denkbar. Zu wichtigen Fragen sollten wie Mitglieder der Bundesregierung und der Rechnungshofpräsident auch die Landeshauptleute in National- und Bundesrat zu Wort kommen und somit den Anliegen der Länder besser Gehör verschaffen können.

Genauso wie die Länder mehr Rechte gegenüber dem Bund erhalten sollen, ist auch eine Stärkung der Stellung der Gemeinden gegenüber dem Land wünschenswert. Eine breite Palette von Möglichkeiten — vom Recht auf eine Gesetzesinitiative bis zum Einspruchsrecht bei Verordnungen, wenn eine gewisse Zahl von Gemeinden dies verlangt — wäre hier denkbar und zu diskutieren.

Und noch eines zum Föderalismus: Die besten rechtlichen Voraussetzungen nützen nichts, wenn sie nicht belebt werden, wenn nicht die richtige Gesinnung der Bürgernähe dahintersteht.

Länder und Gemeinden müssen daher ihrem politischen Gestaltungsauftrag mit allem Ernst nachkommen. Sie müssen gemeinsam mit den Bürgern vorausschauende Politik betreiben, die nicht Trends hinterherläuft, sondern die Zukunft bewußt zu gestalten sucht.

Mehr Föderalismus bedeutet für uns mehr Überschaubarkeit und damit auch Anregung der **Eigeninitiative**. Er endet daher nicht bei den staatlichen Institutionen Länder und Gemeinden. Wir haben vielmehr immer zu prüfen, welche Aufgaben der einzelne, die Familie und die kleinen Gemeinschaften selbst menschlicher und besser bewältigen können. Denn in vielem können Probleme gar nicht mit materiellen und staatlichen Mitteln allein gelöst werden.

Kultur läßt sich beispielsweise nicht auf breiter Basis verordnen.

Einsamkeit kann beispielsweise nicht mit einem Geldbetrag abgelöst werden. Hier müssen wir mit der bereits angesprochenen Politik der Hilfe zur Selbsthilfe die breite private Initiative anregen.

Besonders den Gemeinden kommen große Aufgaben und auch Möglichkeiten zu. Die Gemeinde ist der überschaubarste Ort der Politik. In der Kommunalpolitik erlebt der Bürger hautnah, was Politik ist, und kann so am besten zur Mitgestaltung angeregt werden. Denn es besteht ohne Zweifel eine positive Wechselwirkung zwischen Überschaubarkeit und Eigeninitiative. Je überschaubarer Politik für den Menschen ist, umso mehr wird er mitgestalten. Diesen Mitgestaltungswillen, diese Eigeninitiative und diese Selbständigkeit auf breiter Front anzuregen und zu ermöglichen, dazu sind wir alle aufgerufen.

Mehr Mitmenschlichkeit

Größere Überschaubarkeit kann auch zu größerer Mitmenschlichkeit führen. Insbesondere in der menschlichen Zuwendung scheint mir eine der größten Herausforderungen der Zeit zu liegen. Durch die Zentralisierung und Technisierung, aber auch durch eine gewisse Überbetonung materieller Werte scheinen die so wichtigen zwischenmenschlichen Beziehungen oft zu leiden. Mit Geld kann bei weitem nicht alles geregelt werden. Es nützt nichts, wenn wir zwar reicher, aber nicht glücklicher, vielleicht sogar innerlich und in unseren Beziehungen ärmer werden.

Wir dürfen Wohlstand und soziale Errungenschaften nicht als Eigenwerte auffassen, wohl aber sollen wir sie als bedeutsame Voraussetzungen für ein erfüllteres Leben in Gemeinschaft erkennen und nutzbar machen. Auch in dieser entscheidenden Frage der Mitmenschlichkeit kann in der überschaubaren Gemeinde Wesentliches geleistet werden.

Die Betriebe müssen zu den Menschen kommen

Ein maßgeblicher Bereich für die sinnvolle inhaltliche Ausgestaltung des föderalen Gedankens ist die Wirtschaftspolitik.

Die Vorstellung, die Menschen zu Betrieben in Ballungszentren zu transportieren und den **ländlichen Raum** in eine einzige riesige Agrarfabrik zu verwandeln, ist eine Horrorvision. Sie darf nicht Wirklichkeit werden. Wir müssen daher auch allen diesbezüglichen Tendenzen mit aller Kraft entgegensteuern.

Denn eine gewisse Stadtfucht auf der einen Seite und eine gewisse Landflucht auf der anderen Seite stimmen uns nachdenklich. Städter suchen im ländlichen Raum Erholung. Bewohner ländlicher Gebiete suchen in den Städten Arbeitsplätze. Würde man die Dinge treiben lassen, ergäbe dies folgendes Resultat: Die Städter finden in einem zunehmend verödeten ländlichen Raum keine Erholung, die Landbevölkerung findet in unvorteilhaft gewordenen Städten zwar vielleicht Beschäftigung, aber keine Heimat. Die Lebensqualität in Stadt und Land würde weiter leiden. Unser Auftrag aber ist es, die **Lebensqualität allgemein** zu erhöhen.

Wir streben daher eine möglichst ausgewogene Entwicklung aller Regionen an. Die örtlichen Eigenarten, Bedürfnisse und Chancen sollen dabei berücksichtigt und genützt werden. Wir meinen damit, daß es weder sinnvoll ist, einen ausgesprochenen Industrieort in eine Fremdenverkehrsgemeinde umgestalten noch eine Fremdenverkehrsgemeinde mit aller Gewalt industrialisieren zu wollen.

Industrie, Handel, Gewerbe und Fremdenverkehr dürfen aber auch nicht gegeneinander ausgespielt werden. Denn sie alle zusammen bilden die **steirische Wirtschaft**, sie bedingen und benötigen einander.

Es ist aber volkswirtschaftlicher Wahnsinn, Mammutprojekte mit Superkonditionen in Regionen zu holen, wo ohnehin Arbeitskräftemangel herrscht, und die Arbeitnehmer mit Zügen dorthin zu führen. So schafft man unerträgliche Penderlschicksale — sozusagen Gastarbeiter im eigenen Land — und leistet der Zerschlagung gewachsener Struktu-

ren Vorschub. Nicht die Menschen müssen zu den Betrieben, sondern die Betriebe müssen zu den Menschen kommen. Es ist daher eine staatspolitische Aufgabe ersten Ranges, strukturschwächere Regionen in die Lage zu versetzen, solche Betriebe anzulocken. Der Ausbau der Infrastruktur ist dabei mindestens genauso wichtig wie die Direktförderung. Aus diesem Grund werden wir nicht müde, den Bund auf die besondere Bedeutung guter Verkehrswege hinzuweisen, die ja die Lebensadern der Wirtschaft sind. Daher haben wir über die zügige Realisierung unseres Landesstraßenbauprogramms und unserer Sonderwegebauprogramme hinausgehend durch ein großes finanzielles Opfer des Landes den raschen Ausbau der Pyhrn- und Südautobahn sichergestellt, obwohl es sich beim Autobahnbau um eine reine Bundesaufgabe handelt. Daher drängen wir auf einen beschleunigten Ausbau der Mur-Mürz-Furche, für den wir auch konkrete Pläne vorgelegt haben. Wir begrüßen die Ankündigungen des neuen Bautenministers und hoffen, daß die Taten bald folgen werden. Auf diese Weise kann die geographische Randlage unseres Landes ausgeglichen und das Wirtschaftsdrück Wien—Linz—Graz gefestigt werden.

Zu dieser staatspolitischen Aufgabe des Bundes gehören auch die **Grenzlandförderung** und die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit und damit die Umstrukturierung der **verstaatlichten Betriebe** in der Steiermark, deren Eigentümer die Republik Österreich ist.

In der Steiermark besteht ein objektiv auch von der Raumordnungskonferenz und von Expertengutachten festgestellter Arbeitsplatzbedarf. Wir verfügen über gut ausgebildete qualifizierte Fachkräfte. Wir sind auch bereit, im Rahmen der Möglichkeiten, die uns unser modernes Industrieförderungsgesetz bietet, an Förderungsmaßnahmen mitzuwirken. Wir fordern daher vorrangig Industrieansiedlungen in der Steiermark. Wir sehen darin freilich kein Allheilmittel. Wir bemühen uns daher besonders auch um die Wahrung und Weiterentwicklung gewachsener regionaler Wirtschaftsstrukturen. Wir wollen hierbei keine unhaltbaren Strukturen konservieren, aber regionale Eigenarten und Chancen besser nützen.

Die Lebensqualität unserer Orte steht und fällt auch mit dem **Dienstleistungsangebot** in Handel und Gewerbe. Wir haben daher Maßnahmen zu ergreifen, um die Nahversorgung und die ärztliche Versorgung zu verbessern und zu sichern. Wir haben daher der Förderung von Klein- und Mittelbetrieben besonderes Augenmerk zugewendet.

eilige Imitationstätigkeit auf seiten der SPÖ, die nun ihrerseits plötzlich Geschmack an der Veranstaltung ähnlicher Festivitäten gefunden hat. Worüber man sich, wohl mit Recht, ärgern kann, denn eine Partei, die sowieso über Geld und andere Mittel genug verfügt, könnte sich ja zwecks

Bereicherung des urbanen Lebens selber was Originelles einfallen lassen.

Aber in hundert Jahren wird sowieso keiner danach fragen, wer nun eigentlich die Tradition des Kirtags am Hundsturm begründet hat. Sondern alle, die von der einen

wie von der anderen Partei, werden ihn dann, hoffentlich, ebenso einträchtig begehen wie droben im Waldviertel die Seiterndorfer ihren Sonnwend-Tanz im Wald, von dem ja auch keiner mehr weiß, wer ihn zum erstenmal gefeiert hat und warum.



Manfred Prisching/Fritz Zopf

ENERGIEKRISE IST MEHR ALS STROMKRISE

Über unsere Energieversorgung kann eine Menge behauptet werden — nur nicht, daß sie kein aktuelles Problem darstelle. Allenthalben sind wir mit der besorgten Frage konfrontiert, wie es energiepolitisch weitergehen soll und ob unser schönes Leben mit Auto, Zentralheizung und Badezimmer sich dem Ende zuneige, bevor überhaupt noch alle in seinen Genuß gekommen sind. Zunehmend werden anhand der Energiefrage auch andere Probleme deutlicher: Österreichs Auslandsabhängigkeit, unsere Umweltproblematik, die Frage nach dem Wirtschaftswachstum und nach der Weiterentwicklung unserer Gesellschaft.

Es zeigt sich immer deutlicher, daß es genauso kurzfristig ist, Energiebereitstellung um jeden Preis zu betreiben wie ein romantisches Neandertalerdasein an die Höhlenwände zu malen. Ein bekannter Wissenschaftler hat gesagt: „Wir haben keine Energiekrise, sondern eine Phantasiekrise“, und er hat damit gemeint, daß es nun unsere soziale und technische Erfindungsgabe einzusetzen gelte, um aus diesem Energiedilemma herauszukommen. Wir müs-

sen sorgfältig alle Möglichkeiten prüfen, die es gestatten, unsere Umwelt zu schonen, unsere langfristige Zukunft zu sichern, unseren Lebensstandard nicht zu gefährden. Dies bedeutet, daß es Abschied zu nehmen gilt von der Energieverschwendung, die wir bis jetzt betrieben haben, und daß wir Überlegungen anstellen müssen, alle sinnvollen und sicheren Energiequellen zu erschließen.

Eine solche Entwicklung — auch das zeigt sich immer klarer — muß auf allen Ebenen stattfinden. Nicht nur eine staatliche Energiepolitik muß diesen Problemen Rechnung tragen, sondern auch das Verhalten jedes einzelnen Menschen; nicht nur die Bundesländer haben ihre Kompetenzen in dieser weitsichtigen Perspektive zu nutzen, sondern auch die Gemeinden müssen die Energiepolitik als neues Aufgabenfeld entdecken.

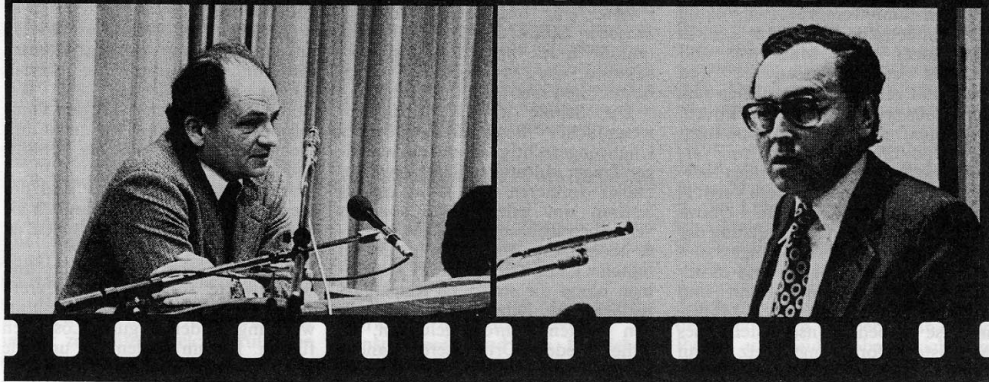
Denn es geht — Zwentendorf hin, Zwentendorf her — vor allem um die gesicherte Bereitstellung von Wärme im Haushalt, dem größten „Brocken“ in unserer Energieverwendungsstatistik. Bei immer knapper

werdendem Erdöl und Erdgas, das noch dazu für andere Verwendungszwecke notwendiger gebraucht wird, sind neue Wege bei der Wärmeversorgung notwendig; Strom allein kann diese Aufgabe sicher nicht erfüllen.

Die österreichische Situation der Energieversorgung, ihre Möglichkeiten und Grenzen skizzierte Prof. Dr. Karl Fantl, der Geschäftsführer der Energieverwertungsagentur. Seinem überaus materialreichen Bericht waren Versäumnisse und Unzulänglichkeiten der Energiepolitik, aber auch eine Fülle konstruktiver Vorschläge zu entnehmen.

Univ.-Prof. Dr. Horst Gamerith machte am Beispiel Hausbau in sehr konkreter Weise deutlich, welche Überlegungen zukünftig (wieder) stärker im Hinblick auf Energieeinsparungen in den Vordergrund zu rücken hätten.

Dipl.-Ing. Josua Studach zeigte am Beispiel der Gemeinde Hausbau in sehr konkreter Weise deutlich, welche Überlegungen zukünftig (wieder) stärker im Hinblick auf Energieeinsparungen in den Vordergrund zu rücken hätten.



Dieter Schoeller

KOMMUNALPOLITIK UND KULTUR

„Kultur macht bei uns im Ort der Bürgermeister mit der linken Hand“, heißt es manchmal. Weil sie unwichtig ist? Nein, die 150 Teilnehmer am ersten Tag der kommunalpolitischen Woche im „Krainer-Haus“ sind der lebende Gegenbeweis. Oder weil der Bürgermeister sich diesen wichtigen Tätigkeitsbereich nicht entgehen lassen will? Schon eher; wer kulturell informiert und engagiert ist, weiß, was in der nächsten Zeit aktuell sein wird. Und er kann diese Zukunft selbst mitgestalten.

Beispiele dafür gibt es viele, man muß sich nur die Tagesthemen der kommunalpolitischen Woche anschauen. In kulturell interessierten Kreisen sprach man schon lange mit Sorge über die Rohstoffvergeudung auf unserem Raumschiff Erde. Heute ist dieses Thema als Energieproblematik nur allzu präsent. Daß die Landschaft vergewaltigt wird und die gebaute Umwelt immer monotoner und gesichtsloser, prangerten Maler und Schriftsteller so lange an, bis endlich Gesetze für das Bewahren

und Gestalten unseres Lebensraumes kamen. Und den alten Traum der Menschheit, allwissend zu sein, müssen wir nach der Medienschwemme unserer Tage neu träumen. Man sieht schon, der kulturell interessierte Bürger, mehr noch der Kulturpolitiker redet überall mit, bringt in alle Themen neue Zusammenhänge und neue Dimensionen. Er betrachtet sich nicht mehr als das überflüssige, füllende Dessert, sondern sieht sich eher als anregender und sensibilisierender Aperitif.

So verlief auch der erste kommunalpolitische Tag. Nach den Referaten von Kurt Jungwirth und Jörg Mauthe, die beide hier abgedruckt sind, las Wolfgang Pollanz einen Text über den Tod seiner Großeltern: eine gleichzeitig distanzierende und ins Detail gehende Schrift über das Werden und Vergehen. Am Nachmittag wurden praktische Beispiele präsentiert, die das breite Spektrum der Kulturarbeit in der Kommunalpolitik beweisen sollten. In Fehring hat Bürgermeister Hans Kampel eine lange Reihe kultureller Impulse ge-

setzt. Kunst als Animation, nicht nur während der jährlichen Kulturtage, fordert die Bürger und fördert das geistige Klima. Für Schladming ist der Fremdenverkehr eine Lebensgrundlage. Aber dem Bericht Direktor Gottfried Eggers konnte man entnehmen, daß alles, was an kultureller Atmosphäre für die Gäste geschaffen wird, auch den Schladingern selbst zugute kommt. „Kultur muß beim Demokratieverständnis der Bevölkerung beginnen“, meinte Rupert Plesch aus St. Marein. Er veranstaltet dort zusammen mit jungen und talentierten Leuten die Kulturwochen. Einer der Höhepunkte ist eine Art kommunalpolitisches Kabarett, bei dem Ereignisse aus der Gemeinde kritisch, aber mit Pfiff und Humor behandelt werden. In der abschließenden Publikumsdiskussion kam immer wieder das von Frau Gertie Pakesch angerissene Thema Familie und Kinder zur Sprache. Ein wichtiges Thema, denn in den beiden Bereichen Familie und Kultur gilt es noch große Defizite wettzumachen.

Kurt Jungwirth

FÜR EINEN WEITEN KULTURBEGRIFF

Wir haben in der Steiermark vieles geleistet, um über einen zu engen Kulturbegriff hinauszukommen. Man muß aber immer wieder um Verständnis dafür ringen, und das soll die Aufgabe dieses Beitrages sein. Ich möchte also in sehr kurzer Zeit versuchen zu sagen,

wohin Kultur gehört oder womit Kultur zu tun hat.

Kultur hat zu tun mit **menschlicher Entfaltung**. Wir sagen immer, in unserer Politik muß der Mensch im Mittelpunkt stehen. Das gilt natürlich speziell auch, was die Kultur betrifft. Wir haben einen Menschen

als ein Wesen zu sehen mit ganz besonderen Fähigkeiten, und seine Entwicklung hat mit Kultur zu tun. Ihm zu helfen, diese Fähigkeit zu bilden, das passiert in Einrichtungen wie Kindergärten und Schulen. Und wenn das dort nicht in erster Linie Ziel und Zweck ist, dann sollten wir

diese Häuser lieber vergessen. Ich finde, daß in der Bildungsdiskussion oft zuwenig von menschlicher Entfaltung gesprochen wird.

Kultur hat zu tun mit schöpferischen Kräften, die im Menschen stecken. Der Mensch produziert mit diesen Kräften sehr vieles, jeder auf seine Weise. Er muß deswegen kein großer Künstler sein. Auch der Arbeiter, der Angestellte, der Unternehmer, der Mensch im Arbeitsprozeß produziert, schafft etwas Neues. Wir sollen dabei nichts unterschätzen, auch nicht die kleinste Kleinigkeit.

Etwas „produzieren“ heißt eigentlich etwas „hervorziehen“ — so wie ein Kind aus dem Mutterleib. Menschen produzieren mit Geschicklichkeit, mit Fleiß, mit Phantasie. Und wir müssen aber auch dafür sorgen, daß Menschen produzieren können. Wir müssen sie produzieren lassen. Das heißt, wir müssen eine Politik führen, die Menschen etwas zutraut. Wir haben auf diesem Gebiet in Österreich, finde ich, ein Defizit. Politik traut dem Bürger in Österreich oft zuwenig zu. Und das ist nicht gut. Das kann bis in das Wirtschaftliche hineinreichen. Dieses Österreich hat ein ganz besonders schöpferisches Volk, dieses kleine Land hat so geschickte und begabte Menschen. Nützen wir das hinreichend aus? Nützen wir das auch ökonomisch hinreichend aus?

Ein Beispiel: Ich habe nichts gegen ausländische Produkte, aber mir fällt auf, wir importieren sehr viel ausländische Qualitätsmöbel. Warum produzieren wir verhältnismäßig wenig davon in Österreich, wo wir doch das Holz haben und die Leute, die das können? Hat hier Politik zuwenig Anregung geschaffen? Vielleicht fehlt etwas, was es in anderen Ländern gibt, so eine Etikette für besondere Qualität, für „Design“, für besondere Form und Gestaltung.

Kultur hat auch zu tun mit **Selbsttätigkeit**. Da sind wir bei der ÖVP wirklich in guter Gesellschaft, wenn wir sagen, wir wollen keine zentralistische Kultur haben, die hinausverordnet wird in die Länder und in die Gemeinden. Denn Föderalismus ist ja letzten Endes das Vertrauen auf die Selbsttätigkeit von Ländern, aber der Föderalismus darf natürlich nicht bei den Ländern haltmachen. Er geht weiter in die Gemeinden, und dort darf er auch nicht haltmachen — Vertrauen in die Selbsttätigkeit von Gruppen, von Vereinen, von Bürgern müssen wir haben. Hilfe zur Selbsthilfe müssen wir predigen. Politik wird auch mit Sprache gemacht: aber wir sind nie mit dem Begriff „Subsidiarität“ durchgekommen, das ist nie ein populäres Wort geworden. Das ist

schade, weil Subsidiarität eine gute und wichtige Idee ist. Im Salzburger Programm hat man an ihre Stelle „Aufgabenteilung“ gesetzt, Aufgabenteilung zwischen Staat und Ländern, Ländern und Gemeinden, Gemeinden und Bürgern usw. Und unterschätzen wir dabei nicht, was immer wiederum Vereine leisten. Sehen wir sie als positive Bürgerinitiativen!

Kultur hat zu tun mit **Selbstdarstellung**. Mit der Frage: Wer bin ich? Wer sind wir? Wir, in der Gemeinde oder in der Region, in dem Bezirk? Das heißt, sie hat zu tun mit Selbstbesinnung, mit Selbstbewußtsein. Ich beobachte in letzter Zeit in steirischen Gemeinden große Leistungen auf dem Gebiet der Ortschroniken, der Gemeindechronik, der Regionalchronik. Da sind ein paar hervorragende Produkte in der letzten Zeit herausgekommen. Das ist gut so, als Hilfe zur Selbstbesinnung, zur Identifikation mit dem Lebensraum, in dem man wohnt. Es müssen nicht nur Chroniken sein, die da helfen können, das kann etwa auch eine Fotoaktion sein. Die Gemeinde mit neuen Augen zu sehen ist wichtig! Auch ein Heimatmuseum ist ein Ort der Selbstdarstellung und Selbstbesinnung. Aus solchen Überlegungen haben wir auch in der letzten Steirischen Akademie über die Identität Österreichs gesprochen. Wer sind wir in diesem Österreich? In dieser neuen Welt von heute? Das müssen wir uns immer wieder fragen. Dazu helfen natürlich auch Medien: Ortszeitungen, Gemeindezeitungen, Regionalpresse. Natürlich muß auch das **überregionale Medium** dabei helfen, die große Zeitung, das Massenmedium Rundfunk und Fernsehen. Zeitungen und Rundfunk leisten dazu vieles in der Steiermark. Aber im Fernsehen sind wir noch lange nicht soweit, wie wir es wünschen. Es ist überhaupt nicht einzusehen, wegen Probleme und Leistungen von Menschen in den Bundesländern und ihren Regionen nicht viel stärker über das Medium Fernsehen transportiert werden sollen. Ich habe nichts gegen Wien, aber die permanente Wienkultur im Fernsehen geht mir auf die Nerven. Die Dezentralisierung auf dem Gebiet des Mediums Fernsehen ist eine selbstverständliche Forderung, die sich daraus ergibt, daß Selbständigkeit und Selbstdarstellung Inhalt von Kultur sind.

Kultur hat weiter etwas zu tun mit **Bewahrung**. Mit der Bewahrung der Dinge, die wir erbt haben, unter der Voraussetzung, daß sie einer Überprüfung standhalten. Nicht alles ist gut, weil es alt ist, aber es gibt vieles, was alt und gut ist. Und das müssen wir bewahren. Daher müssen wir glücklich sein, wenn viele Menschen

im Land selbst aktiv Musik betreiben und damit auch Musik bewahren. Auch die Erhaltung unserer Denkmäler, unserer kostbaren alten Bauten, gehört in dieses Kapitel. Ob es sich um ein Wegkreuz handelt oder um ein schönes Bauernhaus, um eine Kirche oder gar ein Schloß, wir müssen diese Zeugen der Vergangenheit in die Zukunft hinüberretten. Und ein Museum über die alte Architektur der ländlichen Welt, wie es in Stübing steht, kann ein Ort werden, an dem staunende Besucher, jung und alt, eine interessante Reise in die Vergangenheit unternehmen.

Auf der anderen Seite hat Kultur zu tun mit **Erfindung**. Auch das Neue gehört zu ihr, weil der Mensch immer wieder weiterdenkt und weiterarbeitet und weiterschafft mit seinen schöpferischen Kräften. Und wenn jetzt so viel die Rede ist von Alternativen, wenn wir im Film von Energiealternativen gehört haben, zum Beispiel von einer Biogas-Anlage, dann ist das tatsächlich Erfindung des Neuen. Bewahrung und Erfindung gehören zusammen, da gibt es keinen Widerspruch. Neues muß erfunden werden, damit es in der Zukunft wieder bewahrt werden kann. Das nennt man Tradition: Das Weitergeben von einmal erfundenen Dingen, Haltungen, Ideen, die bewahrt werden sollen.

Und Kultur ist natürlich bei weitem nicht nur **Kunst**, aber natürlich hat sie mit Kunst auch zu tun. Kunst ist ein Feld, in dem der Mensch in seinen vielen Sprachen spricht. Da gibt es die Sprache des Sprechens, aber auch der Bewegung, der Gebärde, des Liedes, der Töne, des Tanzes, des Spiels in vielen Abarten, der Farbe, des Formens usw. In vielen Sprachen kann sich der Mensch ausdrücken. Das tut er, wenn er künstlerisch tätig ist. Ihm diese Äußerung zu ermöglichen, das ist sehr, sehr wichtig. Das gilt für die „Amateure“ und natürlich erst recht für die „Profis“, die von ihrer Kunst leben, die Künstler. Wir müssen für sie Interesse und Verständnis haben. Diese Menschen sind besonders empfindsam, besonders sensibel, die ahnen oft Dinge voraus, die später in der Politik nachhinken. Und wir müssen Mißtrauen abbauen, diese eigenartige Angst vor Künstlern. Wir müssen alles tun, um den Künstler ins Leben hereinzuholen. Er will ja für Menschen dasein, auch wenn er sich manchmal kritisch, auch wenn er sich negativ äußert. Wir sollen uns der Diskussion mit ihm stellen und nicht vor ihm davonlaufen.

Kultur hat zu tun mit **Besinnung**, mit Nachdenken, Reflexion. Daher sind die Initiativen so wichtig, die in Gemeinden dazu verhelfen, zum Beispiel die Arbeit von Bildungswer-

ken oder die Errichtung und den Betrieb von Büchereien. Auch hier tut sich viel in der Steiermark: ein wichtiger Prozeß!

Kultur hat zu tun mit **Gesundheit**. Es gibt eine Definition der Weltgesundheitsorganisation, die heißt, Gesundheit ist körperliches, seelisches und soziales, also gesellschaftliches Wohlbefinden. Mit dieser Bestimmung findet man sehr leicht – wenn es ums körperliche Wohlbefinden geht – die Brücke zur Eßkultur. Es ist ja wirklich nicht gleichgültig, was oder wie der Mensch ißt. Und natürlich auch nicht, wo und wie er wohnt: Hier finden wir die Brücke zur **Wohnkultur**, zur **Baukultur**. Es ist nicht gleichgültig, wie und wo Wohnhäuser entstehen.

Die Auflagen, die in der letzten Zeit im Wohnbau beispielsweise hinsichtlich Schalldämmung entstanden sind, sind doch ungeheuer wichtig für das Zusammenleben in der Hausgemeinschaft. Da heißt es, wir seien ein Musikland, aber immer wieder bekomme ich von der Hochschule für Musik die Meldung: Ein Hörer von uns hat schon wieder einen Prozeß, weil er zu Hause mit seiner Geige, auf seinem Klavier übt. Die schlechte Schalldämmung unserer Wohnhäuser führt dazu, daß der musikalische Standard in Österreich sinkt.

Gerade dieser Tage ist es durch die Presse gegangen, daß es eine neue Untersuchung von Prof. Möse, dem Landeshygieniker, über die Häufigkeit des Krebses der Atemwege in der Steiermark gibt. Natürlich ist diese Häufigkeit in städtisch-industriellen Räumen häufiger als anderswo. In Graz, im obersteirischen und im weststeirischen Industriegebiet. Auf die Frage der Standorte von Wohnhäusern umgelegt heißt das natürlich, daß menschliche Entscheidungen – Standortentscheidungen in diesem Fall – Schicksal spielen. Das führt uns auch zum Problem der Erreichbarkeit. Ist die Arbeitsstätte leicht erreichbar? – Das Pendlerproblem ist in der Steiermark besonders heiß. Wie erreichbar ist die Schule? Oder die Kirche? Ist ein Geschäft leicht erreichbar für alte Menschen? Ist ein Arzt erreichbar? Gibt es einen Kultur- oder Jugendraum, der erreichbar ist?

Kultur hat etwas zu tun mit gesellschaftlichem **Wohlbefinden**, das heißt, Kultur hat sehr wohl zu tun mit Gemeinschaft, mit Mitmenschlichkeit, mit Lebensfreude. Feste und Feiern gehören dazu. Gemeinschaft nicht nur in einer Gemeinde, sondern auch darüber hinaus im Land. Deswegen im Jahr 1980 ein Rückblick auf ein historisches Ereignis vor 800 Jahren: 1180 Herzogtum Steiermark. Deswegen in Admont unsere

Musikausstellung, um uns darauf zu besinnen, was dieses Land im Lauf von Jahrhunderten geschaffen hat, diesmal auf dem Gebiet der Musik.

Gemeinschaft. Gemeinschaft Österreich, Gemeinschaft Europa. Gerade in der Steiermark ist die Europabewegung immer wieder virulent. Und vergessen wir nicht die ganze große Welt. Wir werden uns deswegen im Herbst 1980 in der Steirischen Akademie mit der Frage „Dritte Welt“ beschäftigen, weil uns die Entwicklungsländer viel stärker angehen, als wir manchmal glauben.

Kultur hat auch mit **Umwelt** zu tun. Es freut mich, daß nach den großen Anfangsschwierigkeiten, die wir mit dem Altstadtgesetz in Graz gehabt haben, die Sache immer besser läuft und daß in den anderen steirischen Gemeinden ein so großes Interesse für die Durchführung des Ortsbildgesetzes aufgetreten ist: Schutz zonen entstehen, und zwar nach Absprachen und nicht vom Land durch eine Verordnung diktiert. Und es geht in diesem Punkt nicht nur um gebaute Umwelt, sondern natürlich auch um Landschaft. Die Landschaft ist bei uns überfordert. Unser Pech ist, daß wir kleinräumig sind. Im Mittelwesten der Vereinigten Staaten oder in Sibirien hat man diese extremen Sorgen mit Landschaft in der Industriegesellschaft nicht. Wir müssen sehen, wie wir mit einer gescheiten Raumordnung in den Gemeinden über die Runden kommen. Deswegen läuft seit Jahren die Aktion Ortsidee, die wirklich sehr oft entscheidende Anstöße für gute Lösungen gegeben hat.

Die Überforderung der Natur; ihre Selbstheilkraft wird überschätzt, die ist einfach nicht so gewaltig, wie man manchmal glaubt. Das geht tatsächlich so weit, daß wir Natur ein für allemal zerstört haben, daß wir Pflanzenarten, Tierarten ausrouten. Naturforscher weisen immer wiederum darauf hin, daß bei uns viele Tier- und Pflanzenarten vom Aussterben bedroht sind. Auch hier müssen wir versuchen, gegenzusteuern und Ausgewogenheit zu finden zwischen den Anforderungen einer hochentwickelten Gesellschaft und der Forderung des Menschen, der noch irgendwo eine menschengerechte Landschaft, um zu überleben, ersehnt.

In einem Land des Fremdenverkehrs sind mit der Erhaltung der Natur auch wirtschaftliche Chancen verbunden. An dieser Stelle sei nicht vergessen, daß das konservierende Prinzip, also das bewahrende, das konservative Prinzip wie so oft das fortschrittliche Prinzip ist.

Das waren einige Gedanken allgemeiner Art über Kultur und womit sie zu tun hat. Natürlich braucht das

in der Praxis Anstrengungen und Mittel. Man kann allerdings oft mit sehr wenig Geld Wunder wirken, politisch sehr wirksam sein, speziell in der Gemeinde, wo man so nahe beim Bürger ist. Deswegen auch die dringende Empfehlung an die Gemeinden, einen **Kulturreferenten** zu bestellen. Und wenn irgendeiner glaubt, wir brauchen keinen, wir sind so klein in unserer Gemeinde, ist das ein Irrtum. Auch in der kleinsten Gemeinde gibt es Aufgaben für ihn.

Natürlich braucht Kulturarbeit auch Räume. Wenn es ganz konkret wird, um an Veranstaltungen heranzukommen, sind die kleineren Gemeinden oft schlecht dran. Wir haben deswegen das Prinzip „offene Schule“ in der Steiermark eingeführt. Die Gemeinde kann über eine Pflichtschule zu Zwecken der Kulturarbeit selbst verfügen. Vorher war das ein furchtbar komplizierter Vorgang, wir haben das Gesetz so novelliert, daß sich das Land überhaupt nicht mehr einmischte, die Gemeinde wirklich selbstständig ist.

Das waren ein paar einleitende Bemerkungen. Wir haben ja für die Praktiker eine **Broschüre** über Kulturarbeit in der Gemeinde herausgebracht, in der auch dieser weite Kulturbegriff stark untermauert wird. Diese Broschüre ist ganz vergriffen. Auf dem Umschlag blühte ein Veilchen, das Beton sprengt. Ein sehr optimistisches Zeichen. Es soll uns daran erinnern, daß Kultur und Menschen sehr viel miteinander zu tun haben, und Politik hat auch die Aufgabe, immer wieder dafür zu sorgen, daß sich Gemeinschaft menschlich entwickelt. Kultur ist zweifelsohne ein Vorgang, der Menschen hilft, sinnvoll zu leben, erfüllt zu leben, bewußt zu leben.

Von diesen allgemeinen Bemerkungen wird es jetzt hoffentlich sehr schnell eine Brücke zur Praxis geben.



MAN MUSS FEIERN KÖNNEN

Irgendwie im Laufe der letzten Jahrzehnte haben es die Stadtmenschen verlernt, Feste zu feiern. Die Ursachen dieses beklagenswerten Umstandes wären einer ausgiebigen wissenschaftlichen Untersuchung wert. In ihr würden, nehme ich an, der Rückzug der Kirchen aus dem Alltag, die verheerende Nivellierung aller kollektiven Emotionen durch das Fernsehen, der allzu hohe Streß des städtischen Lebens und ähnliche Faktoren wichtige Rollen spielen (der Zufall will es, daß ich diesen Artikel auf einer zitternden Tischplatte schreibe; schuld daran ist ein Preßluftbohrer, der fünf Stockwerke unter mir nach einem kaputten Gasrohr sucht; es ist mir also festlich nicht zumute). Wir haben ja sogar verlernt, wenigstens unseren Kindern angemessene Feste zu bereiten. Nicht einmal einen anständigen Christkindl- oder Kalvarienbergmarkt bringen wir mehr zusammen. Auch aus solchen Beobachtungen ließe sich schließen, daß wir in einer ziemlich neurotischen und trotz allen Wohlstandes erschreckend depressiven Gesellschaft leben.

Immerhin, seit ein oder zwei Jahren deutet sich in Wien ein Wechsel an. Irgendwas im Menschen scheint nach Festen zu verlangen — und das Verlangen ist laut genug, daß die Politiker es hören und daraus Schlüsse ziehen. Politiker pflegen ja für das alte „Panem et circenses“-Rezept auch heute noch ein natürliches Verständnis aufzubringen; wozu man wohl sagen muß, daß die Anweisung, man möge dem Volk auch Spiele zum Brot reichen, nicht nur zynisch, sondern auch weise ist. Der Mensch braucht das Spiel — und was sind Feste anders als „Spiele“? — vermutlich so notwendig wie der Organismus seine Vitamine. Und erst recht verlangt es ihn danach im Betongrau und in der Maschinenhaftigkeit unserer Tage.

Nur: Welche Feste kann man in der Stadt feiern?

Auf dem Land haben sie — auch nicht mehr überall, aber doch da und dort — noch ein Gefühl dafür, wie man so was macht.

Das stimmungsvollste Fest, das ich kenne, ist jenes, das die Bauern von Seiterndorf im südlichen Waldviertel abhalten. Alljährlich zur Sommer-sonnenwende schlagen sie, ziemlich weit weg vom Ort, am Rande eines bestimmten Waldes unter Bäumen Tische, Bänke und eine Tanzfläche auf. Die örtlichen Feuerwehrmänner organisieren das, ihre Frauen verkau-

fen selbstgebackene Torten, eine kleine Kapelle macht Musik — und alles übrige besorgt die Natur. Sie hängt den Mond wie einen riesigen Lampion zwischen die Kiefern, treibt die Rauchschwaden vom Bratwurstherd über die Szene und sorgt für allseits gute Laune. Es ist mir nicht gelungen, dahinter zu kommen, warum eigentlich dieses Fest veranstaltet wird oder welchem Anlaß es gilt. Die besondere Örtlichkeit und einige andere Umstände lassen mich vermuten, daß es sehr alt ist und vielleicht eine Tradition besitzt, die zurück bis in heidnische Zeiten reicht. Aber darum kümmern sich die Seiterndorfer kaum. Für sie ist's Grund genug, das Fest einfach darum zu feiern, weil sie es auch schon im letzten Jahr gefeiert haben und im nächsten Jahr wieder feiern werden.

Man soll, sagt ein Sprichwort, die Feste feiern, wie sie fallen.

Aber man kann Feste ja auch sozusagen absichtlich fallen lassen, wenn man das Bedürfnis hat, zu feiern.

Da wollten zum Beispiel die Leute von Schönberg am Kamp im letzten Sommer, aus keinem anderen Grunde, nur weil sie sich über eine erfolgreiche Dorfverschönerungsaktion freuten, ein Fest veranstalten. Und das wurde zum beispielgebenden Ereignis.

Wie sie das machten?

Sie machten nicht viel anderes, als daß sie einen Teil des Ortes einfach für den Autoverkehr ab- und dafür die Hoforte aufsperrten. In den Höfen wurden Tische und Sessel aufgestellt, und die Hausleute bewirteten jeden Gast, der vorbei- und herankam. Ein paar Ziehharmonikaspieler gingen von Hof zu Hof und von Tisch zu Tisch, zwischen den Häusern verkauften Bäuerinnen aus befreundeten Gemeinden allerhand Geselchtes und Gebackenes, und dazu, aber schon mehr am Rande des Geschehens, wurde ein bißchen Theater gespielt, sangen Kinder Volkslieder, trug ein Schauspieler im Ruhestand Mundartgedichte vor. Mehr brauchte es nicht. Rund fünftausend Leute, Einheimische wie Sommergäste, feierten mit, und obwohl der Wein — wie nicht anders zu erwarten — in Strömen floß und die Anheerung eine sehr allgemeine war, gab's weder eine Rauferei noch einen einzigen Verkehrsunfall. Es ging, auf niederösterreichische Weise, dionysisch zu.

Und außerdem waren ein paar

Dutzend Höfe aufgeräumt und sauber gekalkt worden. Überdies waren die Ortsansässigen höchst erstaunt darüber, wie sehr den fremden Gästen die alten Häuser gefielen. Kann sein, daß mancher schöne Wachauerhof deswegen nicht abgerissen, sondern vielmehr wieder ordentlich hergerichtet wird. Und nicht ganz nebenbei: Es blieb eine schöne Menge Geld in Schönberg auch noch hängen, was den Einheimischen sehr angenehm war.

Daran könnte man sich auch in den Städten ein Beispiel nehmen — nicht aber an den gräßlichen Bierzelt-Veranstaltungen in der Nachfolge eines auch schon längst denaturierten Münchner Oktoberfestes, in denen Pseudofolklore durch überlaute Verstärker dröhnt und jegliche Festesfreude im Lärm und Bier erstickt wird, nicht auch an dem importierten Karnevalsunfug mit seiner peinlich-künstlichen Fröhlichkeit. Ich hab's immer für eine Schande gehalten, daß der Österreichische Rundfunk diesen grauslichen Unfug übertragen hat, „übertragen“ auch im medizinischen Sinn.

Was die Seiterndorfer in ihrem Wald und die Schönberger in ihren Höfen veranstalten, das einfache, techniklose und nachbarschaftliche Fest, das kann man auch in der Stadt machen. Im Park, im Grätzl, im Viertel, auf der Straße.

Die Wiener Volkspartei hat es versucht: Im Besslerpark am Hundsturm. Im Türkenschanzpark. Am Maurerbeg. Neben dem Flakturm im Esterházygarten. Im Liechtensteinpark. Wir sind mit einer kleinen Musikgruppe und einem Kasperltheater in die diversen Großfeldsiedlungen hineingefahren...

...und es fand sich überall ein Publikum, das so rührend dankbar war, daß sich die Veranstalter nachgerade schämen, nicht mehr und es nicht schon früher getan zu haben.

Wir haben uns auch im Großen versucht: das zweite „Stadtfest“ Am Hof und am Graben brachte 150.000 Wiener auf die Beine; das sind sechsmal so viel Leute, als in der Inneren Stadt wohnen.

Und wir werden diese Aktivitäten selbstverständlich fortsetzen.

Ich weiß nicht, ob uns diese Feste das verschafft haben, was wir uns natürlich auch erhofften, nämlich einen an Wahlstimmen ablesbaren und unmittelbaren politischen Erfolg. Zur Folge hatten sie jedenfalls eine außerordentlich lebhafte und

In der letzten Rezession ist es offenkundig geworden: Klein- und Mittelbetriebe sind wesentlich flexibler und damit weniger krisenanfällig als Großbetriebe. In unserer Zeit, in der immer mehr Maßarbeit und Qualität statt Massenware und Quantität gefragt wird, eröffnen sich dem Gewerbe neue Perspektiven. Der unternehmerische Erfindungsgeist und Einfallsreichtum soll vermehrt gefordert und gefördert werden. Nicht zuletzt die bessere Verwertung heimischer Rohstoffe — etwa Holz —, die sinnvollere Nutzung der Energie und die Anstrengungen zum Energiesparen im Bauen und in der Wirtschaft können den Klein- und Mittelbetrieben neue große Markimpulse geben. Unser steirisches Mittelstandsförderungsgesetz kann zu allem wichtige Hilfestellungen bieten.

In der **Landwirtschaft** sind unser Landwirtschaftsförderungsgesetz, die besondere Unterstützung für die Bergbauern und die Förderung von Spezialkulturen, etwa durch unsere Grenzlandförderung, ein anderer — ähnlich gelagerter — Ansatzpunkt. Eine solche den lokalen Gegebenheiten angepaßte Wirtschaftspolitik stärkt die Wirtschaftskraft der Gemeinden und leistet einen Beitrag zu höherer Lebensqualität. Sie hilft auch gute Strukturen des Kultur- und Gemeinschaftslebens im ländlichen Raum, die wir in Städten oft erst mühsam zu schaffen versuchen müssen, zu bewahren.

Im speziellen in der **Energiepolitik** bin ich der festen Überzeugung, daß wir auch diese große Herausforderung nur mit besonderer Anstrengung der breiten Privatinitiative gut beantworten können. Unser Energiesparbuch des Modells Steiermark und die von mir vorgestellten energiepolitischen Aktionen des Landes — insbesondere die mobile Energiesparberatung — weisen in diese Richtung.

Wenn die Umwelt verödet — veröden auch die Menschen

Ich habe bereits die Bedeutung einer lebenswerten Umwelt für die Lebensqualität angesprochen. Natur- und Umweltschutz, Raumordnung und landschaftsgerechter **Wohnbau** werden daher auch in den nächsten Jahren höchste Priorität haben. Wir sollten immer bedenken: Wenn die Umwelt verödet, veröden auch die Menschen. Wir sollten daher mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen sorgsam umgehen.

Eine wichtige Rolle für die ausgewogene Entwicklung aller Regionen spielt auch das **Schul- und Kulturan-gebot**. Wir verstehen unter Kultur nicht allein die hohe Kunst in großen Städten und deren Spitzenleistungen,

sondern die breite Anregung der vielfältigen schöpferischen Talente unseres Landes. Es besteht ohne Zweifel eine fruchtbare Spannung zwischen Spitze und Breite. Kultur umfaßt somit nach unserem Verständnis alle Möglichkeiten eines bewußteren und erfüllteren Lebens.

Die Schule im Ort kann ein wesentlicher Bestandteil größerer Chancengerechtigkeit und ein wichtiger Träger kulturellen Schaffens sein. Daher forcieren wir nicht Schulzentren um jeden Preis, sondern versuchen insbesondere auch kleinere überschaubare Schulen im Ort zu halten. Unmittelbar damit zusammen hängt die steirische **Kindergartenförderung**. Durch sie ist es uns in den letzten Jahren gelungen, in nahezu jedem Ort unseres Landes den Kindergartenbesuch, wenn er erwünscht wird, zu ermöglichen. Auch das Angebot an Sport- und Freizeiteinrichtungen konnten wir durch den steirischen **Sportstättenplan** und unsere konsequente Fremdenverkehrspolitik in den Gemeinden wesentlich erweitern. Nicht zuletzt sind sie für bessere Lebens- und Freizeitqualität wichtig.

Ich konnte mich in diesem Rahmen nur mit einigen der wichtigsten Bereiche des Lebens beschäftigen und beispielhaft Zielvorstellungen und konkrete Maßnahmen aufzeigen. Ihnen allen ist ein klares Leitbild gemeinsam: Wir wollen die Selbständigkeit und Eigeninitiative des einzelnen und der überschaubaren Gemeinschaft gezielt fördern und stärken.

Zuerst für die Gemeinde — zuerst für den Menschen

Daher haben wir in unserem landesweiten Plakat für die **Gemeinderatswahlen am 23. März** bewußt gesagt: Zuerst für die Gemeinde. Denn die Gemeinde ist die erste überschaubare Ebene der Politik. In ihr wird der einzelne zum aktiven Mitgestalten am besten angeregt. In ihr entwickelt sich die Eigeninitiative am besten.

Wir denken dabei an das Wort des großen deutschen Bundespräsidenten Theodor Heuß, der gesagt hat: „Die Gemeinde ist wichtiger als der Staat, und das wichtigste in den Gemeinden sind die Menschen.“

Wenn wir daher sagen: Zuerst für die Gemeinde, meinen wir insbesondere: Zuerst für den Menschen.

Die Gemeinden können neue Wege aufzeigen. Gemeinden können Vorreiter für neue Entwicklungen sein und beispielhafte Lösungen erarbeiten. Die Vielzahl der Gemeinde- und Privatinitiativen in der ganzen Steiermark — von der Anwendung neuer Energiequellen

über die Nachbarschaftshilfe bis hin zu zahllosen Kultur- und Sozialinitiativen — belegen dies in eindrucksvoller Weise.

Sie sehen, die 80er Jahre werden uns alte Probleme und neue Herausforderungen bringen. Sie werden schwer zu bewältigen sein. Wir werden sie nicht mit billigem Optimismus, aber schon gar nicht mit kleintütigem Pessimismus bewältigen können.

Auch der Versuch, das Rad der Geschichte sowohl technologisch als auch ideologisch zurückzudrehen, ist fehl am Platze.

Nicht einfache Patentrezepte und Schlagworte, sondern eine differenzierte Betrachtungsweise und Entwicklung werden zu guten Lösungen führen. Darum wollen wir uns alle gemeinsam bemühen.

Denn wir wissen: Die Zukunft wird letztlich so gut sein, wie wir sie gestalten.

Und es ist meine feste Überzeugung: Mit einer konzeptiven Politik, geprägt durch das Modell Steiermark, und mit der breiten Initiative des einzelnen, der kleinen Gemeinschaften und vor allem der Gemeinden können wir die steirische Zukunft meistern.



in der Steiermark sicher nicht; in Feldbach wird — um ein steirisches Beispiel zu nennen — der Wärmebedarf einer Wohnanlage aus Holzabfällen eines Sägewerks gedeckt.

Gerade auch eine Exkursion zur Biogasanlage des Herrn Harrer bei St. Radegund machte deutlich, daß in der Verwertung land- und

forstwirtschaftlicher Abfälle Chancen zu einer dezentralen (unter Umständen kommunalen) Energieversorgung bestehen.

Kleinwasserkraftwerke, Blockheizkraftwerke und nicht zuletzt die Weitergabe von Informationen über sinnvolle Energieanwendung sind weitere Stichworte in diesem Zusam-

menhang. Die Unterstützung aller privaten Initiativen am Energiesektor sollte ein Anliegen jeder Gemeinde sein; ebenfalls diskutabel wäre die Installation eines „Energiefereenten“ im Gemeinderat als Anlaufstelle für diesbezügliche Informationen.

Karl Fantl

DIE ENERGIESITUATION IN ÖSTERREICH

In den letzten Jahren ist hinlänglich deutlich geworden, daß sich eine veränderte Energiepolitik an den folgenden Maßnahmen orientieren muß:

● Die Einleitung von Maßnahmen für einen sinnvollen Energieeinsatz nach einer Überprüfung des gegenwärtigen Energieeinsatzes auf Verschwendung, auf unterdurchschnittliche Wirkungsgrade und auf Möglichkeiten der Substitution durch erneuerbare Energien.

● Die Begrenzung zusätzlicher Anforderungen an den Energieverbrauch auf ein sinnvolles und unbedingt notwendiges Maß und die Abdeckung neuer Ansprüche weitestgehend durch erneuerbare Energien.

Die in Österreich im Jahre 1976 eingesetzte **Primärenergie** entfiel auf folgende Energieträger: Kohle 17,4%, Erdöl 53,3%, Erdgas 18,3%, Wasserkraft 11%; davon Import 68,1%. Von den dem Verbrauch zugeführten Erdölprodukten entfallen folgende Anteile auf die einzelnen Verbrauchergruppen: Industrie 21%, Verkehr 37%, Haushalt 29%, Stromerzeugung 11%, Sonstiges 2%.

Der **Stromverbrauch** (öffentliche Elektrizitätsversorgung ohne Rasenhofen und ohne Pumpspeicherung) stieg in den letzten Jahren wie folgt: + 4,10% (1974), + 1,67% (1975), + 7,35% (1976), + 3,47% (1977).

In denselben vier Jahren stieg die Erzeugung von elektrischem Strom pro Einwohner von 3852 kWh auf 4341 kWh, der Verbrauch pro Einwohner von 3412 kWh auf 3753 kWh. Vor allem die Haushaltsanteile sind rasch gestiegen.

Die nach Österreich eingeführten **Energiemengen** haben im gesamten seit 1973 keine wesentliche Veränderung erfahren, lediglich der Import von festen Brennstoffen hat zu Lasten gasförmiger Brennstoffe abgenommen. Flüssige Brennstoffe haben sich in ihrem Gesamt-Energiegehalt seit 1973 um 1,12% verringert. Beträchtlich angestiegen sind in

diesem Zeitraum lediglich die Kosten der Importe (von 9220 auf 21.800 Millionen Schilling).

Wesentlich zur Beurteilung der Situation ist schließlich noch der Hinweis auf die **Wirkungsgrade** der in Österreich eingesetzten Energie: Für 1976 ergibt sich ein Nutzwert von 34,5%, während 65,5% verlorengegangen sind.

Aus diesen wenigen Zahlen sind schon Ansätze für denkbare und mögliche Verbesserungen unserer Energiesituation zu erkennen, seien es die Verringerung der Umwandlungs- und Transportverluste oder Verbesserungen in Industrie, Verkehr, Wohnbereich; eine Fülle von diesbezüglichen Maßnahmen wird teilweise bereits in der Öffentlichkeit diskutiert.)

Nun einige Worte ganz allgemein zur **Energiepolitik**. Zwischen den Praktikern und den politischen Entscheidungsinstanzen muß es zu einer ganz engen Zusammenarbeit kommen; nicht nur auf der Ebene der Bundesregierung, sondern bis hinunter in die Gemeinden. Wir sind an einem Zeitpunkt angelangt, an dem es nicht mehr genügt, Energiepolitik mit allgemeinen Formeln und Gemeinplätzen zu betreiben, sondern wir stehen heute in einer Situation, in der es um ganz konkrete Maßnahmen im Einzelfall geht. Wir müssen zu konkreten Stellungnahmen und Aktionen kommen, die zu einer Änderung der Energieversorgungslage führen.

Durch die Nichtinbetriebnahme von Zwentendorf ist die Energielage genauso wenig verschlechtert worden, wie es eine Rettung gegeben hätte für die österreichische Energiepolitik, wenn Zwentendorf in Betrieb gegangen wäre. Die Größenordnung, die Zwentendorf oder die Kernenergie überhaupt nach österreichischem Konzept zur Energieversorgung beigetragen hätte, ist unbedeutend für die Lösung der Probleme, vor denen wir stehen. Im wesentlichen haben wir Probleme im Öl- und Gasbereich,

und die Frage, welche der damit betriebenen Kraftwerke eingestellt worden wären, wenn Zwentendorf in Betrieb gegangen wäre, ist nie beantwortet worden. Ich persönlich glaube, daß man die überalterten Kohlenkraftwerke und nicht die Ölkraftwerke, die aus den letzten 20 Jahren stammen, eingestellt hätte. Mit einer Inbetriebnahme von Zwentendorf haben wir die Probleme sicher nicht vom Tisch, auch wenn wir die Aussage des Generaldirektors der Verbundgesellschaft berücksichtigen, daß die kritische Situation am Stromsektor innerhalb der nächsten drei Jahre liegt; in drei Jahren geht eine ganze Menge von Kraftwerken in Betrieb.

Eine **Reserve der Stromversorgung**, die zur Verfügung steht, sind die zahlreichen elektrischen Heizungen. Wir haben einen konkreten Fall in Wien: Im Gehsteig liegt die Fernheizung, das Haus ist vor zwei Jahren in Betrieb gegangen und wird voll elektrisch beheizt. Wenn wir uns solche Dinge leisten, dann sollten wir nicht jammern, daß wir Engpässe haben.

Es ist sicher nichts gegen eine Elektroheizung zu sagen, wo Baustruktur und Bauqualität angepaßt sind; ein Beispiel für eine sinnvolle Verwendung ist auch der Betrieb von Wärmepumpen durch elektrische Energie. Die notwendigen Entlastungen für die nächste Zeit allerdings können durch die Ersetzung von Heizsystemen kommen. Das Problem liegt eher bei der Feststellung, wo es solche ersetzbaren Heizungen gibt. Die Finanzierung der Umbauten dürfte nicht das Problem sein; sicher kostet der Bau von neuen Kraftwerken mehr. 330.000 Elektrospeicheröfen und 3,5 Millionen Heizgeräte sind in Österreich in Betrieb; die Anschlüsse der Elektroheizungen liegen bei etwa 15 Kraftwerken der Größe Zwentendorfs. Hier sind Reserven vorhanden, die vielleicht nur in kleinen Teilen realisierbar, aber erfolgversprechend sind.

Die ersten Überlegungen und Investitionen in der Frage **Totalenergieanlagen** zur Erzeugung von elektrischem Strom mit gleichzeitiger Abwärmenutzung in einer dezentralen Versorgung laufen von seiten der Stewag in der Steiermark bereits. Die Schaffung von kleineren Totalenergieanlagen, die auch in Österreich — allerdings vor allem für den Export — produziert werden, kann eine Wärmeversorgung an Ort und Stelle mit sehr hohen Wirkungsgraden bieten. In der Bundesrepublik gibt es Stadtwerke, die mit österreichischen Anlagen laufen; es sind keine technischen Probleme vorhanden, sondern nur organisatorische: Wo Strom- und Wärmeversorgung in einer Hand sind (Beispiele: Heidenheim, Ingolstadt), funktioniert die Versorgung bestens.

Ernste Probleme der Energiepoli-

tik in Österreich gibt es aber auch in anderen Bereichen: Während etwa mit den Wolfsegg-Trauntaler Kohlegruben offenbar eine Art Kindeswegelung erfolgt, nachdem man dem Betrieb eine Modernisierung untersagt hatte, gibt es etwa mit der „SAKOK“ (einem Betrieb, der den Ländern Oberösterreich und Salzburg gehört) ein bestens funktionierendes Gegenbeispiel für eine sinnvolle Kohleförderung und -verwendung.

Auch von der gesetzlichen Lage, vom Wohnungsverbesserungsgesetz und dem Einkommensteuergesetz her, ist eine Reihe von Maßnahmen beeinflussbar.

Abschließend möchte ich betonen, daß ich es in der gegebenen Situation in Österreich nicht für sinnvoll halte, Feindbilder aufzubauen: weder in Richtung eines großen Energieversor-

gungsunternehmens noch etwa in Richtung multinationaler Ölkonzerne. Wir sind derzeit in einer Situation, in der wir gemeinsam versuchen müssen, die Probleme zu lösen; ich fürchte, daß sachliche Gespräche allerdings schwierig sein werden, wenn von der Volkspartei nicht die fundierten Kenntnisse erworben werden, die dazu gehören, Energiepolitik zu betreiben. Und ich fürchte auch, daß Gespräche, die zu wirklich nationalen Lösungen des Energieproblems führen, in nächster Zeit in Österreich eher schwieriger werden könnten.²⁾

¹⁾ Gekürzter Ausschnitt aus einem Manuskript der Energieverwertungsgesellschaft: Karl Fantl, Energie in Österreich. Situation und Ausblick, Wien 1978.

²⁾ Gekürzter Teil des Bandmitschnittes des Vortrages von Karl Fantl bei der Kommunalpolitischen Woche im Josef-Krainer-Haus.

Josua Studach

DEZENTRALE WÄRMEVERSORGUNG AUS HEIMISCHEN QUELLEN: DAS BEISPIEL SENT

Die Idee der gemeinschaftlichen Wärmeversorgung mit einheimischen Energieträgern einer Ortschaft im ländlichen Raum, wie sie Ende 1976 in einer Grundlagenstudie für die Gemeinde Sent vorgelegt wurde, hat große Publizität erfahren, so daß gleich eingangs festzuhalten ist, daß die Anlage noch nicht erstellt ist, sondern erst im Abschlußstadium des detaillierten Vorprojekts steht. Es geht zur Zeit darum, gestützt auf die positiven Resultate deren Realisierung einzuleiten, damit für einzelne in Kurzzeittests geprüfte neuartige Anlageeile und über den integralen Betrieb am Beispiel dieses Bergdorfes Langzeiterfahrungen gewonnen werden können.

Sent liegt auf einer Terrasse, südexponiert, 1400 m ü. M. Die romanische Bausubstanz dieses geschlossenen Unterengadin Dorfes beherbergt zur Zeit ca. 700 Einwohner und 600 Fremdenbetten. Haupterwerbsmöglichkeiten waren bis anhin die Landwirtschaft und der Sommertourismus; mit der Verlagerung des unmittelbar benachbarten Fremdenortes Scuol-Tarasp-Vulpera auf den Wintertourismus erscheint dieser nun als zukunftssträchtester Erwerbszweig. Bezüglich Dichte entspricht der Ort mit einem Areal von ca. 111 km² (6—7 Einwohner pro km²) weiten Teilen des Alpenraums.

Die bauliche Konzentration ist zwar groß, es drängen sich 300.000 m³ Bauvolumen auf ca. 13 ha; im Vergleich mit weiteren Schweizer Gemeinden zeigt jedoch, daß Sent diesbezüglich keinen Extremwert aufweist.

Vom Bauvolumen werden ca. 40 % ständig bewohnt, ca. 30 % werden temporär als Ferienwohnungen benutzt, während ca. 15 % unbenutzte und die restlichen 15 % weiterhin benötigte Stallbauten sind. Die Bautätigkeit war bis anhin bescheiden. Die Gemeinde verfügt über rechtskräftige Instrumentarien zur Lenkung der baulichen Nutzung (Ortsplanung). Das Wärmeversorgungsprojekt erstreckt sich indessen ausschließlich auf das Dorfgebiet mit bereits vorhandenem hohem Ausbaugrad.

Die Lage bezüglich Energieträger

Zur gegenwärtig mißlichen Lage hinsichtlich der Öfersorgung kommt in den Berggebieten noch der Nachteil der Peripherität dazu. Er äußert sich in 10 bis 20% höheren Marktpreisen gegenüber den Agglomerationen.

Wohl läge Sent im Bereich weitgehend genutzter hydraulischer Wasserkraftnutzung. Es wäre indessen sicher unklug, diese im Wert noch

stark steigende elektrische Spitzenenergie für die direkte Wärmeversorgung einzusetzen.

Zudem bieten sich mit Sonne und Holz andere „einheimische“ Energieträger an.

Die geringe Bewölkung und die mit der Höhe zunehmende Strahlungsintensität begünstigen den Einsatz von Sonnenkollektoren. Die direkte Normalstrahlung für Sent liegt zwischen 3317 kcal/Tag/m² im Dezember und 9368 kcal/Tag/m² im Juni. Der Mittelwert der Sonnenscheindauer für die Periode 1931/60 für den benachbarten Ort Scuol beträgt 1783 Stunden. Der Jahresgang der relativen Sonnenscheindauer zeigt für das Engadin neben den üblichen Sommermaximen gute Herbst- und Winterverhältnisse. Die Aufzeichnung der täglichen Sonnenscheindauer über ein Jahr zeigt, daß Perioden mit fehlender Sonneneinstrahlung von mehr als 3 Tagen sehr selten und solche von 3 Tagen selten sind. Mit zweitägiger vollständiger Bedeckung sind besonders im Frühjahr gerechnet werden.

Die maximal verfügbare Brennholzmenge ergibt folgende Werte:

	pro Einwohner	pro Gebäude
Region		
Unterengadin	2,16 m ³	7,6 m ³
Sent	2,57 m ³	6,5 m ³

Die so errechnete nachhaltig zur Verfügung stehende Brennholzmenge von 14.268 m³/Jahr (Unterengadin) kann erst nach entsprechenden Anstrengungen auf allen Ursprungsgebieten erreicht werden. Im Fall Sent wird daher mit einer anfänglich verfügbaren Holzmenge von 1000 m³ anstelle der maximalen Menge von 1800 m³ gerechnet.

Die preislichen Abklärungen wurden auf Schnitzel ausgerichtet. Die Schätzung der Bereitstellungskosten für Schnitzel betragen ca. Fr. 70.—/m³ fest und liegen somit, bezogen auf den gleichen Heizwert, deutlich unter dem heutigen Ölpreis.

Biogas

Die Kombination von Abwasser- und Jauchebeseitigung einerseits mit der Energiegewinnung aus diesen Stoffen andererseits wäre ein bestehend erstrebenswertes Ziel, da die Jauchebeseitigung in vielen Engadiner Dörfern ein aktuelles Problem ist und da auch die Kläranlagen größtenteils noch nicht erstellt sind.

Zur Abschätzung des Potentials dient die größenordnungsmäßige Regel:

1 Grovieheinheit (GVE) = 1 Nm³ Methangas = ca. 6000 kcal

Daraus ergäbe sich aus den ca. 700 GVE von Sent für 7 Monate (Einstellung) eine Energiemenge von 920 Gcal.

Energieversorgungssituation

Von den ca. 250 Gebäuden besitzen rund 50 eine mit automatischer Ölfuerungsanlage betriebene Zentralheizungsanlage. Der überwiegende Teil der Bauten wird nach herkömmlicher Art mit einzelnen Holzöfen versorgt. Daneben bestehen für einzelne Gebäudeteile einfache Ölbrenner oder — in letzter Zeit vermehrt — Elektrowiderstandsheizungen. Das Bedürfnis einer automatischen Wärmeversorgung ist sicher zu Recht ebenso groß wie in dichter besiedelten Gebieten. Mit dem zunehmenden planerisch erwünschten Interesse nach einem besseren Belegungsgrad der Zweitwohnungsbetten, was insbesondere mit dem aufkommenden Wintertourismus erreicht werden kann, ergibt sich das Problem der Ausweitung der Wärmeversorgung im nicht auf diese Bedürfnisse konstruierten Bauernhaus.

Wärmebedarf

Für 5 repräsentative Bauten wurde der Wärmeleistungsbedarf berechnet. Dieser beträgt für das gesamte Dorf (in GJ/h) jetzt bzw. mit nachträglich verbesserter Wärmedämmung:

Total	29,1	25,1
Ständig belegt	14,8	12,4

Temporär belegt	10,2	8,6
Noch nicht aus- gebaute Stallbauten	4,1	

Eine zusätzliche detaillierte Erhebung von Ausbauabsichten, heutigen Wärmeversorgungsverhältnissen, Wärmebedarf, Anteil der heute eingesetzten Energieträger etc. half mit, die Bedürfnisse des Dorfes hinsichtlich Wärmeversorgung für die Zukunft festzustellen, damit eine wirklichkeitsnahe Projektierung erfolgen kann.

Der Wärmeleistungsbedarf für das Versorgungsgebiet mit 544 Wohnungen (nahezu das ganze Dorf) liegt bei 6,9 Gcal/h (8,0 MW). Realistische Annahmen über Anschlußmöglichkeiten und -bereitschaft ergeben bei einem Anschlußgrad von 80 % ohne Sparmaßnahmen Anschlußleistungen von 5,5 Gcal/h; mit stufenweisen Sparmaßnahmen 3,85 Gcal/h. Der jährliche Wärmeverbrauch wurde mit Hilfe der meteorologischen Daten der Nachbargemeinde Scuol ermittelt.

Wärmeisolation und Einbezug der bestehenden Heizungen

Trotz dicken Außenwandkonstruktionen weisen die meisten Wohngebäude ungünstige k-Werte auf. 90 % des vorhandenen Wohnbauvolumens könnten mit einer die Bausubstanz schonenden Nachisolation wirksam verbessert werden. Durch Ausschäumen der Hohlräume zwischen Täfer und Bruchsteinmauer verbessert sich in diesen Fällen der k-Wert im Mittel ca. von 1,09 auf 0,558. Eine Verbesserung der heute kaum vorhandenen Deckenisolation ist beim Einbau der Heizung nötig. Je ein Berechnungsbeispiel der Typen „Bauernhaus“ und „Wohnhaus“ ergab bei Nachisolation der getäferten Außenwände und des Dachraumbodens eine Reduktion des Wärmebedarfs um ca. 15 bzw. 22 %.

Die bestehenden Holzöfen sollten aus baulich konzeptionellen und funktionellen Gründen beibehalten werden. Sie können der Notheizung und während der Übergangszeit dienen.

Vorgesehen ist auch eine Abdeckung der seltenen Leistungsspitzen, was durch Vergünstigungen honoriert und mit der Leistungsbegrenzung kontrolliert werden kann.

In einzelnen Fällen könnte den bestehenden ölgefeuerten Einzelgebäudeheizungen beim etappenweisen Ausbau des Netzes Bedeutung zukommen.

Wärmeverteilung

Sechs Netzvarianten von der 2-Rohr-Fernwärmeleitung bis zur zusätzlich isolierten 4-Rohr-Fernwär-

meileitung wurden nach den sich aus der Gesamtzielsetzung ergebenden Kriterien untersucht. Wegen der Vorzüge der Wärmeverteilung auf niederem Niveau, der tiefen Netzverluste und der einfachen Wärmeübergabe fiel die Wahl auf eine 4-Rohr-Fernwärmeleitung, bestehend aus einem Mantelrohr und 4 innenliegenden Rohren, in welche Heizungs- und Warmwasserleitungen eingelegt werden können. Der Netzausbau ist in 5 Etappen unterteilt.

Bei der Dimensionierung der Leitungen wurde auch die Variation der Temperaturspreizung miteinbezogen, was mit der Senkung der Rücklauftemperatur möglich ist. Die dazu nötigen Voraussetzungen in den Gebäuden sollen etappenweise geschaffen werden.

Wärmeübergabe

Die Warmwasserübergabe erfolgt direkt aus dem Netz. Zirkulationsverlusten wird durch richtige Anordnung der Übergabestellen, Rohrquerschnitte und Isolationsvorschriften begegnet.

Die Heizwasserübergabe ist auf die gewünschte Druckdifferenz zwischen Vor- und Rücklauf ausgerichtet.

Die Wärmemengenmessung reduziert sich beim Warmwasser wie bei der Heizung infolge des gewählten Systems auf eine bloße Wassermengen-zählung.

Wärmeerzeugung

Hervorgehend aus den Zielen, den Bedarf an fossilen Brennstoffen entscheidend zu reduzieren, die im Tal produzierte elektrische Spitzenenergie nicht leichtfertig zu Heizzwecken zu verbrauchen und mit dem vorhandenen Energieholz den bestmöglichen Wirkungsgrad zu erreichen, ergaben sich im vorliegenden Fall nachstehende Hauptziele der Wärmeerzeugung:

a) Einsatz des Holzes als Gasmotorentreibstoff

b) Einsatz der Wärmequelle Luft in Kombination mit Sonnenstrahlen

Die Wärmeerzeugung ist in vier Etappen mittels Blöcken aus Holzgasgeneratoren, Gasmotoren und Wärmepumpen vorgesehen. Ein 1000stündiger entsprechender Testversuch ist eingeleitet worden. Der Wärmeanfall von stark verschiedener Wertigkeit vom Generator bis zur Wärmepumpe soll versorgungs-gerecht optimiert werden.

Die Wärmequelle Luft und Strahlung wird mittels eines Kollektor-Luftwärmetauscher-Elements (KL-Element) genutzt, d. h. daß Verdampfungs- und Strahlungsabsorberelement identisch sind. Ein Prototyp ist auch hier gebaut und ersten Tests unterworfen worden. Die mit

einem Rechenprogramm ermittelten Wärmeerträge mit Daten der Meteorologischen Zentralanstalt sind erfreulich.

Übertragbarkeit des Projekts auf andere Gemeinden

Leider sind landesweit keine statistischen Werte vorhanden, welche Aufschlüsse über Energiebedarfdichten oder auch nur bauliche Dichten geben. Wohl sind einige Arbeiten über Energiedichten im

Gange, sie erlauben aber keine methodische Beurteilung der Übertragbarkeit. Im Projekt werden die Unterengadiner allein zum Vergleich hinsichtlich der Dichte untersucht. Mittels der JSOS-Unterlagen wurden für weitere schweizerische Gemeinden grobe Schätzungen der baulichen Dichte gemacht.

Realisierung

Die Projektierungsarbeiten, welche mit der finanziellen Unterstüt-

zung des Nationalen Energieforschungsfonds der Schweiz, der Graubündner Kantonalbank und der Gemeinde Sent ermöglicht wurden, werden demnächst abgeschlossen sein. Die Resultate sollen in einer Broschüre dargestellt werden. Die Anstrengungen werden auf die Realisierung des Vorhabens konzentriert, damit Langzeiterfahrungen über die vorgesehene Art der Wärmeversorgung gewonnen werden können.

Horst Gamerith

MÖGLICHKEITEN DES ENERGIESPARENS BEIM BAUEN

Im Bereich Bauen können mit oft sehr geringfügigen Maßnahmen wesentliche Verbesserungen des jeweiligen Energieverbrauchs herbeigeführt werden — gerade in diesem Bereich wird aber am meisten gesündigt.

Ich werde mich in der Folge weniger mit wärmetechnischen Verbesserungen bei bestehenden Bauten als vielmehr mit jenen Problemen beschäftigen, die bei Neubauten — vom Entwurf bis zur Bauausführung — auftauchen.

Nach der Steirischen Bauordnung müssen Bauplätze — und damit muß jede Planung beginnen — einen trockenen und tragfähigen Boden aufweisen und sollen sonnig sein; sie dürfen nicht durch Schnee, Steinlawinen, Hochwasser, Rutschungen und dergleichen gefährdet sein. Es ist eine alte Weisheit, daß man den Baugrund am schlechtesten Tag des Jahres aussuchen soll. Es ist auch bekannt, daß Südhänge zwei bis drei Wochen früher Frühling haben, daß beispielsweise der Wein nur in Südlagen reift.

Die Gegend wird man sich meist nicht aussuchen können, obwohl auch die Heizperioden je nach Klimalage stark differieren.

Die Bebauungsart wird bereits in der Widmung festgelegt. Man unterscheidet folgende Haustypen:

Typ A: ein freistehendes Einfamilienhaus ebenerdig

Typ B: ein Reihenhäuser (verdichteter Flachbau)

Typ C: Stockwerkswohnbau einzeln oder in der Zeile

Der Typ A benötigt bei derselben konstruktiven Ausführung rund zwei- bis dreimal soviel an Heizung wie B und rund 2,4- bis 4mal soviel wie ein günstig konzipierter Stockwerksbau. Von Bedeutung sind dabei:

● das Verhältnis aller Außenflächen zum Volumen

● die Fenstergrößen und ihre Fugendichtung

● die Wärmedämmung der peripheren Bauteile.

Große Fenster sollen nach Süden gehen (passive Sonnenheizung), Jalousien, Schlagbalken usw. können die Wärme im Haus behalten. Bei richtiger Bedienung kann das Fenster ein Energiegeschäft sein! Eine nach Norden abgeflachte Bauweise, Windfänge, dichte Keller- und Bodentüren, die richtige Lage der Eingangstür — all dies kann zu Heizkostenersparungen beitragen. Öl ist bereits zu kostbar, um es für niedrige Raumtemperaturen von 20° C zu vergeuden.

Allerdings ist ein Einfamilienhaus vom Energieaufwand her gesehen prinzipiell eine problematische Sache; angesichts der Entwicklungen wird der Betrieb eines Einfamilienhauses zu einem Luxus.

Vom Prinzip her sind mittelgroße Volumina in Kompaktförm (gedrungener Würfel mit etwas größerer Seitenlänge nach Süden) energietechnisch am günstigsten. Diesen Absichten kommen auch Reihenhäuser entgegen, bei denen man zum Wohnen enger zusammenrückt: Jede freistehende fensterlose Hausfassade lädt zum Anbauen ein (Wärmesymbiose). Die energiefreundlichste Form allerdings überhaupt sind Stockwerkswohnbauten von minimal 4 und maximal 6 bis 8 Stockwerken; Hochhäuser sind durch die größere Windbelastung, inneren Auftrieb, die großen Abstrahlflächen nicht günstig; die Ersparnis ist gleich Null.

Die günstigste Haustiefe liegt bei 9 bis 13 m, die günstigste Hauslänge bei 12 bis 25 m; derartige Berechnungen führen uns zur Schlußfolgerung,

daß gerade die bestehenden Bauten aus den Gründerjahren eine sehr energiefreundliche Form aufweisen.

Einer günstigen Raumzuordnung kommt große Bedeutung zu; der Eingang — versehen mit einem Windfang — soll auf der windabgekehrten Seite liegen, Puffermassen und Speicherräume sind innen vorzusehen, der Rauchfang soll nicht außen angebaut werden, sondern im Haus liegen; die Heizanlage kann im Erdgeschoß stehen, dies erlaubt einen „kalten“ Keller, der Heizraum kann als Wirtschafts- oder Bastelraum mit genutzt werden; ein Flachdach ist günstiger (Schnee ist eine gute Wärmedämmung); der Grundriß soll so konzipiert werden, daß die Wohnfläche auch in Teilflächen bewohnbar ist.

Die Heizsysteme sollen innen liegen; Fußbodenheizungen und Kachelöfen haben weniger Verluste nach außen. Unsere Außenwände müssen wieder dicker werden.

Zusammenfassend können die möglichen Einspargrößen aufgezeigt werden. Von den 100% Heizaufwand zum Ausgangszeitpunkt können folgende Einsparungen abgezogen werden:

● 20 % Anwendung von Alternativenergien

● 40 % Wärmedämmung und günstige Wohnform

● 8 % energiebewußtes Verhalten

Es bleibt — ohne wesentliche Belastungen und Mehrkosten — nicht einmal ein Drittel (rund 32 %) des ursprünglichen Heizaufwandes übrig. Spätere technische Konstruktionen können allerdings jene Fehler, die beim Bauen gemacht werden, nur schwer und mit hohem Aufwand korrigieren.

Fassen wir noch einmal die Ent-

wurfskriterien bei der Planung eines Hauses zusammen:

1. die Auswahl eines günstigen Grundstücks
2. die Festlegung der Hausform, die richtige Orientierung usw.
3. die günstige Raumzuordnung

4. die optimale Wärmedämmung
5. die günstige Situierung der Heizflächen

Gebäudefunktion, -gestaltung und -technik auf der einen Seite, Energiebedarf und -versorgungstechnik auf der anderen Seite stehen in einer

engen Wechselwirkung zueinander und müssen als Einheit betrachtet und behandelt werden. Eine fundierte Planung ist aber Voraussetzung; künftig muß gelten: **Mehr planen und weniger bauen** — mit einem Wort: **gründlicher arbeiten!**



Herwig Hösele

JEDER GEMEINDE IHR MEDIUM

15

Medien und Gemeinden — was kann dieses Thema schon viel hergeben? Die Massenmedien gehen doch oft „gezwungenermaßen“ über die im größeren (Massen-)Maßstab kleineren Ereignisse in kleinen und großen Gemeinden hinweg. Daß dem nicht so sein muß, machte der Medientag deutlich:

● Am Vormittag ging es um die traditionellen großen Medien der Steiermark — die Zeitungen und den ORF. Chefredakteur Dr. Csoklich zeigte nach einer fundierten und interessanten allgemeinen Darlegung den Gemeindevätern vielfältige Möglichkeiten auf, die Tageszeitungen für die Kommunen nutzbar zu machen (siehe auch die nachfolgend abgedruckte Referatsskizze). Wie dies konkret und am Fallbeispiel aussieht, legten die Herren Klaus Edlinger (ORF), Ernst Kienzl (Südost-Tagespost), Heinz Jelinek (Hartberger Bezirkszeitung — als Vertreter der zahlreich erscheinenden regionalen steirischen Wochen- und Monatszeitungen), Dr. Hans Winkler und Reinhold Tscherner (beide Kleine Zeitung) in eindrucksvoller Weise dar. Aus Klaus Edlingers Ausführungen ging hervor, mit welch hohem Verantwortungsbewußtsein und Qualitätsanspruch das ORF-Landesstudio Steiermark seinem Infor-

mationsauftrag nachkommt. Der ambitionierte Lokalchef der Südost-Tagespost Ernst Kienzl konnte auf unter seiner Ägide gesetzte positive Neuerungen seiner Zeitung besonders auch im Sinne der Gemeinden verweisen. Die beiden Herren der Kleinen Zeitung wiesen auf die traditionell starke kommunalpolitische Berichterstattung ihres Blattes hin, die vor allem auch in diesen Wochen vor den Gemeinderatswahlen am 23. März ihre Handschrift trägt. Insgesamt bestärkte diese Präsentation den Eindruck, daß der steirische Journalismus trotz aller Konkurrenzkämpfe um ein österreichweit beispielgebendes gutes Niveau bemüht ist und es auch zu erhalten versteht und daß die steirischen Massenmedien den Kommunalpolitikern durchaus Chancen eröffnen.

● Labg. Prof. Bernd Schilcher, ORF-Kurator und steirischer Experte der Medienpolitik, brachte am Nachmittag die Möglichkeiten der neuen Medien — etwa Kabel-TV, Bildschirmzeitung usw. — nahe. Diese werden sicherlich Auswirkungen auf die Gemeinden haben — gewiß nicht so, daß nun jeder Bürgermeister über ein eigenes Fernsehprogramm verfügen kann (diese verfehlte Kabel-TV-Euphorie ist glücklicherweise an den Realitäten

gescheitert), aber durchaus dergestalt, daß das Fernsehen, in welcher Form auch immer, stärker regionalisiert und lokalisiert wird. Es gilt also für die Kommunalpolitiker, sich mit dem Medium Video und seinen Anwendungs- und Wirkungsmöglichkeiten bereits jetzt vertraut zu machen.

● „Do it yourself“ ist eine sehr entscheidende Parole auch für die kommunale Medienarbeit. Gemeinde- und Ortszeitungen (herausgegeben von der Gemeinde oder von der ÖVP-Ortsgruppe) sind ein unverzichtbarer Bestandteil einer kontinuierlichen Öffentlichkeitsarbeit. Sie erfüllen — da der Bürger am Geschehen in der unmittelbaren Umgebung am meisten interessiert ist — auch ein wichtiges Bedürfnis. Vizebürgermeister Franz Rattinger, Herausgeber des ersten Preisträgers der Gemeinde- und Betriebszeitungswettbewerbs der Steirischen Volkspartei — „Die Brücke“, Deutschfeistritz — hielt ein in dieser Hinsicht überzeugendes Kurzreferat. Jeder Gemeinde ihr Medium — jeder Ort sollte also eine Gemeindezeitung herausgeben. In diese Richtung wird künftig, besonders vor allem auch mit Hilfestellung in der Bildungsarbeit (Seminarangebot, Medienwoche), verstärkt zu wirken sein.

WIR LEBEN IN EINEM GLOBALEN DORF

In einer Untersuchung in der Bundesrepublik wurde der durchschnittliche Zeitaufwand in der Mediennutzung pro Bürger und Woche mit 24 Stunden 56 Minuten ermittelt. TV: 9,43 Stunden, Hörfunk: 5,14; Tageszeitung: 3,44; Bücher zur Unterhaltung: 2,15; Illustrierte: 2,14; Bücher zur Weiterbildung: 1; Schallplatten: 45 Minuten. Diese Kommunikationsdichte ist etwas beispielloses Neues in unserer Welt. Sie macht aus unserer Erde ein Dorf. Marshall McLuhan: „Wir leben wieder, wie es früher war, in einem globalen Dorf. Unsere Information kommt mit hoher Geschwindigkeit, elektronischer Geschwindigkeit, aus allen Erdteilen. Es hat beinahe den Anschein, als lebten wir unter Hörbedingungen in einer kleinen, dörflichen Welt.“

Es gibt eine Parallele zur Zeit der Erfindung der Buchdruckerkunst. Damals wie jetzt wurden ganz neue Möglichkeiten erfunden, die Ideen der Zeit weiterzugeben, und zwar mit einer Beschleunigung in einem bis dahin unvorstellbaren Maß.

Heute erhöhen ganz neue Technologien die Wirkungsweise der Massenmedien: Foto- und Lichtsatz in den Zeitungen beenden die Gutenbergse Ära, Kabelfernsehen, Video-Systeme, Satellitenfernsehen revolutionieren die elektronischen Medien.

Chancen für den Medienkonsumenten:

- Bis in das letzte Dorf werden ganz neue geistige, weltanschauliche, politische Ideen hineingetragen. Es gibt keine „Provinz“ im herkömmlichen Sinn.
- Die Medien bieten Möglichkeiten, sich mit Überlegungen und Problemen zu befassen, mit denen sich viele Menschen sonst nie auseinandersetzen würden. Die geistige Neugierde könnte wachsen.
- Die Massenmedien bieten die Chance, auch sehr komplizierte Zusammenhänge spontan und intuitiv zu erfassen.
- Damit ist es möglich, in jedem Bereich des menschlichen Lebens die jeweiligen Spitzenleute direkt kennenzulernen: Neue Dimensionen menschlicher Begegnung.

Gefahren für den Medienkonsumenten

- Massenmedien dienen immer mehr als „Lückenbüßer“, um freie Zeit auszufüllen, mit der man nichts anzufangen weiß.
- Massenmedien erhalten „Begleit-

funktion“, besonders deutlich beim Hörfunk.

● Unterhaltungsmomente überwuchern und durchsetzen die Information, Gefahr der „unterhaltenden“ Ablenkung von den wirklichen Problemen.

● Viele Menschen warten nur noch passiv darauf, was ihnen vorgesetzt wird, und nehmen inmitten einer beispiellosen quantitativen Informationsflut die Haltung des „Dösens“ ein.

Stichworte zur Entwicklung der Presse in Österreich

● Unterbrechung der österreichischen Tradition im Pressewesen durch NS-Zeit und Besatzungsjahre. Seit 1945 hat Österreich keine international beachtete Tageszeitung mehr.

● Überfrachtung des Presse- und Medienwesens durch die beiden Großparteien seit 1945. Monopolstellung der Parteizeitungen bis in die fünfziger Jahre.

● Aufstieg der parteiunabhängigen Presse in den sechziger Jahren, in der Folge immer stärkeres Einsickern der großen Wirtschafts- und Interessenverbände (Sozialpartner) in das Pressewesen.

● Boulevardisierung des österreichischen Pressewesens durch schrankenlosen Konkurrenzkampf; nur noch der kommerzielle Erfolg zählt. Konsequenz: Der vermuteten Mehrheit wird jeweils nach dem Mund geschrieben, der Gag, der Unterhaltungseffekt triumphieren, Information ist kaum noch gefragt, der geforderten Kürze fallen ausgewogenere Beiträge zum Opfer. Situation in Wien: 1.062.000 Leser der Kolportagezeitungen, 153.000 Leser anderer Tageszeitungen.

● Radikale Änderung der Zeitungen durch die Konkurrenz der elektronischen Medien (erste Aktualität an das TV übergegangen), Vordringen der subjektiven Kommentare und Kolumnen, Betonung des Lokalen und Regionalen unterhalb der TV-Bestreuerung, Zunahme der Unterhaltung, zunehmende Bedeutung der grafischen Gestaltung.

● Schlechte finanzielle Lage der österreichischen Presse, nur die großen Kolportagezeitungen und die führenden Bundesländer-Blätter bilden eine Ausnahme.

Gemeinden im Spiegel der Zeitungen

Das Vordringen der Unterhaltungsmomente schadet den Gemein-

den, die in manchen Zeitungen nur im Fall von Skandalen im Mittelpunkt des Interesses stehen. Damit Ablenkung von den wirklichen Problemen. Auch das Denken in großen Zahlen, in hohen Auflagen schadet den Gemeinden, die zwangsläufig jeweils nur Minderheiten als ihre Lesergruppen werten können. Die zu geringe Besetzung der Redaktionen bringt es überdies mit sich, daß nur sehr wenige Zeitungen in kontinuierlicher Weise über das Geschehen in den Gemeinden berichten.

Andererseits bietet der Versuch der Zeitungen, gegenüber dem TV auf lokale Probleme auszuweichen, eine Chance für die Gemeinden, vor allem in den Bundesländern.

Wer in Medien kommen möchte, muß allerdings wissen: Das Gewöhnliche ist uninteressant, das Ausgefallene ist Trumpf. Oft kommt es darauf an, das Gewöhnliche, aber Wichtige, das alltäglich Unverzichtbare mit einem farbigen attraktiven Mascherl zu versehen, um von den Medien wahrgenommen zu werden. Viel Wichtiges wird übersehen, weil sich falsche Bescheidenheit nicht laut genug meldet. Legen Sie diese falsche Bescheidenheit ab!

Wie erfahren Zeitungen von Vorgängen in Gemeinden?

● Aussendungen sind meist nur Papier, und Papier gibt's in jeder Redaktion viel zuviel.

● Anrufen ist unerläßlich und wichtig!

● Pressekonferenzen sind gut, wenn der Inhalt eine solche Veranstaltung wirklich trägt.

● Lokalberichterstatter sind wichtig, wenn sie nicht als „Hofschreiber“ des Bürgermeisters „an die Kette“ gelegt sind.

● Schaffen von Publicity-Möglichkeiten: Ausgefallene Bauten, Produktionen, Erfindungen, Initiativen in der Gemeinde.

● Herausstellen besonderer personeller Konstellationen wie z. B. in Trieben.

● Gefahren verhindern mit Hilfe von Zeitungen: bei Kündigungen in Betrieben, bei Verzögerungen im Straßenbau etc.

● Förderung des Umweltbewußtseins mit Hilfe von Zeitungen — gegen Abgase, Dämpfe, Appartementsiedlungen, falsche Uferverbauungen, Zersiedelungen etc.

● Leserbriefe, Stellungnahmen: je kürzer, desto besser.

● Manches dornige Problem in der Gemeinde ist von außen her besser

aufzurollen — verständigen Sie „Ihre“ Zeitung.

Neben diesen pragmatischen Tips geht es um eine neue Konzeption der Kommunalpolitik. Ihr Stellenwert ist in letzter Zeit im politischen Bewußtsein der Bürger deutlich gestiegen. Die Wiederentdeckung der Kommunalpolitik steht im Zusammenhang

mit einem erweiterten, emanzipatorischen Demokratiebegriff. Neue Formen der Selbstverwaltung, der Mitsprache und Mitbeteiligung sind gefragt.

In diesem Sinn werden Zeitungen, die sich für diese Problematik interessieren, den Gemeinden zu helfen haben gegen

- a) zunehmende Reglementierung durch Land und Bund,
- b) zentralistische Planungen übergeordneter Instanzen,
- c) chronische finanzielle Abhängigkeiten von Zuweisungen durch Land und Bund,
- d) Einbeziehung der Gemeinden in die staatliche Konjunktursteuerung.

Bernd Schilcher

WIE GEHT ES WEITER MIT DEN MEDIEN?

Die technisch-ökonomischen Überlegungen

Als Jurist weiß ich, daß wir für das bürgerliche Gesetzbuch eine wunderbare Einrichtung in der alten Monarchie hatten. Wir hatten Galizien. Bevor man ein Gesetz in Kraft gesetzt hat, wurde es in Westgalizien ausprobiert. Wenn es in Galizien gutgegangen ist, dann wurde es in der restlichen Monarchie angewandt. Galizien gibt es nicht mehr, aber wir haben heute ein elektronisches Westgalizien in Deutschland. Wenn etwas in Deutschland funktioniert, dann übernehmen wir es hier in Österreich.

In letzter Zeit sind wir darauffolgt, daß die technischen Entwicklungsintervalle und Schübe so verkürzt sind, daß es nicht mehr genügt, nach Deutschland zu schauen, Amerika und Japan sind ebenso wichtig. Zur amerikanischen Situation:

Am 6. Dezember 1979 hat der größte Konzern, der sich in Amerika mit elektronischen Medien befaßt, nämlich RCA, einen Entschluß gefaßt, der wegweisend sein wird. Nachdem er schon vor fünf Jahren ins Satellitengeschäft eingestiegen war und selbst einen Zweihunddreißig-millionen-Dollar-Satelliten in die Luft geschossen hat — von wo aus er Kabelstationen mit Programmen versorgt —, hat die RCA ein Hundertmillionen-Dollar-Investitionsprogramm für die Bildplattenproduktion und Videorecorder vorgestellt. Das heißt zu deutsch: Jemand, der bereits ein volles Bein in der normalen TV-Industrie hat, sein zweites Bein vor fünf Jahren in die Satellitenindustrie gesteckt hat, tut ein weiteres Bein in die Videokassettenproduktion.

Diesem Beispiel folgen alle anderen Großen. Aus dem einzigen Grund: Man weiß nicht, welche der drei Sparten das große Geschäft wird. Man kann nicht sagen, wohin

die Entwicklung geht: Hin zu noch mehr Äther-TV, zu mehr Kabel oder zu Video. Sicher ist eines, man stellt sich den Konsumenten so vor, daß er seinen Fernsehbedarf entweder durch Kassette, durch Bildplatte, durch ein zusätzliches Satellitenprogramm oder aus Kabelanschlüssen holen wird. Was er stärker wählen wird, weiß man nicht. Die drei großen amerikanischen Fernsehgesellschaften ABC, NBC und CBS haben sich bereits seit Jahren in das Video- und Plattengeschäft geworfen und steigen nun in das Satellitengeschäft. Die Werbeeinnahmen im Äther nehmen ab und wandern zum Kabel, zum Teil in den Satellitenbereich. CBS kauft in Hollywood Studios an, produziert dort für die Bildplatte. CBS kauft Stationen in St. Louis und macht Versuche mit Video und Versuche mit neuen Formen von Unterhaltungssendungen, ohne sie auszustrahlen.

Die neueste Entwicklung ist das Subscriptionfernsehen. Das hat sich entwickelt aus der Erfahrung, daß das Verkabeln zu lange dauert.

In Amerika gibt es vierzigtausend Meilen Kabel. Diese wurden in den letzten zwanzig Jahren verlegt; in den fünfziger Jahren wurde damit begonnen, damit alle Leute das normale Fernsehen bekommen. Das dauert manchen zu lang. Daher macht man etwas Neues: Eine kleine Station wird aufgekauft, die früher Radio gemacht hat; dort wird ein Programm in die Luft geschossen, verschlüsselt, jeder Kunde bekommt einen Decoder — die Miete beträgt dreißig Dollar im Monat —, den schaltet er zu seinem Gerät und kann dann die verschlüsselte Botschaft herunterholen; das heißt, er kriegt dieselben Programme wie im Kabelprogramm, nur bekommt er sie jetzt durch die Luft in verschlüsselter Form.

Warum zeige ich Ihnen das auf?

Nicht um Sie zu verwirren, sondern aus zwei bestimmten Gründen:

- a) Auch in den Vereinigten Staa-

ten gibt es ähnliche Ratlosigkeit wie bei uns. Welcher ist der richtige Weg? Und auch dort wird nach der Regierung gerufen.

b) Sie können sich vorstellen, was geschieht, wenn Giganten wie ITT, Siemens oder Philips nach Österreich kommen und sagen, es würde fünfhundert oder tausend Arbeitsplätze kosten, wenn wir in dieser oder jener Richtung nicht investieren können — dann kann ich mir eigentlich keinen Politiker vorstellen, der sagt: „Das interessiert mich nicht.“ Womit ich meine, daß eine noch so eigenständige Politik vor der Wirtschaft in die Knie gehen muß.

Also ist damit zu rechnen, daß über die amerikanisch-deutschen und deutsch-österreichischen Wirtschaftsverflechtungen irgendwann einmal ein Druck entsteht.

Die Fernseh- und Elektronikindustrie weiß, auf dem herkömmlichen Weg stößt sie auf Grenzen. Sie muß neue Wege beschreiten, will sie die Arbeitsplätze weiterhin gesichert haben; daher müssen wir mit ihr in diese Richtung marschieren.

Die politischen Überlegungen

Sie wissen vielleicht, daß unser Vorbildnachbar Deutschland seit Sommer vergangenen Jahres die elektronischen Rolläden herunterläßt. Irgendwann in den Ferien muß Kanzler Schmidt Zeit gehabt haben, um fern zu sehen und mit Leuten zu reden. Jedenfalls haben sie ihm mitgeteilt, was sein Postminister vorhat. Der wollte in mehreren großen Städten Versuche mit totalem Fernsehen machen. Er hat also Verkabelungsaufträge erteilt, hat sogar schon Produktionsaufträge erteilt und plötzlich ist Herr Schmidt draufgekommen, dieses Fernsehen sei gefährlicher als ein Atomkraftwerk. Hier werden die Menschen manipuliert, das dürfte es alles nicht geben. Und er stoppte seinen Minister.

Die unmittelbare Auswirkung auf Österreich haben Sie im Sommer erlebt. Da gab Herr Blecha in seinem Urlaubsaufenthalt dem Radio „Adriasender“ in Aquileia ein Interview. Gegen das ORF-Monopol. Ganz kurz darauf hat er offenbar eine ganz klare Entscheidung von Schmidt/Kreisky bekommen: So nicht! Wieder einmal ist Blecha allein gestanden. Es wurde ihm mitgeteilt, daß es nur ein öffentlich-rechtliches Rundfunkmonopol gibt. Aus.

Das heißt, er hat die Schmidt-Linie auf gut österreichisch übertragen bekommen. Es wird nach Ansicht der Regierungspartei — soweit sie es in der Hand hat — nichts anderes geben dürfen als nur den ORF.

Da es aber schon ein Kabelfernsehen gibt — so bleibt es beim eins zu eins: Übernahme ausländischer Programme. Eigene Kabelproduktionen gibt es nicht. In Deutschland vollzieht sich jetzt eine gewisse Änderung bei der Oppositionspartei. Diese war früher auch fürs staatliche Rundfunkmonopol. Dann gab es einmal einen Berater der CDU, der hieß Gerd Bacher. Er hat den Partei-Granden gesagt, daß es eigentlich nach den Ideologien der CDU ein privates Fernsehen geben sollte. Worauf die CDU langsam zum privaten Fernsehen umschwenkte. Anders die CSU. In einer lustigen Koalition des Kanzlerkandidaten Strauß mit seinem Gegner Schmidt ist man dort fürs Monopol. Hoch oben im Norden kämpfen schließlich zwei Ministerpräsidenten einen anderen Kampf. Sie lösen den NDR auf und wollen eigenes Fernsehen. Sie sehen: Eine klare Linie gibt es nicht. Letztlich werden aber die Firmen entscheiden. Leider. Denn wenn es nicht die Firmen sind, die Aufträge wollen, ist niemand da, der eine Entscheidung trifft. Der Bürger sagt kaum: „Es ist ungeheuerlich, wie unfrei es beim Fernsehen ist. Ich will mehr Privatinitiative, ich will mehr Regionales sehen.“ Wenn Sie einen Bürger fragen, wird der zwar ein bißchen schimpfen, aber eben nicht viel: Das Fernsehprogramm ist ja ganz gut. Es ist sogar ein bißchen besser geworden in letzter Zeit.

Die ÖVP hat aber sowohl Herrn Oberhammer als auch Herrn Bacher gesagt, daß sie Monopole für schlecht hält. Daß Bacher jetzt natürlich kein wahnsinniger Auflöser des Monopoles sein kann, ist klar und verständlich — dennoch werden wir eine Änderung des Status quo verlangen. Wie macht man das nun wirklich?

So einfach ist es hier in Österreich nicht. Bei dem Grad von Verstaatlichung und bei dem Grad von hingenommener Monopolstruktur in vieler Hinsicht kann es nicht viel Druck zur Reprivatisierung geben.

Anders ist es im Bereich der **Regionalisierung!** Das ist jetzt ein Bereich, der vom ORF selbst in die Hand genommen wurde. Von Herrn Oberhammer eher sehr emotional und vordergründig, von Herrn Bacher gründlicher. Es gibt eine ganz schwergewichtige Ausbaustufe der Länderstudios in Richtung Fernsehen. Wenn das Regionalisierungsprogramm durchgeht, dann wird es in der Steiermark kein nennenswertes Ereignis geben, das nicht auch vom Fernsehen erfaßt wird. Das ist die eine Entwicklung. Sie entscheidet sich im März: Dann werden wir sehen, ob die Sozialisten einer Regionalisierung zustimmen.

Die zweite Entwicklung ist noch kurzfristiger. Die begann am 21. Jänner.

Da startete der ORF den Versuch mit **Teletext**. Also Textinformation im Fernsehen, die man mit Hilfe eines Decoders abrufen kann. Die entscheidende Bedeutung: Man wird für das Subscriptionsfernsehen mittels Decoder vorbereitet.

Was ist nun mit dem Kabel? Vor zwei Jahren war ein Riesenswirbel. Es hieß: Achtung, es kommt das große **Kabelfernsehen**. Veranlaßt wurde die Geschichte durch Herrn Riedler von der Neuen Zeit.

Die Bürgermeister wurden mobilisiert, und es kam zu einem Wettlauf um die Bewilligungen (einige Opfer dieser Bewegung sind noch da). Es ist gezeichnet worden, Pläne sind eingezeichnet worden. Die Geschichte lag dann bei der Post. Die Post stand vor einer ähnlichen Situation, wie ich sie ihnen von Amerika geschildert habe: Soll man überhaupt Richtfunkstrecken bauen, wem soll man eine Genehmigung geben? Wer baut? Es war auf jeder Ebene ein Schuß Ratlosigkeit und Angst da. Es hat sich hinterher herausgestellt, daß

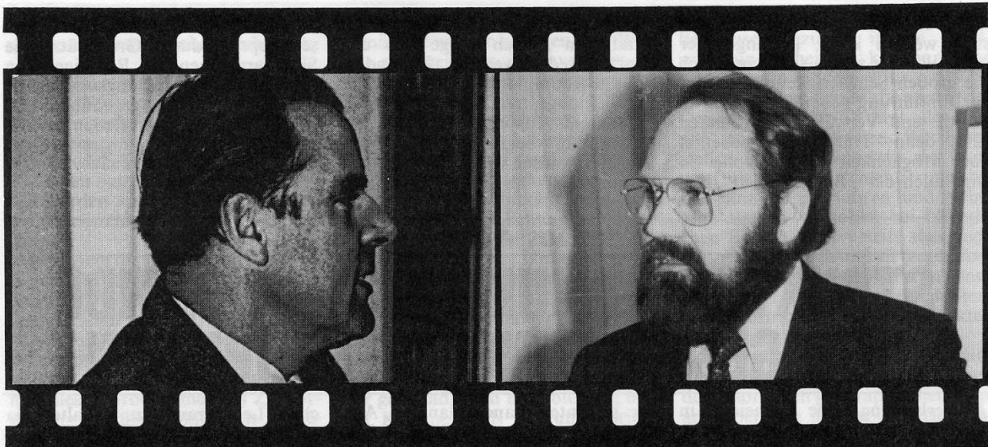
diese Atempause gar nicht so schlecht war. Wir haben uns vieles damit erspart. Viele andere Staaten müssen alte überholte Drähte ausgraben und neue wieder einziehen, weil es längst neue, bessere gibt. Möglicherweise kommt in Kürze eine Kombination von Satellit und Kabel. Es ist also ganz gut, wenn wir noch ein bißchen warten, bevor wir da Sachen planen, die eine Menge Geld kosten. Es besteht kein Grund, Steuermittel zu verwenden, nur um einigen Leuten jetzt 52 Programme zu ermöglichen. (Satelliten können 52 Programme übermitteln.)

Und schließlich fragen sich viele: Brauchen wir wirklich so viele Programme?

Nicht alles, was technisch neu ist, ist auch ein menschlicher Fortschritt. Ich plädiere daher für die **Denk- und Entwicklungspause**.

Warten wir ab, was die neue Regionalisierung des ORF bringt. Erlaubt sie eigenständige Programme der Länder, dann können Kabel und Satellit noch warten. Bleibt es ein zentralistisches Monopol, so werden wir das Kabel forcieren. Im übrigen gibt es ja auch noch die Möglichkeit, direkt miteinander zu reden — statt vor dem Fernseher zu sitzen. Das sollten gerade Gemeindepolitiker bedenken.





Peter Hagenauer

RAUMORDNUNG ALS POLITISCHES INSTRUMENT

Zwei Situationen sind es, die im Zusammenhang mit der Raumordnung (Orts- und Regionalplanung) in der Steiermark zum jetzigen Zeitpunkt hervorzuheben sind:

1. Der allgemeine Aspekt einer „neuen Lage“ für die Raumordnungspolitik. Rückläufige Wachstumsraten haben das Entwicklungspotential und Umverteilungspotential und damit die Chance auf rasche „Erfolgsergebnisse“ reduziert. Bereits vorhandene Schwächen bzw. Unterschiede in der Entwicklung werden — nicht zuletzt durch das Zusammentreffen mit dem Erfordernis der Schaffung ausreichender Arbeitsplätze für die geburtenstarken sechziger Jahrgänge — nur noch verschärft. Die gute alte „Gießkannenpolitik“ ist nicht mehr durchführbar. Die bisher praktizierte Steuerungspolitik durch Infrastrukturerstellung, Flächenausweisung bzw. durch finanzielle Förderung greift nicht mehr.

2. Die besondere Situation der Steiermark, die erst 1974 die gesetzliche Grundlage für eine praktikable Raumordnung geschaffen hat. Dies allerdings in einer modernen Ausprägung, nämlich aufbauend auf Entwicklungsplanung unter Beteiligung der Betroffenen. Mit dem Zeitpunkt der „späten“ Inangriffnahme einer Raumordnungspolitik und dem Ziel, vorhandene Entwicklungsunterschiede nicht zu verstärken, ist auch der Umstand zu erklären, daß für alle Regionen (mit der Ausnahme einer Pilot-Planung) der Prozeß der Regionalplanung gleichzeitig in Angriff

genommen wurde. Auf Gemeindeebene wurden (Orts-)Planungen teilweise sehr rasch durchgeführt, teils noch nicht in Angriff genommen.

Vor diesem Hintergrund wurden am „Tag der Raumordnung und des Bauens“ sowohl von den Hauptreferenten als auch von den Präsentatoren praktischer Beispiele (Schäffern, Kohlberg b. Gnas und Gleinstätten) folgende Probleme bzw. Erfahrungen besonders herausgestrichen:

- Raumordnung ist ein Prozeß. Sie ist ein dauernder, nicht abzuschließender Vorgang, mit ganz spezifischen Abläufen und Erfahrungen, die nur sehr beschränkt (etwa durch Beobachten weiter fortgeschrittener Länder) „beschleunigt“ bzw. „ersetzt“ werden können.

Nicht wenige Gemeinden haben sich mit dem Vorantreiben der Ortsplanung u. a. aus dem Grund des Beobachtens, „wie es den anderen dabei ergeht“, zurückgehalten. Daraus ergaben sich kommunalpolitische Probleme aufgrund der sehr unterschiedlichen planerischen Einschränkungen in unmittelbarer Nachbarschaft. Weiters zeigt sich, daß durch eine Fortsetzung der ungeordneten Besiedlung der Raumplanungsprozeß langwieriger und auch gegenüber der an die Durchsetzung von Sonderinteressen gewöhnten Öffentlichkeit schwieriger vertretbar wird.

Die örtliche und regionale Raumplanung braucht Erfolge, muß konkrete Probleme einer Entscheidung

zuführen. Dies hat oft kurzfristig zu erfolgen, ohne umfangreiche „Leitbilder-Diskussion“. Jene Planung, die im Sinne eines „Aufhaltens des Uhrzeigers“ operieren will, ist von vornherein gescheitert. Umgekehrt sind viele Probleme nur sehr langfristig einer Lösung zuzuführen und der gesamte Planungsprozeß kann ihrer wegen nicht jahrelang verzögert werden.

Insbesondere jene Räume, die durch „keine“ Entwicklungsprobleme, die es entsprechend zu steuern, d. h. einzuschränken, gilt, gekennzeichnet sind, benötigen eine permanente Auseinandersetzung mit ihren räumlichen Strukturen im Sinne einer Entwicklungsplanung.

- Entwicklungsplanung im Sinne des Formulierens und Beschließens von mittel- und langfristigen Zielen und Maßnahmen hat sich u. a. als unentbehrliche Voraussetzung für eine sinnvolle Raumordnung auf örtlicher Ebene erwiesen.

Allein der Zwang zum konkreten Formulieren angestrebter Entwicklungen im Bereich der Einwohnerzahl, der Arbeitsplätze, des Baulandes, der Funktionen bringt unglaubliche Fehleinschätzungen, aber auch Widersprüche innerhalb der Ziele ans Tageslicht. Von der Erarbeitung der zugehörigen Maßnahmen und erst recht deren Finanzierung ganz zu schweigen. Auch der Umstand, daß z. B. die Summe der Entwicklungsziele aller Gemeinden einer Region dem vorhandenen Entwicklungspotential (z. B. Bevölkerung, Arbeitsplätze)

blen Minderheit. Wer hat sie nicht schon mitgemacht, die Spießbrutenläufe bei Behörden, im Gesundheitswesen, in der Sozialbürokratie etc.? Doch die schleichende Entmündigung hat kreative Gegengeister geweckt. Bürgerinitiativen und Privataktionen schossen aus dem Boden wie die Schwammerln nach dem Regen. Die Grundstimmung von „weniger Staat“, „Deregulierung“, „Abbau der Bevormundung“ und „Ende der Taschengeldgesellschaft“ wehte plötzlich gegen die Segel der zentralistischen Dinosaurier.

Freilich, Selbstorganisation im Bereich der Kultur, des Sports, der Freizeitgestaltung, des Nachbarschaftsbereiches hat es auch in den letzten Jahrzehnten neben dem „Wohlfahrtsstaat“ immer gegeben. Neu ist das Ausmaß der Sehnsucht nach kleinen, überschaubaren Gemeinschaften, nach mehr Mitgestaltung und Mitverantwortung, nach effizienteren Kleinstrukturen. Gerade im kommunalen Bereich, wo es diese überschaubaren Strukturen noch gibt, finden wir viele solcher Ansätze. Hunderte Beispiele aus der Steiermark könnten angeführt werden.

Im Rahmen der Kommunalpolitischen Woche des Josef-Krainer-Hauses haben wir exemplarisch einige von ihnen vorgestellt:

- Eine Gruppe präsentierte ein Beispiel zum Thema „Energiesparen“. Dabei gelang es, die Fassade eines Geschoßbaues neu zu isolieren und dabei den nicht nur eher lästigen Schimmelpilz zu beseitigen, sondern auch die Heizkosten zu senken.

- Eine andere Initiative wiederum gründete eine Privatschule. Eine besonders engagierte Gruppe beschäftigt sich seit Jahren mit Resozialisierungsfällen bzw. arbeitet ebenso intensiv wie erfolgreich in einer Anstalt für Behinderte.

- Ein äußerst wichtiges Beispiel — das allerdings erst im Entstehen ist — wurde mit der „Automitfahr-Aktion“ präsentiert.

Weitere Beispiele zu den Themen Kultur, Kinderspielplatz, Siedlungsgemeinschaft, freiwilliger Nachbarschaftshilfe haben einen Einblick in die Bandbreite bereits bestehender steirischer Selbstorganisations-Initiativen gezeigt. In der Diskussion traten zwei Aspekte immer wieder in den Vordergrund:

Zum einen zeigte sich, daß es keinen Mangel an Ideen und Bereitschaft gibt, etwas selbst — ohne Verordnung von oben — in die Hand zu nehmen. Zum anderen aber auch, wie schwerfällig und oft mißbräulich unsere beamteten Apparate auf solches Engagement reagieren. Eines muß hier noch klargestellt werden: Es kann nicht darum gehen, den Staat dort, wo das soziale Basisnetz unerläßlich ist, zu minimieren. Es geht vielmehr darum: staatlichen Eingriffen dort, wo ehemals Gutgemeintes längst in Schwerfälligkeit und Ineffizienz umgeschlagen hat, Einhalt zu gebieten. Das politische System muß so grobmaschig sein, daß Bürgerbeteiligung und Selbstorganisation möglich sind. Gerade eine kluge Kommunalpolitik ist hier herausgefordert, jede diesbezügliche Initiative zu fördern und alle nur erdenklichen Hilfestellungen zu leisten, auf daß die hehren Grundsätze von mehr Demokratie und Abbau der Macht wenigstens ansatzweise eine inhaltliche Kontur bekommen.

Christoph Badelt

GESELLSCHAFTS- UND WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ASPEKTE DER SELBSTORGANISATION

Unabhängig von tagespolitischen Auseinandersetzungen verstärkt sich in der politischen Diskussion das Unbehagen an der mit einer verhängnisvollen Eigendynamik wachsenden Bedeutung des staatlichen Einflusses in Wirtschaft und Gesellschaft. Es wird durchwegs schwieriger,

- die rasch ansteigenden öffentlichen Ausgaben zu finanzieren,
- die dauernd größer werdenden Budgetdefizite können kaum mehr auf traditionelle Art und Weise abgedeckt werden.

Dabei erschöpft sich das Unbehagen am verstärkten Staatseinfluß nicht nur im „Diktat der leeren Kassen“. Vielmehr werden dahinter immer mehr Stimmen laut, die die Ohnmacht des Bürgers gegenüber bürokratischen Apparaten, die Unfähigkeit der öffentlichen Hand, die ihr aufgetragenen Dienste qualitativ zufriedenstellend bereitzustellen, und die neue Machtkonzentration bei Funktionsnerven jeder Art vehement kritisieren.

Diese Sorge in breiten Schichten

der Bevölkerung, die sich im Widerspruch zwischen einer Ohnmacht des einzelnen Bürgers und der Allmacht des Staates äußert, entbehrt allerdings nicht einer gewissen Schizophrenie. Wenn erst jüngst eine Umfrage des Fessl-Institutes aufzeigte, daß mehr als die Hälfte aller Österreicher eine zunehmende Vorsorge des Staates z. B. in den Bereichen Gesundheit, Altersversorgung, Wohnraumbeschaffung u. ä. wünscht, dann deutet dies auch auf die Bequemlichkeit hin, mit der immer mehr Leistungen, die in einer Gesellschaft lebenswichtig sind, in die Verantwortung des Staates abgeschoben werden. Hervorragende Beispiele dafür sind die Pflege und Betreuung von Kranken und Behinderten, Erziehungsaufgaben u. dgl.

Und auch in wirtschaftlichen Belangen ist es nicht anders. Während einerseits die Klagen über den hohen Steuerdruck zunehmen, sind es oft dieselben Leute, die als erste nach staatlicher Hilfe rufen, wenn z. B. ein Unternehmen in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten ist.

In einer solchen Situation erhebt sich automatisch die Frage nach Strategien gegen die überbordende Bürokratie der öffentlichen Hand, die aber gleichzeitig auch instande sein müßten, die andere Seite der Medaille — also die Versorgung mit Gütern und Leistungen, die der einzelne so gerne von der Gemeinschaft erwartet — zu berücksichtigen. Eine Möglichkeit ist zweifellos die **Intensivierung der „gesellschaftlichen Selbstorganisation“**. Damit ist die Fülle von — meist informellen und dezentralen — „Bürgerinitiativen“ angesprochen, die sich nicht mit dem Protest gegen irgendeine politische Maßnahme begnügen, sondern in Selbsthilfe Leistungen eigenverantwortlich bereitstellen. (Z. B. Organisation eines Spielplatzes durch die betroffenen Eltern.)

Will man Selbstorganisation weder als vordergründiges politisches Schlagwort abqualifizieren noch lediglich in den Einflußbereich einiger weniger „Berufsorganisatoren“ verweisen, sondern vielmehr als umfassende wirtschafts- und gesellschafts-

sich entwickeln sollte. Dabei stand z. B. zur Auswahl, ob Oberhaching als

- Naherholungsgebiet,
 - reine Wohngemeinde oder
 - Wohngemeinde mit Gewerbeansiedlungen
- sich entwickeln soll.

Zu den entsprechenden Alternativen wurden auch die Auswirkungen auf die einzelnen Teilbereiche dargestellt.

Nachdem die Bevölkerung und der Gemeinderat im wesentlichen über den zukünftigen Charakter der Gemeinde und ihrer Größenordnung abgestimmt hatten und auch weitestgehende Einigkeit erzielt hatten, stellte sich wiederum die Frage, wie nun dieser Grobrahmen als Zielvorstellung in die Wirklichkeit umgesetzt werden sollte.

Das mit der relativ groben **Strukturplanung** beauftragte Institut war ja von außen her gekommen, die Mitarbeiter hatten also keinen direkten Bezug zur Gemeinde, zu ihren Bürgern, deren Vorstellungen und deren speziellen Problemen.

Im Sinne der Bürgernähe entschloß sich deshalb der Gemeinderat, nunmehr selbst ein **Planungsteam** auf die Beine zu stellen, das mit den entsprechenden Fachleuten ausgestattet sein sollte und selbst im Rathaus zu arbeiten hatte. Aufgabe dieses Planungsteams war es, den Grobrahmen nunmehr zu verfeinern und die speziellen Bezüge auf die Gemeinde herzustellen. Unter Einschaltung von Städteplanern, Soziologen, Betriebswirten, Grün- und Verkehrsplanern als Instrumentarium bzw. Beratern des Gemeinderates wurden laufend Vorträge, Arbeitsgespräche, Bürgerinformation und -beteiligung, Bürgerbefragungen usw. durchgeführt und Arbeitsberichte hierüber veröffentlicht.

Gleichzeitig wurden Gutachten erstellt, die insbesondere die Folgekosten der entsprechenden Entwicklungsvarianten aufzeigen sollten und ebenso, wie diese Entwicklung auch finanziert werden könnte. Mit Hilfe dieses Planungsteams wurde der ursprüngliche Grobrahmen der Gemeinde verfeinert, in dem

- Standortfestlegungen für öffentliche Einrichtungen,
- Infrastrukturberechnungen,
- Aussagen zur angestrebten Endgröße der Gemeinde bei der entsprechenden Ausstattung

enthalten waren. Mit dem jetzt vorhandenen Material, das in Abstimmung zwischen Gemeinderat und Bürgern und Fachleuten entstanden war, war ein Stadium erreicht, bei dem der Gemeinderat nicht mehr davon ausgehen mußte, daß seine Entscheidungen unsicher, also nicht fundiert getroffen werden

oder von den Bürgern zu Recht bemängelt werden könnten. Der Weg war aufgezeichnet, die Investitionen, die zu tätigen waren, konnten in der entsprechenden Zeitfolge getätigt werden, die Entwicklungen auf dem Wohnungs- und Gewerbesektor konnten eingeleitet werden. Der für die Öffentlichkeit erkennbare Entwicklungsprozeß brachte allgemein Ruhe und Versachlichung.

Nunmehr konnte die Verwirklichung der Ziele, ihre Umsetzung, mit relativer Sicherheit in Angriff genommen werden. Das ehemals große Planungsteam konnte wieder auf die rein technisch notwendigen Fachkräfte reduziert werden, deren Aufgabe es war, in Zusammenarbeit mit der gemeindlichen Bauabteilung und der Kämmeri als Instrumentarium des Gemeinderates die Detailplanung und Umsetzung der Ergebnisse der Entwicklungsplanung, Struktur- und Bebauungsplanung bis zur Planreife durchzuführen. Begleitet wurde diese Verwirklichungsplanung, die derzeit noch im Gange ist, durch Ausstellungen, Bürgerinformationen, durch Betreiben eines eigenen Gemeindeblattes mit den entsprechenden Veröffentlichungen, Bürgerbefragungen, Anliegerbesprechungen, Bürgerversammlungen.

Ortsgestalt, die Summe der Gestalt ihrer Gebäude, deren Zuordnung zueinander und die Formung der Freiflächen, Straßen und Plätze

Für die **Ortsgestalt** der Gemeinde ist jedoch nicht nur die für das Auge, für das tägliche Leben relativ abstrakt erscheinende Struktur- oder Entwicklungsplanung von ausschlaggebender Bedeutung, sondern die Baustruktur der Gemeinde selbst, die als echtes Grundproblem und als wohl eine der verantwortungsvollsten Aufgabenstellungen des Gemeinderates zu bewältigen ist.

Wenn man die Entwicklung auf dem Bausektor gedanklich um 20 Jahre zurückdreht, bietet sich für die kleineren und mittleren Gemeinden ein vergleichbares Bild. Die Ortschaften sind geprägt von Gebäuden, die der Landschaft und seiner Bevölkerung entsprechen. Die Baumaterialien und Baukonstruktionen führen die traditionellen Bauweisen weiter. Ab und zu erscheinen bereits wesensfremde Elemente, so etwa im oberbayrischen Siedlungsraum Gebäude mit Steildach und ohne Dachüberstand.

In allen Teilen unseres Landes entstehen mit dem wirtschaftlichen Aufschwung neue Siedlungen mit den üblichen Einheitsfassaden. Gebäude werden oft willkürlich in bestehende Baustrukturen als Ersatz- oder Neubauten eingefügt. An den

Ortsrändern wachsen die Einfamilienhäuser bezuglos in die Landschaft und stehen dort knallhart ohne Übergang in die freie Flur.

In zunehmendem Maße wird in der Öffentlichkeit Kritik laut, der sich alle am Baugeschehen Beteiligten stellen müssen. Einerseits der Vorwurf der Überregulierung bei Genehmigungsverfahren und selbst schuldhaftes Verhalten bei öffentlichen Bauten, andererseits aber auch zu große Nachgiebigkeit gegenüber den einzelnen Interessen von Bauwerbern, Bauträgergesellschaften, der Industrie und bei Großobjekten des Fremdenverkehrs.

Dieser Kritik hat sich der Gemeinderat in Oberhaching gestellt, sich der besonderen geographischen Lage am Übergang des verstärkerten Bereichs südlich Münchens vom Voralpenland bewußt, und zusammen mit verantwortungsvollen Bürgern die einmalige Chance genutzt, durch ganz konkrete Gegensteuerung zur allgemeinen Tendenz den bisher gewohnten und geliebten gemüthlichen Lebensraum zu erhalten, ja sogar zu fördern.

Der Gemeinderat erließ zum 1. Januar 1976 die Örtliche Bauvorschrift zur Ortsgestalt, eine Rechtsverordnung, basierend auf Art. 107 der Bayrischen Bauordnung. Maßgebend dafür war die Erkenntnis, daß ein Leitbild bei der Schaffung einer Ortsgestalt, im Sinne der oben erwähnten Zielsetzung, nur durch eine Rechtsnorm für das ganze Gemeindegebiet zu erreichen ist.

Wenn auch der Gesetzestext die gestalterischen Regelungen in Bebauungsplänen ermöglicht, so können jedoch nicht für alle schon bebauten Gebiete nachträglich Pläne aufgestellt werden, zumal ja hier oft sehr schwierige Probleme bei Mischung von Funktionen, Sanierungsbedürftigkeit einzelner Bereiche, Unsicherheit über überörtliche Planung (z. B. Post, Bahn) auftreten. Die Bauvorschrift stellt jedoch gerade auch bei Einzelbauten sicher, daß sich alle Bauherren bei Renovierung und Neugestaltung, Um- und Erweiterungsbauten an das oben aufgezeigte Leitbild halten und daher auch ein gewisser Schutz vor etwa uneinsichtigen Nachbarn besteht.

Die gesetzlichen Voraussetzungen der Bayrischen Bauordnung in diesem Falle ermöglichen zwar bei sinnvoller Anwendung die Vermeidung von Gebäuden, die nach Dimension und Gestaltung mit den bestehenden Strukturen unvereinbar sind, die Gestaltung der Gebäude entzieht sich jedoch im einzelnen völlig der Einflußnahme der Gemeinden und in weitgehendem Umfang auch der Baugenehmigungsbehörde. ▶

Insoweit ist eine örtliche Bauvorschrift für die Gestaltung des gewünschten Ortsbildes eine unersetzliche Hilfe, da diese Bauvorschrift ja anders als die allgemein gefaßten gesetzlichen Bauvorschriften speziell auf die Zielvorstellung einer Gemeinde abgestimmt werden kann.

Im Falle meiner Gemeinde wurde bei der Abfassung dieser örtlichen Bauvorschrift, die ja Gesetzescharakter hat, ähnlich wie bei der Strukturplanung vorgegangen; eine Rohfassung wurde zunächst in Versammlungen und Ausstellungen mit Bürgern und Architekten diskutiert, dann in einer zweijährigen Übergangszeit als Richtlinie angewandt und erst dann — nachdem die entsprechenden Erfahrungen gesammelt worden waren — nach einer Überarbeitung als Satzung beschlossen.

Jedoch kann auch eine solche Ortsbauvorschrift nicht alles erreichen. Sie ist in erster Linie eine Hilfe dafür, schlimme Auswüchse bei der Gestaltung der Baustruktur zu verhindern. Ein freundliches Ortsbild, eine gemütliche Gemeinde können letztlich nur durch freudiges Mitmachen ihrer Bürger entstehen, die gute Vorschläge und Empfehlungen in die Wirklichkeit umsetzen und damit mit Leben erfüllen. **Mit Vorschriften**

kann zwar verhindert werden, Qualität entsteht dabei noch nicht.

Um den Hausbesitzern und den Bauwilligen zu zeigen, in welcher Art und mit welchen Mitteln sie die Gestaltung ihrer Gebäude und Grundstücke vornehmen sollen, hat die Gemeinde die **Oberhachinger Bauifibel** herausgegeben.

Das Bauge schehen der letzten Jahre zeigt — sei es nun beim Entstehen neuer Baugebiete, beim Bau von Einzelgebäuden in Baulücken und vor allem bei der Renovierung bestehender Häuser —, daß die Bürger ihren Lebensraum, Häuser und Gärten, entsprechend der Lebensart, der Landschaft gestalten, wobei sich die Mehrzahl erfreulicherweise schon so verhält, als ob es keine diesbezüglichen Vorschriften gäbe. Beispielhafte Neubauten und Renovierungen werden vom Gemeinderat als weiterer Anreiz und Anerkennung für den Bauherrn, und nur, um das Gute herauszustellen, mit einer Keramikplakette ausgezeichnet.

Der sichtbare Erfolg läßt uns feststellen:

● Die Bauvorschrift, als Ortsrecht und in der Bauifibel aufbereitet, hat sich in den letzten Jahren als echte Hilfe und Unterstützung für die Bauwerber erwiesen.

Als Bürgermeister einer Gemein-

de, die in den letzten 10 Jahren einen intensiven Planungsprozeß durchgeführt hat und weiter vollzieht, bin ich zusammen mit meinem Gemeinderat heute in der Lage, Entscheidungen für die Entwicklung zu treffen, die auf der Basis des Entwicklungskonzeptes aufbauen, wobei die Gefahr einer Fehlentscheidung bei den Sachproblemen relativ gering ist. Genauso wichtig erscheint mir jedoch die Transparenz für den Bürger; er hat die Beschlüsse und deren Auswirkungen letztlich in seinen Lebenswandel aufzunehmen — er soll sie also auch erleben, mindestens überleben können.

Meine Gemeinde hat seinerzeit Neuland betreten und erst nach dem richtigen Instrumentarium suchen müssen, um die anstehenden Aufgaben zu bewältigen. Dies hat viel Zeit, Energie, Anfeindung, aber schließlich Anerkennung eingebracht. Aus meiner Erfahrung und Verantwortung möchte ich jedenfalls meinen Bürgermeister- und Gemeinderatskollegen empfehlen, die zunächst große Bürde einer solchen Planung auf sich zu nehmen. Die Gelder, die für ein solches Unternehmen aufgewandt werden, sind bestimmt besser angelegt als eine unbedachte Investition, die aus Unsicherheit über die künftige Entwicklung getätigt wurde.

Hermann Schaller

RAUMORDNUNG IN DER GEMEINDE

Bald ist es 6 Jahre, seit der Steiermärkische Landtag das Raumordnungsgesetz beschlossen hat. Das ist aber auch jener Zeitraum, den der Gesetzgeber den Gemeinden zugemessen hat, um ihre Ortsplanung zum Tragen zu bringen. Wie sieht es nun wirklich aus? Von den 544 Gemeinden haben bisher 17 einen rechtskräftigen Flächenwidmungsplan, insgesamt 78 sind in Auflage oder im Beschlußverfahren. Am Ende dieser Frist werden etwa 100 Gemeinden über einen rechtskräftigen Flächenwidmungsplan verfügen, das sind runde 20 Prozent.

Auf den ersten Blick bin ich dieses Ergebnis eher deprimierend. Die Zahl allein sagt aber nicht alles. Der weitaus größte Teil der Gemeinden hat mit dem Absichtsbeschluß den ersten Schritt in die Planung getan oder befindet sich bereits in einem intensiven Planungsprozeß — und der ist nun einmal schwierig und langwierig. Aus reichlicher Erfahrung können wir sagen, daß von der Einleitung der Planung bis zur endgültigen Beschlußfassung mindestens 2 Jahre vergehen.

Noch ein zweites. In den vergange-

nen Jahren hat sich etwas sehr Wesentliches getan. **Die Einstellung zur Planung ist eine ganz andere geworden, das gilt für ganz oben bis ganz unten.** Viele meiner Kollegen im Landtag haben 1974 erst nach einer sehr langen Diskussion und mit sehr viel Unbehagen dem Gesetz zugestimmt. Nicht viel anders ergoht es unseren Bürgermeistern, wenn sie mit der Planung beginnen. Inzwischen haben wir alle, Politiker, Bürger und Planer, einen **intensiven Erfahrungs- und Lernprozeß** hinter uns. An die Stelle der Skepsis sind Aufgeschlossenheit, Interesse und Zustimmung getreten. Gerade dieser Umschwung ist aber eine entscheidende Voraussetzung für den Planungsprozeß selbst. Und damit bin ich schon beim ersten Teil meiner Ausführungen.

1. Planungsprozeß:

Von entscheidender Bedeutung ist nun einmal die Art und Weise, wie Planung verstanden wird und vor sich geht, der Planungsprozeß selbst. Die Volkspartei hat hier recht klare Vorstellungen entwickelt, wie sie auch seinerzeit in Graz mit der

Bürgerbeteiligung mutig einen neuen Weg beschritten hat. Wir stehen mit unserem Planungsbegriff auf dem festen Boden des „Salzburger Programms“. Ich nenne hier den Grundsatz der Subsidiarität als Gegenprinzip zum Zentralismus, den Grundsatz der Beteiligung, der Partnerschaft, der Bürgernähe, der Überschaubarkeit — um nur einige zentrale Aussagen zu zitieren.

Kaum sonstwo haben wir die Möglichkeit, die Ideen des „Salzburger Programms“ so sehr zum Tragen zu bringen. Planungen als partizipatorischer Prozeß, als Verwirklichung von Vorstellungen, die in Übereinstimmung mit den Betroffenen entwickelt werden.

In der Praxis ist dies freilich nicht immer ganz einfach. Für die Bewältigung des Planungsprozesses ist es sehr entscheidend, ob es uns tatsächlich gelingt, die eigene Einsicht des Bürgers in die Notwendigkeit und in den Sinn von Planung zustande zu bringen. Dazu bedarf es nicht nur zahlloser Gespräche, sondern ohne Zweifel auch vieler Informationen, um eine Änderung des Bewußtseins herbeizuführen. Beteiligungs- und

Bürgerplanung sind anstrengend und mühsam, wenn man sich ernsthaft bemüht, in wichtigen und entscheidenden Fragen Übereinstimmung zu finden. Erreichen wir diese nicht, oder wird sie nicht wenigstens gewissenhaft versucht, wird Planung als von oben aufgezwungen empfunden und weckt Emotionen, mit denen zurechtzukommen nicht ganz einfach ist. Nicht diktieren, sondern argumentieren, überzeugen und nicht überfahren.

Wo sind nun Ansatzpunkte für die Argumentation? Ich würde sie im **materiellen** und im **immateriellen** Bereich sehen. Im materiellen Bereich ist es das Kostenbewußtsein, das durchaus vorhanden ist. Man mache sich einmal die Mühe und setze sich gemeinsam mit den Bürgern mit der ganzen Problematik der Infrastrukturkosten auseinander. Welch gewaltige Belastungen erwachsen der öffentlichen Hand — sprich Land, Gemeinde, Bund und damit auch dem Steuerzahler — allein aus der Zersiedelung der Landschaft. Das beginnt beim Wegebau und reicht über Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Telefon Ausbau, Straßenbeleuchtung bis hin zum Schul- und Verkehrsproblem. Dieser Argumentationsansatz ist für jeden einsichtig und verständlich und schafft ein Problembewußtsein, auf dem man aufbauen kann.

Aber auch im immateriellen Bereich gibt es echte Anknüpfungspunkte. Ich meine das Verantwortungsbewußtsein für unseren Lebensraum. Wir ahnen es nicht nur, es spürt heute jeder einigermaßen wache Mensch, wie sehr unsere Lebensgrundlagen von uns selbst bedroht werden. Indem wir in einer schrankenlosen Konsumgesinnung Luft, Wasser, Boden und Landschaft verschwenden, zerstören wir uns die eigene Basis. Tatsächlich ist eine erstaunliche Veränderung in unserem Bewußtsein feststellbar. Verschüttete Quellen werden wieder aufgespürt, längst vergangen geglaubte Werte treten in den Vordergrund. Das Interesse wendet sich stärker der eigenen, persönlichen Welt zu, einer Welt, die für ihn deshalb wieder lebens- und lebenswert wird, weil sie als überschaubar und gestaltbar empfunden wird. Es entsteht also so etwas wie ein **neues Heimatgefühl**. Diese Entwicklung kann durch einen einflußsamen Planungsprozeß initiiert und verstärkt werden. Ein hervorragendes Beispiel ist für mich die Aktion „Ortsidee“, die gerade in ländlich strukturierten Gebieten so etwas wie einen Aufbruch gebracht und damit den Boden bei Beteiligung, Bürgermitbestimmung und Mitgestaltung aufbereitet hat.

Die Möglichkeiten, die das Raum-

ordnungsgesetz 1974 geschaffen hat, sind an sich sehr vielfältig. Sie sollten ausgeschöpft werden. Sie reichen vom dringend notwendigen Gespräch mit jedem Grundeigentümer, der Einladung der Bürger zur Mitarbeit, über die mehrmaligen Informationen bis hin zur Möglichkeit, in den verschiedenen Planungsphasen von vornherein Alternativlösungen anzubieten.

Ein solches Verständnis von Planung wird nicht nur das Interesse der Bürger zu wecken vermögen und sie zur Mitarbeit motivieren, es bietet für diese auch die Chance, sich mit dem Ergebnis zu identifizieren; eine wichtige Voraussetzung, ein so schwieriges Vorhaben auch **politisch** zu bewältigen.

2. Rollenverständnis und Zusammenspiel

In einem so vielschichtigen und differenzierten Ablauf, wie es Planung nun einmal ist, gibt es, vereinfacht gesprochen, gleichsam drei Kraftfelder, die in einer gegenseitigen Wechselwirkung zueinander stehen: **Bürger — Planer — Politiker**. Jeder dieser drei Partner hat seine ureigenste Aufgabe, in der er vom jeweils anderen nicht vertreten werden kann.

Ein **Politiker bzw. Bürgermeister** wäre sehr schlecht beraten, wenn er sich in einem so diffizilen und überaus sensiblen Bereich, wie es Ortsplanung nun einmal ist, nicht jener Entscheidungsgrundlagen bediente, die ihm der Ortsplaner in gründlicher und fachkundiger Weise erarbeitet und vorbereitet hat, oder der sich ohne Federlesens über ein verantwortungsvolles Urteil des Planers hinwegsetzte. Er müßte sich sonst vielleicht mit Recht mangelnde Gewissenhaftigkeit und oberflächliches Vorgehen vorhalten lassen, insbesondere dann, wenn damit der Weg des geringsten Widerstandes beschritten wird. Der Bürger hat im übrigen ein sehr feines und ausgeprägtes Empfinden für Ordnung und Gerechtigkeit und beurteilt Gefälligkeitsentscheidungen als das, was sie sind, nämlich als schlecht.

Schlecht beraten wäre freilich auch ein **Planer**, der seinerseits wiederum glaubt, demokratisch gewählte Vertreter auf Grund seiner spezifischen Fach- und Sachkenntnisse bevormunden zu müssen. Seine Rolle als Fachmann legt ihm in diesem Entscheidungsprozeß ein hohes Maß an Verantwortung auf. Sie kann ihn in einer eventuellen Überschätzung von Fach und Wissenschaft aber auch zu einem Selbstverständnis führen, das ihn von den Wünschen, Nöten und Vorstellungen der Bürger und deren Vertreter entfernt. Die vielen „Schubladenpläne“ sind ein ab-

schreckendes Beispiel dieser Entfremdung von Idee und Wirklichkeit.

Eine Planung, die an den Bedürfnissen, Wünschen und Vorstellungen der **Betroffenen** vorbeigeht oder sie nicht entsprechend prüft, wertet und berücksichtigt, ist nicht nur höchst fraglich, sie ist meist auch nicht vollziehbar, weil sich weder der Bürger noch auch die Verantwortlichen damit zu identifizieren vermögen. Wo aber dieses Nahverhältnis mit dem Bürger besteht, hat der Planer allerdings eine ungeheuer wichtige katalysatorische Funktion, indem er mit seinen Zielvorgaben Entwicklungen einzuleiten und zu steuern vermag.

Eine so verstandene Rollen- und Aufgabenverteilung ist die Grundlage eines zwar durchaus nicht spannungslosen, aber doch sehr fruchtbaren Partnerschaftsverhältnisses. So ist es in der Praxis für den Ortsplaner nicht nur leichter, sondern auch zweckmäßiger, in Konfliktsituationen, wie es etwa gerade Widmungsfälle in der Übergangsphase sind, die Hauptlast der Argumentation zu tragen, während der Bürgermeister, ohne seiner Verantwortung untreu werden zu müssen, eher ausgleichend, helfend und vermittelnd in Erscheinung treten kann. Der gleiche Bürgermeister wird freilich auch dann umso glaubwürdiger nein sagen können, wenn wichtige Grundsätze in Frage gestellt werden.

3. Aktive Raumordnungspolitik

Die Österreichische Volkspartei hat in der Vergangenheit sehr darunter gelitten, immer wieder aus der Defensive heraus agiert zu haben. Das gilt durchaus nicht für die Steirische Volkspartei. Sie hat es immer verstanden, mit eigenen Ideen und Vorstellungen („Modell Steiermark“) das Geschehen zu bestimmen. „Agieren, nicht reagieren.“

Nicht anders ist es in der Gemeinde. Überall dort, wo es schon bisher gelungen ist, vorzuschauen und vorauszu denken, zu handeln, bevor es zu spät ist, wird Raumordnung und Ortsplanung durchaus als nichts Neues oder Fremdartiges empfunden; sie kann vielmehr nahtlos an ein vorhandenes Ordnungs- und Gestaltungsdenken anschließen. Mir sind einige Bürgermeister in lebhafter Erinnerung, die schon von jeher mit einem gesunden Hausverstand ihren Siedlungsraum in Ordnung gehalten und Fehlentwicklungen ausgeschaltet haben. Schlimm ist es dort, wo man in einer „Vogel-Strauß-Politik“ den Problemen liebend gerne aus dem Weg ging oder sich leider ganz bewußt über die Grundsätze eines Raumordnungsgesetzes hinwegsetzte, wie es einzelne Bürgermeister in den letzten Jahren auch taten. Auch

wenn es nur wenige waren, sie haben jedenfalls ihre verantwortungsbe-
wußten Kollegen in der Nachbars-
chaft mit ihrem schlechten Beispiel
in größte Schwierigkeiten gebracht.

Ein zentrales Thema wird die
Bodenfrage. Das zeigt uns die Erfah-
rung mehrjähriger Ortsplanung. Es
gibt eben keine Raumordnungspoli-
tik ohne Bodenpolitik. Der schönste
Flächenwidmungsplan bleibt Papier,
die bestmögliche Baulandabgren-
zung ist wertlos, wenn es nicht
gelingt, Bauland tatsächlich der
Verbauung zuzuführen. Das kann
der Fall sein, wenn potente Grundei-
gentümer in zentraler Lage nicht
verkaufen, weil sie vielleicht mit einer
kräftigen Steigerung der Bodenpreise
spekulieren.

Es kann aber durchaus sein, daß
Bauern ganz einfach auch in Hin-
kunft ihre Flächen landwirtschaftlich
nutzen wollen, was verständlich und
begreiflich ist.

Gerade aber bei einer Verknäp-
pfung des Baulandes wird das Pro-
blem der weichen Erben als
besonders drückend empfunden. Es
könnte sogar dazu führen, daß der
eine oder der andere das Dorf
verläßt, um das Eigenheim möglichst
in der Nähe des Arbeitsplatzes zu
errichten. So kann Planung das
Gegenteil dessen erreichen, was sie
will, nämlich Abwanderung statt
Stärkung der Gemeindestruktur,
wenn es nicht gelingt, entgegenzu-
steuern und mit Hilfe einer **aktiven
Bodenpolitik** die Ziele der Ortspla-
nung zu unterstützen. Für letzteres
gibt es im übrigen recht gute
Beispiele. Ich kenne Bürgermeister,
die es geschickt verstanden haben,
Bauland vorsorglich zu erwerben, um
es siedlungswilligen Gemeindebürg-
ern aufgeschlossen zum Kauf an-
zubieten. Damit wird Zweifaches
erreicht. Die Gemeinde kann, wenn
sie selbst Grundstücke in günstiger

Lage besitzt, Interessenten Bauland
dort anbieten, wo es seitens der
Ortsplanung erwünscht ist. Zum
anderen vermag sie damit eventuell
auch den Bodenmarkt zu beeinflus-
sen und Spekulationen entgegenzu-
wirken. „Wenn sie im Besitz von
Grund und Boden ist...“, das ist für
finanzschwache Gemeinden eine fast
unlösbare Frage. Aber auch hier gilt
es, mit Phantasie und Improvisation
vorzugehen. Ich kenne auch Bürger-
meister, die sich im richtigen Augen-
blick über Optionen u. dgl. ein
Vorkaufsrecht zu sichern vermoch-
ten. Ohne selbst als Käufer aufzutre-
ten, sind sie lediglich als Vermittler
für Siedlungswillige in Erscheinung
getreten, nachdem die Fläche im
Sinne der Ortsplanung vermessen,
parzelliert und erschlossen war.

Eine entscheidende Hilfe in all
diesen Bemühungen stellt die gerade
für diesen Zweck ins Leben gerufene
spezielle Wohnbauförderung des
Landes für den „**Verdichteten Flach-
bau**“ dar. Doch gerade diese Mög-
lichkeit ist im ländlichen Raum zu-
wenig bekannt und genützt.
Schließen sich nämlich mehrere Sie-
dlungswerber zu einer Gemeinschaft
zusammen (in ländlichen Gemeinden
mindestens fünf), um ihre Eigenhei-
me in bodensparender Weise nach
einer gemeinsamen Planung zu er-
richten, so können sie eine überaus
begünstigte Förderungsmöglichkeit
in Anspruch nehmen (S 450.000.—
bis S 570.000.— Darlehen mit 0,5
Prozent Verzinsung auf 50 Jahre).
Werden mindestens 10 Eigenheime
von einer Wohnbaugenossenschaft
errichtet, so wird die im sozialen
Wohnbau vorgesehene Förderung
angewendet (60 Prozent Direktdar-
lehen, Eigenmittlersatzdarlehen und
Wohnbeihilfe). Gerade an diesen
Beispielen ist erkennbar, wie es
möglich ist, im Zusammenspiel ver-
schiedener Maßnahmen nicht nur

schwierige Probleme zu lösen, son-
dern auch wichtige Ziele — wie es
eine geordnete Siedlungspolitik nun
einmal ist — über die Wohnbaupoli-
tik zu unterstützen und zu fördern.

Ich komme zum Schluß. Die
gebotene Kürze erlaubte es nur, auf
einige wenige — wenn auch sehr
wesentliche — Fragen einzugehen.
Mein sehr persönlicher Eindruck hat
sich indessen verstärkt, daß wir uns
allen Schwierigkeiten zum Trotz auf
dem richtigen Weg befinden. Hoff-
nungen und Erwartungen sind einer
nüchternen Realität gewichen. Real-
ität ist es aber auch, daß wir sehr viel
Mut und Risikobereitschaft brau-
chen werden, um mit den vielen
inzwischen erst erkannten und offen-
bar gewordenen Problemen einiger-
maßen zurechtzukommen. Gerade
daß man so viel Mut und Risikobe-
reitschaft begegnet, wie es immer
wieder der Fall ist, erfüllt mich
wiederum mit neuen Hoffnungen
und Erwartungen.





Michael Steiner

KLEINRÄUMIGE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Viele Themen sind im Rahmen von kommunalpolitischen Fragestellungen von Relevanz; einige davon — wie Fragen der Energie, der Medien, der Raumordnung, der Selbstorganisation — sind erst in der letzten Zeit in verstärktem Maße beachtet worden.

„Wirtschaft und Gemeinde“ ist auf den ersten Blick ein „Dauerbrenner“. Mit Wirtschaft und mit Finanzproblemen hat sich jede Gemeinde, jeder Gemeindepolitiker noch herumschlagen müssen. Nichts Neues in der Wirtschaft, könnte man demnach — etwas voreilig zunächst — sagen.

Trotzdem haben sich auch innerhalb des wirtschaftspolitischen Bereiches neue Fragestellungen ergeben. Wir sind skeptisch geworden gegenüber den Früchten eines eindimensionalen Wirtschaftswachstums; wir stellen fest, daß sich die wirtschaftlichen Entscheidungszentren von uns immer weiter entfernen; wir sehen, daß kleine Einheiten — wie z. B. die Gemeinden — am ehesten die negativen Auswirkungen einer schlechten Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik zu tragen haben: Verlust von Arbeitsplätzen aufgrund falscher Investitionen, Absterben gewisser Regionen, Zunehmen des Pendlerwesens mit allen

damit verbundenen Begleiterscheinungen.

Spielt angesichts dieser größer werdenden Schwierigkeiten die Gemeinde überhaupt noch eine Rolle? Angesichts immer komplexer werdender Fragestellungen wird der Ruf nach einfachen Lösungen immer lauter. Wichtig ist dabei zweierlei: Für die schwierigen Probleme die adäquaten Fragen zu entwickeln (was beileibe keine Selbstverständlichkeit bedeutet) und auf diese Fragen keine falschen simplen Antworten zu geben. Die folgenden Darstellungen von Prof. Schleicher und Stadtrat Edegger versuchen, diesen Anforderungen gerecht zu werden.

Stefan Schleicher

NEUE CHANCEN FÜR DIE KOMMUNALPOLITIK

Die Aussage, die dieser Beitrag machen möchte, ist einfach: Ich glaube in unserer gesellschaftlichen Entwicklung Tendenzen erkennen zu können, die der Wirtschaftspolitik unserer Gemeinden neue Chancen geben.

Auf diese Tendenzwende, die jeder von uns wahrscheinlich bewußt oder unbewußt schon selbst erfährt, möchten die folgenden Überlegungen aufmerksam machen.

1. Die Ausgangssituation — die „arme“ Steiermark

Im Vergleich zum gesamtösterreichischen Durchschnitt erscheint die Steiermark nach den Maßen vieler Indikatoren als ein armes Bundesland. Im Durchschnitt müßten die Steirer um fast einen ganzen Tag in der Woche mehr arbeiten, um das Einkommen des Durchschnittsösterreicherers zu erzielen.

Innerhalb der Steiermark gibt es starke regionale Einkommensunterschiede. Ein Deutschlandsberger etwa müßte überhaupt seinen Arbeitstag verdoppeln, um das österreichische Durchschnittseinkommen zu erhalten.

Der Studie „Armut in der Wohl-

standsgesellschaft — Zur Situation der untersten Einkommenschichten in der Steiermark“ ist zu entnehmen, daß 1977 ungefähr 130.000 Steirer mit einem Monatseinkommen von weniger als S 2000.— auskommen mußten. Der betroffene Personenkreis umfaßt hauptsächlich Pensionisten, Arbeiter, kleine Selbständige und Landwirte.

Über 20.000 Steirer dürften als Pendler außerhalb der Steiermark beschäftigt sein. In den letzten zehn Jahren wanderte ein Viertel der Weststeirer ab. Acht von zehn

Aussiedlern kamen dabei aus der Landwirtschaft.

Die Steiermark ist das Bundesland mit der dritthöchsten Arbeitslosenrate. Auch bei diesem Indikator sind die regionalen Unterschiede beachtlich. Die Aussagekraft der amtlich ausgewiesenen Arbeitslosenzahlen ist überdies noch zu relativieren.

So wurden anlässlich der Schließung des Pelzveredelungsbetriebes Merino in Feldbach im Jahre 1975 durch den dortigen Leiter des Arbeitsamtes 250 Frauen nach wenigen Monaten deswegen aus der Vormerkung genommen, weil keine Vermittlungschancen bestanden. Durch diese Maßnahme wurde die Arbeitslosenrate des Bezirkes Feldbach um 1,7 Prozentpunkte verbessert.

In einem Schriftstück des Bundesministeriums für Soziale Verwaltung an das Landesarbeitsamt Steiermark, zitiert in der Sendung „Teleobjektiv“ im Februar 1979, heißt es, „es ist zunächst darauf zu achten, daß die Arbeitslosenzahl Ende Dezember 1978 14.990 nicht überschreitet“, was genau dem Vorjahrswert entsprach. Solche Weisungen können durchaus prophetische Wirkungen auf die ausgewiesenen Daten haben.

2. Globale Perspektiven — eine gesellschaftliche Tendenzwende

26 Kommunal- und regionaler Wohlstand ist immer stärker den globalen Abhängigkeiten ausgesetzt. Das bekamen in der Steiermark jene Städte und Bezirke zu spüren, deren Produktion den Dollarkursverlusten ausgesetzt war. Deshalb ein Blick auf die globalen Entwicklungstendenzen an der Schwelle der achtziger Jahre, um Hinweise für kommunalpolitische Konsequenzen zu erhalten.

Die siebziger Jahre werden als das OPEC-Jahrzehnt in die Geschichte eingehen. Die Rohölpreise haben sich in den letzten zehn Jahren verzwanzigfacht (!), und im wirtschaftlichen Denken hat es zwei aufregende Signale gegeben. Das erste Signal stammte vom Club of Rome mit den drastischen Warnungen vor den Folgen der Wachstums-gesellschaft. Das zweite Signal kam vom englischen Ökonomen Fritz Schumacher und war mit dem Bestsellertitel „Small is beautiful“, in der deutschen Übersetzung „Es geht auch anders — Wirtschaft und Technik nach dem Maß des Menschen“, gleichsam eine Antwort auf die Apokalypse des Club of Rome.

Die siebziger Jahre brachten weltweit Krisen für die Stahl- und Chemieindustrie und den Aufstieg neuer Industriezweige wie der Mikroelektronik und der elektronischen Datenverarbeitung. Neue Industrie-

nationen in Südostasien, in Lateinamerika und in den Randgebieten Europas etablierten sich und brachten auch die heimische Wirtschaft in eine neue Konkurrenzsituation.

Das internationale Währungssystem hat trotz vieler Reformbemühungen keine neue Stabilität gefunden. Vor allem ist aber die Sorge um unsere Umwelt im weitesten Sinn gestiegen. Prognostischen Charakter haben immer die aktuellen Utopien der Gegenwart für die erwartete Zukunft. Die Utopien für die siebziger Jahre waren in den sechziger Jahren die Vision vom Mann am Mond, stellvertretend für das Bewußtsein der totalen Kontrolle und Machbarkeit unserer Umwelt.

3. Lokale Perspektiven — Das Experiment Aichfeld-Murboden

Seit 1972 läuft in der Region Aichfeld-Murboden ein wirtschaftliches Großexperiment: Für 63.000 Bewohner wurden bisher ungefähr 2,5 Milliarden Schilling aufgewendet, um die Wirtschaftsstruktur dieses struktur- und standortschwachen Gebietes für die Anforderungen der achtziger Jahre vorzubereiten. Ähnlich umfangreiche regionale Schwerpunkt-förderungen hat es weder früher gegeben, noch ist es wahrscheinlich, daß sie andere Regionen erfahren werden.

Für Ökonomen stellen die regionalpolitischen Aktivitäten in dieser Region jedoch eines der seltenen Modellexperimente dar, anhand deren der Erfolg oder Mißerfolg von wirtschaftspolitischen Eingriffen sehr genau verfolgt werden kann.

Hauptträger dieses regionalpolitischen Großexperiments ist die Entwicklungsgesellschaft Aichfeld-Murboden, an der zu 90 Prozent der Bund und zu 10 Prozent die Großgemeinden Fohnsdorf, Judenburg, Knittelfeld und Zeltweg beteiligt sind. In der Entwicklungsgesellschaft nicht vertreten sind das Land Steiermark und die Kleingemeinden der Region.

Wesentliche Zielsetzungen der Entwicklungsgesellschaft wurden inzwischen verwirklicht. Mehrere Großbetriebe, wie Bauknecht und Eumig, wurden angesiedelt. Die Firma Siemens errichtete ein Ausbildungs- und Betriebszentrum. In Fohnsdorf entstand ein Schulungs-zentrum. Ein Sonderwohnbauprogramm für 750 Wohnungen verbesserte die Wohnungssituation.

Nach den bisherigen Erfahrungen kann gesagt werden, daß die akuten Probleme dieser Region hinsichtlich der Arbeitsplätze kurzfristig sicher wesentlich reduziert wurden.

Nicht zu übersehen ist jedoch das längerfristige Krisenpotential, das

diese kostspielige Feuerwehreaktion in sich birgt. Einige dieser neuangesiedelten Betriebe befinden sich bereits wieder in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Andere fordern im Stil des „Erpressers auf der grünen Wiese“ neue Förderungen.

Mangelnde Koordination zwischen den Gemeinden und Dominanz der Großgemeinden führten etwa dazu, daß in der Gemeinde Spielberg der Flächenwidmungsplan zum Leidwesen der Nachbargemeinden im Alleingang erstellt wurde. In Zeltweg wurde ein Wohnbauvorhaben — mit zu großen Bauhöhen und in der Einflugschneise des Flughafens gelegen — entgegen den Empfehlungen der Gutachter durchgedrückt.

Unbeantwortet bleibt bei diesem Großexperiment noch die Frage, ob wirklich längerfristig in dieser Region wirtschaftlicher Wohlstand gesichert wurde. Sicher, die Arbeitslosenzahlen sind vorläufig wieder niedrig, die Beschäftigungsquoten, dank der neugeschaffenen Frauenarbeitsplätze, hoch. Auch die Wertschöpfung, der Beitrag zum Brutto-Inlandsprodukt, ist gestiegen.

Gestiegen ist aber auch die Zahl der Pendler nach Leoben und nach Köflach und die Zahl der von diesen Tagespendlern verursachten Verkehrsunfälle. Ärzte verweisen auf die hohe Zahl der psychosomatisch bedingten Erkrankungen in dieser Region. Alle diese sicher nicht wohlstandsvermehrenden Wirtschaftstätigkeiten erhöhen paradoxerweise ebenfalls die ausgewiesenen Wirtschaftswachstumszahlen und sollen ein Hinweis dafür sein, daß der Erfolg wirtschaftlichen Handelns durch die geläufigen Wirtschaftsindikatoren, wie Arbeitslosenzahlen und Brutto-Inlandsprodukt, nur bedingt erfaßt werden kann.

Die bisherigen Erfahrungen aus dem Experiment Aichfeld-Murboden zeigen aber auch deutlich, daß langfristige Arbeitsplätze nicht durch Subventionen, sondern nur durch sinnvolle Produkte gesichert werden können. Ein Krisenmanagement-Verhalten, wie es in diesem Fall praktiziert wurde, birgt die Gefahr, die langfristigen Folgen von kurzfristigen Rettungsaktionen zu übersehen.

4. Konsequenzen für die Wirtschaftspolitik — Leitlinien einer neuen Kommunalpolitik

Vor dem Hintergrund der globalen Perspektiven einer gesellschaftlichen Tendenzwende und der lokalen Perspektive des regionalen Großexperiments Aichfeld-Murboden möchte ich einige Leitlinien für die Wirtschaftspolitik der Gemeinden formulieren:

Kommunale Entwicklung ist mehr als Wirtschaftswachstum

Bevor die grüne Wiese für Betriebsansiedlungen und das billige Geld bereitgestellt werden, ist eine breite Diskussion der Bewohner über die Zielsetzungen der von ihnen gewünschten wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und schließlich räumlichen Entwicklung zu empfehlen. Erst danach wären Planungskonzepte und finanzielle Förderungen in Angriff zu nehmen. Leider sieht die Praxis umgekehrt aus. Zuerst wird finanziert, dann repariert und dann erst diskutiert.

Kommunale Entwicklung ist Befähigung zur Autonomie

Sowohl die aktuellen internationalen Krisentendenzen als auch die generellen gesellschaftspolitischen Entwicklungen verweisen auf einen wünschenswerten Abbau zentralistischer Strukturen zugunsten regionaler und kommunaler Autonomie.

Die Grundbedürfnisse der Bewohner einer Region und einer Gemeinde sollen wieder lokal gedeckt werden können. Das betrifft vor allem die Ernährung, die Energieversorgung und die Arbeitstätigkeit.

In diesem Sinn ist eine Umkehr der herrschenden Konzentrationstendenzen in Bevölkerung und Wirtschaft anzustreben. Das Landesentwicklungsprogramm, das von der Steiermärkischen Landesregierung in der Verordnung vom 11. Juli 1977 erlassen wurde, nimmt mit dem Konzept der gestreuten Schwerpunktbildung auf diese kommunale Autonomietendenz Bedacht.

Kommunale Entwicklung ist eine Politik für die zweite Generation

Kommunale Wirtschaftspolitik steht oft vor dem Dilemma des kurzfristigen politischen Erfolgszwanges und setzt deshalb oft Maßnahmen, die längerfristig, etwa für die nachfolgende Generation, eher schädigend sein können. Exemplarisch für dieses nicht bewältigte Dilemma steht die angedeutete Entwicklung der Region Aichfeld-Murboden.

Auch hier kann nur dringend eine breite Diskussion und Information vor den finanziellen Förderungsmaßnahmen empfohlen werden.

Diese Politik der zweiten Generation betrifft vor allem die Flächenwidmung, die Bautätigkeit und die Betriebsansiedlungen.

5. Eine Utopie — die „reiche“ Steiermark

Universitätsprofessoren verfolgt der Ruf, sie seien von würdigem Alter

und wüßten nur von der Vergangenheit zu erzählen.

Ich bediene mich dieser stereotypen Vorstellung, um in kompakter Form meine Anregungen über wünschenswerte wirtschaftspolitische Weichenstellungen für die achtziger Jahre zusammenzufassen. Dazu mache ich mich nun in meiner Phantasie um zehn Jahre älter und ich bitte Sie, mir in Gedanken in das Jahr 1990 zu folgen. Ein Rückblick auf die wirtschaftliche Entwicklung der Steiermark in den achtziger Jahren unter dem Titel „Die reiche Steiermark“ könnte dann vielleicht so lauten:

„Sehr geehrte Damen und Herren! In Erinnerung an die Pioniertätigkeit Erzhzog Johanns, dem dieses Land seine erste prägende Entwicklungsphase verdankt, können wir die soeben zu Ende gegangenen achtziger Jahre als das Jahrzehnt der zweiten johanneischen Wende für die Steiermark bezeichnen.

Unsicherheit und Angst, die den Beginn dieses Jahrzehnts markierten, wurden abgelöst durch die Erfahrung der Harmonie und des Gleichgewichts. Die Öl- und Wachstumsgesellschaft, ein Relikt der siebziger Jahre, liegt endgültig hinter uns.

Nach dem Prinzip Hoffnung, das die gesellschaftspolitischen Impulse der sechziger und siebziger Jahre auslöste, wurde mit dem Prinzip Verantwortung ein neuer Maßstab für die Gestaltung der Zukunft geschaffen. Die Parole der Verweigerung, Resultat des von den „grünen“ Parteien zu Beginn der achtziger Jahre politisch umgesetzten Krisenbewußtseins, wurde ersetzt durch die Parole der Rekonstruktion unserer Gesellschaft.

Eine beachtliche Entwicklung hat die Krisenregion Aichfeld-Murboden genommen. Es begann 1981 mit einem Experiment im ehemaligen VEW-Werk Judenburg. Nachdem Kooperationsversuche mit ausländischen Unternehmungen fehlgeschlagen waren, starteten die Judenburger eine Eigeninitiative. Sie entdeckten in den Entwicklungsländern eine Marktlücke für sogenannte mittlere Technologien, Industrieerzeugnisse von der Art einfacher Pflüge und einfacher Biogasanlagen, die auf den Bedarf dieser Länder zugeschnitten waren und für die sich die vorhandenen Anlagen in Judenburg als sehr brauchbar erwiesen.

Steirische Ingenieure entdeckten Mitte der achtziger Jahre ein Verfahren zur Kohlevergasung unter Tag, das jetzt erfolgreich im ehemaligen Fohnsdorfer Bergbaubereich angewendet wird. Zusammen mit den Faulschlammverbrennungsanlagen, den Hausmüllverbrennungsanlagen und den vielen Kleinkraftwerken bringen die mit Fohnsdorfer

Kohlegas betriebenen Blockheizkraftwerke eine zu 80 Prozent autonome steirische Energieversorgung.

Als Reaktion auf die zu Beginn der achtziger Jahre auftretende Energiekrise entwickelte sich eine höchst erfolgreiche heimische Energieindustrie, die eine Belebung des traditionsreichen Industriegebietes der Mur-Mürz-Furche brachte. Neben hochwertigen Isolierstoffen werden dort jetzt sogenannte Energiedächer gefertigt, eine für unsere Klimazone sehr geeignete Form von Sonnenkollektoren, die zusammen mit den ebenfalls in der Steiermark erzeugten biogasbetriebenen Wärmepumpen erzeugt werden. Die Firma Bauknecht hat sich aus Rottenmann und Spielberg nach Portugal abgesetzt. In den ehemaligen Bauknecht-Werken werden jetzt Kleincomputer gefertigt, für die viele steirische Ingenieurbüros Computer-Programme für Einsatzmöglichkeiten in der Verwaltung, in der Medizin und in der Prozeß-Steuerung entwickeln.

Die Puchwerke hatten nach der Fahrradwelle zu Beginn der achtziger Jahre großen Erfolg mit ihrem Elektroauto. Jetzt wurde ein neuer Autoantrieb auf Schwungradbasis vorgestellt. Die vom Hochleistungsschwungrad gespeicherte Energie wird über Nacht von den Energiestationen der einzelnen Häuser nachgeladen.

Die STEWEAG hat sich in STEVA (Steirische Energieverwertungsagentur) umbenannt. Damit kommt ein neues Unternehmenskonzept zum Ausdruck, das auf dezentraler Autonomie in der Energieversorgung und der Verwertung von Energie von erneuerbaren Energiequellen basiert. In enger Kooperation mit der Landwirtschaftskammer wurde von der STEVA ein Programm zur lokalen Verwertung von Holzabfällen und zur Finanzierung von hocheffizienten Holzöfen gestartet.

Einen neuen Aufschwung brachten die achtziger Jahre auch für die Landwirtschaft. Nicht nur der Wald gewann als Lieferant für Energie und Edelhholzprodukte eine neue Bedeutung. Die Agrarproduzenten wurden wieder zu Bauern. Sie stellten sich um auf biologisch hochwertige Produkte, die nun über ein eigenes Vertriebssystem schnell und direkt an die Konsumenten der Umgebung geliefert werden, um Qualitätsverluste durch Transport und Lagerung möglichst gering zu halten. Die Umstellung von der industriellen Landwirtschaft zur Bio-Landwirtschaft setzte ein, als Grazer Mediziner und Ökonomen die Höhe der von industriellen Nahrungsmitteln verursachten Gesundheitsschäden berechneten, die von der Sozialversicherung

zu bedecken waren. Die durch eine hochwertigere Nahrungsmittelversorgung eingesparten Sozialversicherungsbeiträge kommen jetzt direkt den Bauern in Form einer Gesundheitsprämie zugute, mit der wiederum die Bio-Produktion gewinnbringend wird.

Eine unerwartet neue Entwicklung hat auch das Klein- und Mittelgewerbe genommen. Viele Kleinbetriebe abseits der Industriegebiete haben sich unter der Qualitätsmarke „Styrian Design“ zu einer Genossenschaft

zusammengeschlossen, die mit großem Erfolg hochwertige Handwerksprodukte in alle Welt verkauft. Das grüne Herz als Markenzeichen kennzeichnet von internationalen Designern entworfene Holzmöbel, modische Kleidungsstücke aus Naturfasern, Spielzeug und Kachelöfen, die bis in die USA verkauft werden.

Der zu Beginn der achtziger Jahre befürchtete Arbeitsplatzmangel ist nicht eingetreten. Die neue Landwirtschaft gab vielen ehemaligen Abwanderern wieder sinnvolle Arbeitsplät-

ze. Der Erfolg der „Styrian Design“-Genossenschaft führte zu neuen Betriebsgründungen im ländlichen Raum und gab den früher nach Wien auspendelnden Öststeyrern wieder zu Hause Arbeit. Im letzten Jahr konnten sogar einige hundert Beschäftigte des vor der Schließung stehenden Werkes von General Motors in Aspang neue Arbeitsplätze in der Steiermark finden.“

Vielleicht erscheint es Ihnen sinnvoll, einige dieser Utopien zu realisieren.

Erich Edegger

WIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNGSPLANUNG

Ein Zitat des verstorbenen deutschen Bundeskanzlers Ludwig Erhard lautet: „Die Wirtschaft sind wir alle“ und deutet darauf hin, daß sich der Bereich Wirtschaft nicht von den übrigen kommunalen Aufgaben isolieren läßt. Die beiden wichtigsten Ziele der Wirtschaftspolitik gehören gleichzeitig zu den vordringlichsten Aufgaben der allgemeinen Entwicklungspolitik und der Kommunalpolitik schlechthin:

- Erhaltung der Arbeitsplätze für die Gemeindebürger sowie
- Sicherung und Verbesserung der Versorgung.

Diese Entwicklungspolitik kann nur in einem Rahmen betrieben werden, der durch „globale“ Faktoren vorgegeben ist. Diese heutigen Rahmenbedingungen kommunalen Handelns sind:

- Stagnation der Bevölkerungsentwicklung,
- Verlangsamung der wirtschaftlichen Zuwachsraten,
- stärkere Bedeutung der Umweltfrage im weitesten Sinn.

Eine große Schwierigkeit besteht darin, daß angesichts weltweiter politischer Unsicherheiten heute genaue wirtschaftliche Prognosen für die lokale Entwicklung infolge der starken Verflechtung und Abhängigkeiten mit der nationalen und internationalen Wirtschaft schwer möglich sind.

Nach wie vor haben die zwei klassischen Zielsetzungen kommunaler Wirtschaftspolitik Gültigkeit:

1. Hebung der Standortqualität einer Gemeinde.
2. Verbesserung der Wirtschaftsstruktur.

Standort-Politik

Hier kommt neben den traditionellen Standortfaktoren, wie Verkehrsverbindungen, Energieversorgung, -entsorgung, Arbeitsmarktsituation etc., auch dem Freizeitwert, dem Milieu bzw. Image, den Kultur- und Bildungseinrichtungen einer Gemeinde erhöhte Bedeutung zu.

Schwerpunktartige Verbesserungsmaßnahmen im Bereiche der Standortfaktoren sind als indirekte Wirtschaftsförderung dem System von wettbewerbsverzerrenden Direktsubventionen vorzuziehen.

Betriebsfreundliche Flächenwidmungs- bzw. Bebauungspläne, die die Entwicklungsmöglichkeit ansässiger Betriebe sichern, die Erhaltung und Pflege historischer Bausubstanz, die Berücksichtigung des Maßstabes der örtlichen Bebauung sowie Imagepflege durch systematisch aufgebaute Information über die Gemeinde können mittelfristig zu einem höheren wirtschaftlichen Niveau führen als irgendein im Lizitationswege „ersteigter“ Betrieb.

Sicherlich stellt der Finanzausgleich in seinem heutigen Aufbau ein Hindernis für eine rationale Entwicklungspolitik einer Gemeinde dar. Eine Änderung ist daher vordringlich anzustreben. Wenn eine Gemeinde gezwungen zu sein glaubt, nur durch den Abverkauf ihrer Substanz zu überleben, wie dies der „Fall Giggachsee“ jüngst gezeigt hat, so ist dies in höchstem Maße bedenklich.

Mehr als bisher sollten Gemeinden auf regionaler Ebene zusammenarbeiten. Hier ist auch die Gründung von Betriebsansiedlungsgesellschaften empfehlenswert, die allerdings erst dann zu arbeiten beginnen dürfen, wenn die örtliche Raumordnung außer Streit gestellt ist. Andernfalls könnte eine ähnlich unerfreuli-

che Situation entstehen, wie sie auf dem Gebiet des sozialen Wohnbaues insbesondere in den sechziger und früheren siebziger Jahren gang und gäbe war. Das bekannte Resultat sind Wohnhäuser in infrastrukturell schlecht versorgten bzw. umweltmäßig überlasteten Gebieten.

Eine Betriebsansiedlungsgesellschaft oder ein -fonds könnte folgenden Aufgaben übernehmen:

- Grundstücksan- und -verkauf bzw. Vermittlung von Liegenschaften.
- Aufschließung, aber nur von Gebieten, die dafür im Flächenwidmungsplan vorgesehen sind.
- Anwerben vornehmlich von Betrieben, von denen positive Sekundäreffekte auf die ortsansässige Wirtschaft zu erwarten sind.
- Beratung und Finanzierungshilfen bei Produktionsverlegungen, Umstellungen etc.

Die Struktur-Politik

Dabei treten gerade in der Steiermark besonders große Probleme auf. Stichworte dazu sind Fohnsdorf, Eisenerz etc. Es wäre falsch zu glauben, Strukturfragen quasi mit einem Schlag lösen zu können. Besser als die meist mit großem finanziellem Opfer auch für die Gemeinde verbundene Ansiedlung eines wieder einseitig ausgerichteten Großbetriebes ist der Versuch, die vorhandene Mikrostruktur ansässiger Betriebe zu fördern und zu entwickeln und gegebenenfalls den einen oder anderen „kleinen Fisch“ an Land zu ziehen. Besonders gilt dieser Grundsatz für Großformen des Handels, sogenannte Einkaufszentren, die meist per saldo nicht nur keine Vermehrung von Arbeitsplätzen bringen, sondern vielfach auch eine Verschlechterung

der Nahversorgung nach sich ziehen.

Eine Reihe weiterer Maßnahmen, die auch zu einer Verbesserung der Wirtschaftskraft der Gemeinde führen kann, sind etwa die Ausgliederung von wirtschaftlichen Tätigkeiten aus dem Verwaltungsbereich, eine Verbesserung des Vergabewesens, der Versuch, Kosten-Nutzen-Rechnungen für kommunale Investitionen einzuführen usw.

Abschließend möchte ich meine Ausführungen zu „Wirtschaft und Entwicklungsplanung“ in 10 Thesen zusammenfassen:

1. Die Wirtschaft ist ein Teil der Gemeinde und kann nicht isoliert betrachtet werden. Förderungsmaßnahmen müssen mit der Entwicklungsplanung abgestimmt sein.

2. Wissenschaftliche Gutachten, Analysen und Prognosen sind wichtig, können aber keinesfalls das Augenmaß des verantwortlichen Kommunalpolitikers ersetzen.

3. Besser als Lizitationspolitik aus der Kirchturmperspektive bei Betriebsansiedlungen ist interkommunale Zusammenarbeit.

4. Maßnahmen der indirekten Wirtschaftsförderung, eine Verbesserung der Standortqualität einer Gemeinde sind zielführender als meist wettbewerbsverzerrende Direktsubventionen.

5. Information, Beratung und Hilfestellung gewinnen gegenüber finanzieller Unterstützung der Betriebe zunehmend an Bedeutung.

6. Die Förderung und Weiterentwicklung gewachsener Betriebsstrukturen erweist sich vielfach als krisensicherer als die Ansiedlung eines womöglich noch einseitig ausgerichteten Großbetriebes.

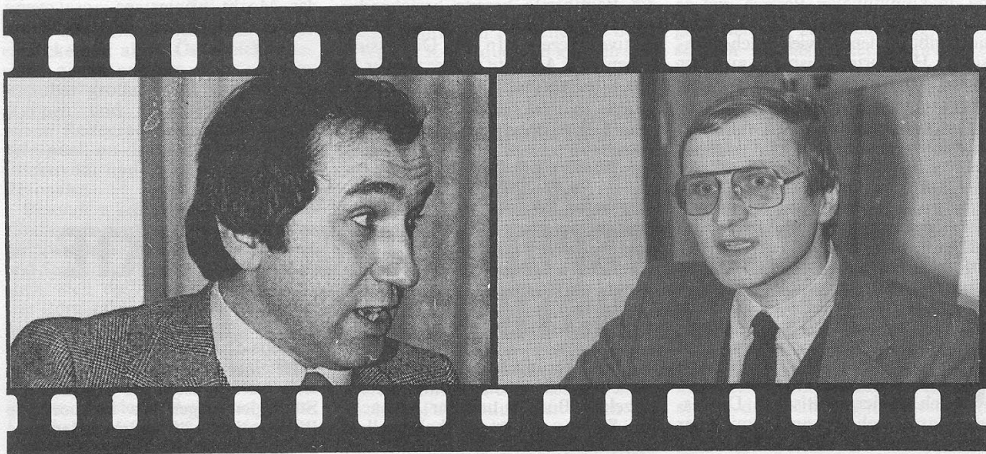
7. Angesichts der zunehmenden Verknappung der den Gemeinden zur Verfügung stehenden Mittel müssen vorhandene kommunale Infrastrukturen bestmöglich genutzt

werden, d. h., daß diese erst erweitert werden sollen, wenn die Kapazitäten voll ausgeschöpft sind.

8. Wirtschaftspolitische Entscheidungen der Kommunalverwaltung sollen neben einzelwirtschaftlichen Aspekten verstärkt auch die Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft der Stadt bzw. der Gemeinde berücksichtigen.

9. Die Ausgliederung wirtschaftlicher Tätigkeiten aus dem Bereich der Verwaltung durch die Schaffung selbständiger wirtschaftlicher Einheiten oder die Übertragung bestimmter Aufgaben an privatwirtschaftlich geführte Unternehmen bringt in den meisten Fällen eine spürbare Entlastung des Gemeindebudgets.

10. Bei aller notwendigen Rücksichtnahme auf kurzfristige Bedürfnisse und Wünsche einzelner und von Gruppen dürfen dafür keinesfalls die langfristigen Lebensinteressen der Gemeinschaft geopfert werden.



Gerhard Hirschmann

SELBSTORGANISATION WIDER DIE UNHEIMLICH BEDIENTE GESELLSCHAFT

Unter dem kühlen technokratischen Begriff „Selbstorganisation“ kann man sich zunächst nicht allzuviel Bewegendes vorstellen. Bei näherem Hinsehen wird aber jeder — vor allem ein an der Kommunalpolitik Interessierter — schnell erkennen, daß es sich dabei um eine Sache handelt, die seit Adam und Eva — damals natürlich aus-

schließlich — den Alltag des Menschen geprägt hat.

Freilich, seit Adams Auszug aus dem Paradies bis zur Eva 1980 hat sich so manches gewandelt. Wesentliche Lebensaufgaben früherer Zeiten sind heute dem einzelnen abgenommen. Der sogenannte Wohlfahrtsstaat sorgt für den einzelnen. Wir wollen all die positi-

ven Errungenschaften dieses Systems weder verkennen noch herabsetzen. Seit Jahren aber wächst der Unmut an der „unheimlich bedienten Gesellschaft“. Die große Verweigerung gegenüber der Bürokratie, die sich praktisch aller Lebensbereiche bemächtigt hat, macht die Runde. Es handelt sich dabei nicht nur um das Aufbegehren einer besonders sensi- ▶

aus überörtlicher Sicht gegenübergestellt werden kann, ist ungeheuer wertvoll. Hier zeigen sich dann auch die großen Schwierigkeiten, die mit der Einführung neuer Strukturen in Politik und Verwaltung verbunden sind, denn: Transparenz bedeutet auch Möglichkeit der Kontrolle. So wird auch der „Budgethoheit“, frei

nach dem Grundsatz „Wer zahlt, schafft an“, noch einige Zeit das Wort geredet werden. Zumindest solange Raumplanung im Sinne einer Entwicklungsplanung nicht als Hilfsinstrument für die Politik und Verwaltung begriffen wird bzw. begriffen werden will. Entwicklungsplanung ist also ein sichtbarer

Ausdruck eines Politikverständnisses, geprägt durch Grundsätze wie Sichtbarmachen und Beseitigen von räumlichen Entwicklungsunterschieden, Transparenz gegenüber und Beteiligung der Betroffenen an der Planung.

Nikolaus Aidelsburger

STRUKTURPLANUNG DER GEMEINDE UND GESTALTUNG IM BAUWESEN

Oberhaching, eine Gemeinde in einer Größenordnung von ca. 8000 Einwohnern in der Nähe Münchens, betreibt seit 10 Jahren eine „Entwicklungsplanung“, nach der Erfahrung besser wohl als „Entwicklungsprozeß“ zu bezeichnen, dessen Entstehen, Problematik im Ablauf und bislang erarbeitete Ziele ich Ihnen gerne darstellen möchte.

Die Strukturplanung, ein großes, aber für den Kommunalpolitiker unerläßliches Instrument

Die Gemeinden als kommunale Gebietskörperschaften haben heute mehr denn je neben der Verwaltungsfunktion zahlreiche gestaltende Aufgaben zu erfüllen. Dies bedeutet Verpflichtung für den Politiker, früh genug — vor dem Auftreten von Problemen — Entwicklungen zu erkennen, zu analysieren, im Sinne seiner Zielvorstellungen zu leiten und für deren Umsetzung in die Wirklichkeit Sorge zu tragen.

In den letzten Jahren hat es genügend Beispiele dafür gegeben, den Themenkomplex „Strukturplanung“ auf verschiedene Arten und auf verschiedenen Ebenen in den Griff zu bekommen. Der Themenkreis zerfällt in die Teilbereiche:

- Finden des geeigneten Planungsinstrumentariums,
- Darstellung der Probleme = Analysieren,
- Erarbeitung und Darstellung der Ziele,
- Verwaltungstechnische Umsetzung,
- Einbeziehung des Bürgers in den gesamten Prozeß = Öffentlichkeitsarbeit,
- Verwirklichung der gesetzten Ziele mit den geeigneten Maßnahmen.

Die Gemeindeentwicklung, quantitativ und qualitativ, kann jedoch nicht ohne Berücksichtigung von außen auf die Gemeinde einwirken. Die Faktoren gesehen werden. Dazu gehört die Regionalplanung als Teil

der gesamten Landesplanung. Aus diesem Grunde werden die Aufgabenbereiche der kommunalen Gebietskörperschaften durch entsprechende Festlegungen übergeordneter Bedeutung wesentlich beeinflusst. Im Falle meiner Gemeinde wurde Oberhaching als Siedlungsschwerpunkt im Ausstrahlungsbereich der Stadt München festgelegt, eine Aussage, die der Gemeinde eindeutige Aufgaben in Richtung Siedlungspolitik zuerkennt. Die verkehrstechnisch günstige Lage im Süden Münchens, der Siedlungsdruck aus Richtung der Stadt und die schöne Umgebung waren es aber auch, die vor etwa 10 Jahren Bauträger und Privatleute dazu animierten, den größten Teil der noch zur Verfügung stehenden Freiflächen innerhalb der Gemeinde aufzukaufen. Die Folgen waren damals zu erahnen, daß nämlich der Charakter der Gemeinde, die bis dahin eigenständig und auch von der baulichen Struktur her relativ einheitlich gestaltet war, sich durch ein explosionsartiges Vergrößern der Baumasse und der Art der Bebauung total verändern würde. So geschah es mit Nachbargemeinden, deren Orts-gestalt sich mit dem wirtschaftlichen Aufschwung des Ballungsraumes München, verbunden mit dem entsprechenden Zuzug und Wohnungsbedarf und weiters mit Hilfe der neuen Produktionsverfahren in der Bauindustrie, völlig veränderte. Statt der bisher üblichen kleinmaßstäblichen Bebauung entstanden ringsum Stadtteile mit den bekannten Einheitsfassaden und mit weit über das übliche Maß hinausgehenden Geschoszhähen.

Nur in Oberhaching war zu diesem Zeitpunkt noch nicht allzuviel passiert, so daß im Jahre 1968 verantwortungsvolle Bürger und der Gemeinderat die einmalige Chance nutzen konnten, durch Gegensteuern und sinnvolles Planen vor der Ausweisung neuen Baurechtes den bisher gewohnten und beliebten gemütl-

chen Lebensraum zu erhalten, ja sogar zu fördern.

Auf welchem Wege nun dies erreicht werden konnte, darüber waren sich die damalig des Problems Bewußten zunächst nicht im klaren. Der Gemeinderat gab 1968 dem Bürgermeister einen sogenannten **Entwicklungsbeirat** zur Seite, mit der Aufgabe, der Bevölkerung und dem Gemeinderat durch Vorträge von Fachleuten, durch Bürgerversammlungen und Informationsschriften den Weg für das Erkennen der Probleme vorzubereiten. Aus diesem Gremium entwickelte sich allmählich ein **Arbeitskreis**, besetzt nunmehr auch mit Mitgliedern des Gemeinderates, mit der Aufgabenstellung:

- die Planungsarbeiten in der Gemeinde zu koordinieren,
- mögliche Entwicklungsstufen aufzuzeigen,
- Gedanken zur zukünftigen Orts-gestaltung zu entwickeln.

Die Arbeitsergebnisse wurden jeweils als Beschlüßvorschlüsse an den Gemeinderat zusammengefaßt.

Die Fülle der Probleme, der Zeitaufwand, der für die Bewältigung gebraucht würde, zudem die Notwendigkeit, den Dialog mit entsprechenden Fachleuten führen zu müssen, die Bürger laufend zu informieren, aber auch die Einsicht, daß die Entwicklung der Gemeinde nunmehr exakt geplant werden müsse, ließen den Gemeinderat den Beschluß fassen, ein auf diese Probleme spezialisiertes **Planungsinstitut** einzuschalten.

Dieses Planungsinstitut, das nunmehr völlig neutral von außen her die Gemeinde betrachtete, konnte die verschiedenen Entwicklungsalternativen, die der Gemeinde zur Verfügung standen, exakt aufzeigen und durch entsprechende Aufbereitung auch der Öffentlichkeit näherbringen. Unser Gemeinderat, aber auch die Bürger konnten durch entsprechende Umfrageaktionen bei der Beantwortung der Frage mitwirken, in welche Richtung die Gemeinde

politische Strategie verstehen, dann müssen vorher einige Fragen abgeklärt werden:

● Da die Erfahrung mit dieser Art von Eigeninitiative in Österreich noch nicht sehr groß ist, ist es sinnvoll, ausländische Formen der Selbstorganisation auf ihre Übertragbarkeit, Probleme und organisatorischen Modelle hin zu untersuchen.

● Dann gilt es, die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Implikationen verstärkter Selbstorganisation auszuwerten.

● Schließlich ist die Frage nach einer Anwendbarkeit der Selbstorganisationsidee in Österreich und nach allfälligen politischen Konsequenzen zu stellen.

Eine am Institut für Sozialökonomie der Wirtschaftsuniversität Wien durchgeführte Studie hat erste Antworten auf die angesprochenen Problemkreise geliefert. Eine Diagnose insbesondere der angelsächsischen Länder zeigt klar, daß **Selbstorganisation im Ausland wesentlich weiter entwickelt ist als in Österreich**. Dies wird nicht nur an der unüberschaubar großen Zahl von Bürgergruppen und deren organisatorischem Reifegrad demonstriert, sondern auch an deren wirtschaftlicher Effektivität und an ihrer politischen Resonanz.

Besonders interessant für eine allfällige Neuaufteilung von Aufgaben zwischen der öffentlichen Hand und Selbstorganisationsformen ist es auch, sich die Verschiedenartigkeit von Bürgeraktivitäten vor Augen zu halten. Da gibt es unendlich viele Beispiele im **Sozialwesen** (Nachbarschaftshilfe, Alten- und Behindertenbetreuung), im **Verkehrswesen** (selbstorganisierte Autobussysteme, Mitfahrgelegenheiten), in der **Umweltgestaltung** (Grünanlagen, „Recycling“-Centers), in der **allgemeinen Bürgerberatung** u. v. a. m. Einige Modelle, die in Ansätzen auch in der Steiermark existieren, wurden im Rahmen der Kommunalpolitischen Woche präsentiert.

Insgesamt sind die Leistungen von Selbstorganisationsgruppen so häufig und wichtig, daß auch aus ökonomischer Sicht nicht an ihnen vorbeigesehen werden kann. Dieses Bewußtsein ist jedoch noch viel zu wenig ausgeprägt. Dazu trägt die Tatsache, daß die Leistungen von Bürgergruppen nicht im volkswirtschaftlichen Rechnungswesen erfaßt sind, ein gerüttelt Maß mit bei. Lediglich in den USA gab es einige diesbezügliche Versuche, deren Ergebnisse allerdings aufhorchen ließen: So wird etwa dort ein **fiktives Sozialprodukt von Freiwilligenverbänden** für das Jahr 1974 von fast 70 Mrd. S angegeben, die in Gruppen

aktiv tätigen Personen erhöhten die Zahl der in den USA besetzten Arbeitsplätze um 4 Prozent.

Die Einschätzung des quantitativen Ausmaßes der Selbstorganisation ist allerdings nicht das einzige Problem, das sich aus wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Sicht bei einer Intensivierung der Eigeninitiative stellt. Wichtig ist es z. B. auch zu wissen, welche Gründe für die Entstehung der Selbstorganisation verantwortlich sind. Dabei zeigt sich ganz deutlich, daß Selbstorganisation meistens eine **Reaktion auf das Versagen der öffentlichen Bürokratie** ist, eine Versorgung der Bevölkerung (oder bestimmter Bevölkerungsteile) ausreichend zu gewährleisten. Dies trifft z. B. auf das Sozialwesen zu, wo bürokratisierte Versorgungssysteme nicht dem Bedürfnis auf individuelle und persönliche Betreuung entgegenkommen können. In diese Lücke springt dann sehr oft die Eigeninitiative, z. B. in Form einer privaten Hauskrankenpflege, die an die Stelle eines öffentlichen Pflegeheimes tritt.

Welche Konsequenzen können aus diesen allgemeinen Überlegungen für Österreich gezogen werden? Vorerst schwebt — wie erwähnt — die Frage nach der Übertragbarkeit ausländischer Vorbilder im Raum. Es scheint offensichtlich zu sein, daß das angelsächsische Vorbild kaum unverändert für uns anwendbar ist. Die Trägheit des Österreicher, die vielfach als sprichwörtlich für seine Mentalität gilt, könnte eine schwer zu überwindende Barriere für ein breites Anwachsen von Eigeninitiative darstellen. Die eingangs zitierte Umfrage würde eine solche pessimistische Ansicht nur bestärken.

Dennoch sollte man sich vor allen raschen Pauschalurteilen auch in dieser Beziehung hüten. Vergleicht man die politische Diskussion des Jahres 1980 mit der zu Beginn der siebziger Jahre, so merkt man, daß auch in Österreich ein Potential an „aktiven Bürgern“ besteht, die durchaus bereit sind, sich gesellschaftlich zu engagieren. Wer hätte es vor zehn Jahren gewagt, die Entwicklung zahlreicher Bürgerinitiativen in den verschiedensten Bereichen des politischen Lebens zu prognostizieren? Wäre damals nicht auch der Einwand der „österreichischen Mentalität“ berechtigt gewesen? Gerade die Grazer bzw. die steirische Szene mit ihrer für Österreich überdurchschnittlich hohen Dichte an Bürgerinitiativen läßt hier einen vorsichtigen Optimismus am Platz sein. Und die beeindruckenden Beispiele zur Selbstorganisation, wie sie bei der Kommunalpolitischen Woche vorgestellt wurden, zeigen doch auch, daß „aktive Bürger“ nicht nur in Protestbürgerinitiativen Zeit und Energie

investieren, sondern auch in weiterentwickelte Formen der Selbstorganisation.

Meiner Meinung nach existiert also auch in Österreich eine nicht unbeträchtliche **latente Bereitschaft zur Selbstorganisation, welche nur geweckt zu werden braucht**. Dazu können auch die Politiker einen gehörigen Anteil beitragen. Besonders wichtig für eine umfassende Intensivierung der Selbstorganisation ist nämlich die **Schaffung eines für Partizipation und Eigeninitiative positiven politischen Klimas**. Dazu können die unbürokratische Behandlung bzw. Unterstützung von Initiativgruppen, die weitgehende Dezentralisierung öffentlicher Entscheidungen und die (auch auf freiwilliger Basis eingeführte) Partizipation von Bürgern in Planungsfragen einen entscheidenden Beitrag leisten.

Wenn Sie mir als Wiener aus der Distanz diese Bemerkung gestatten, so glaube ich, daß das Grazer Büro für Bürgerinitiativen einen gewichtigen Beitrag zur Schaffung eines solchen Klimas leistet. Gerade die Wiener könnten hier sehr viel aus der Steiermark lernen.

Darüber hinaus werden sich aber als Langzeitprogramm sowohl Politiker als auch interessierte Durchschnittsbürger verstärkt darüber Gedanken machen müssen, wie die Identifikation der Menschen mit ihrer lokalen Umwelt und damit das Gefühl einer Mitverantwortung für den eigenen Lebensraum eine Renaissance erfahren könnte. Damit ist nämlich eine der wichtigsten Wurzeln der Selbstorganisation und gleichzeitig einer dauernden Entlastung der öffentlichen Hand angesprochen, die außerdem dem einzelnen demonstriert, daß Selbstorganisation auch etwas mit „Lebensqualität“ zu tun hat. Wenn dieses Bewußtsein erst wieder verstärkt entwickelt ist, dann löst sich vielleicht auch die Schizophrenie des Österreicher in seiner Einstellung gegenüber dem Staat.

GENOSSENSCHAFTEN: ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT

Wo liegt der Ursprung der Genossenschaften?

Genossenschaftliche Zusammenschlüsse hat es praktisch immer schon gegeben. Gerade die deutsche Rechtsgeschichte ist reich an solchen Gebilden. Etwa die germanischen Sippenverbände, die man als Anfänge genossenschaftlichen Zusammenschlusses bezeichnen kann. Im Gegensatz zu den modernen Genossenschaften beruhten sie aber nicht auf freiwilligem Zusammenschluß, sondern auf der blutsmäßigen Verbundenheit. Die gesamte rechtliche Existenz der Einzelperson hing von der Zugehörigkeit zu einer Sippe ab. Nur Sippengenossen waren auch Rechtsgenossen und durften an der Nutzung des Bodens, am Rechts- und Wirtschaftsleben teilnehmen.

So sehen wir, daß der Besiedlungs- trakt insgesamt nicht durch die Einzelpersonen, sondern als Sippen- aktion erfolgte — folglich spricht Otto von Gierke von einer „genossenschaftlichen Landnahme“.

Mit der Auflösung der Sippen sollten die Gilden als genossenschaftliche Organisationen an deren Stelle treten. Wenngleich der Sinn der Gilden — ähnlich wie bei den Sippen — keineswegs nur im ökonomischen Bereich zu suchen war, so gab es für den Teilnehmenden manchen ökonomischen Vorteil aus der Mitgliedschaft an diesem genossenschaftlichen Gebilde. So heißt es im klassischen Werk über das mittelalterliche Gildenwesen von Wilhelm Eduard Wilda (1831): „Verlor jemand sein Vermögen, war jeglicher seiner Brüder verpflichtet, ihm eine Unterstützung zu geben; erlitt er durch Feuer oder Schiffbruch einen großen Verlust, erhielt er von den Genossen einen bestimmten Beitrag zu dessen Erleichterung. Wurde er durch Verstümmelung unfähig zur Arbeit und zum Erwerbe, nahm man sich seiner an. Fand ein Bruder den andern in Lebensgefahr oder in Gefangenschaft, so war er verpflichtet, ihn mit Opferung eines Teiles seiner Güter zu retten; oder loszukaufen, doch erhielt er dafür Ersatz von dem Geretteten selbst oder der Gemeinheit.“ Für spezifische Zwecke konnten dann ganz eigene Gilden begründet werden, die keineswegs

mehr einen umfassenden Sicherungszweck verfolgten, sondern z. B. sich als „Arm- und Beinbruch-Gilden“ deklarierten, wobei sich die Genossen gegenseitig beistanden, wenn der entsprechende Fall eingetreten war. Im agrarischen Bereich finden sich ferner Gilden, welche Viehdiebstählen vorbeugen sollten. Es gab also genossenschaftliche Vorkehrungen, aber auch Regelungen, wie man gemeinsam den Schaden tragen könnte, welcher einem einzelnen zustoßt. Der genossenschaftliche Wahlspruch: Alle für einen — einer für alle, war sicherlich in diesen frühen Konstruktionen bereits enthalten.

Als eine weitere Unterstützungseinrichtung — als Ergänzung familiärer Hilfestellungen — kennen wir zahlreiche Nachbarschaftsorganisationen genossenschaftlichen Charakters, die z. T. überaus weit zurückgehen — und in einzelnen Bereichen bis in die unmittelbare Gegenwart Bestand haben.

Von jeher erfuhr in ländlichen Gebieten die Hauswirtschaft Hilfe, aber auch Verfügungsbeschränkungen durch nachbarliche Genossenschaften, welche auch als „Markgenossenschaften“ über den engen lokalen Bereich hinausragten. Die von der nachbarlichen Genossenschaft zu erwartenden Hilfeleistungen erstreckten sich nicht nur auf besondere Unglücksfälle, deren wirtschaftliche Folgen die Leistungskraft einzelner Familien überforderten, sondern waren auch bei Arbeiten, wie Hausbau, bei Erntearbeiten und ähnlichem üblich. Allerdings gab es analog zu den zu erwartenden sozialen Sicherungen aus den nachbarlichen Genossenschaften innerhalb der genossenschaftlichen Agrarverfassung enthaltene soziale Verpflichtungen, welche die Individualität des einzelnen zwangsläufig beschränken mußten. So gab es z. B. die Einrichtung des Flurzwanges.

Gerade die Gebundenheit an den Produktionsfaktor Boden, die Selbsthaftigkeit, bringt im agrarischen Bereich im Anhang zu den räumlichen Naheverhältnissen auch enge gemeinschaftliche Beziehungen mit sich; hierbei konnte das Individuum in der Erfüllung seiner aus der Nachbarschaft erwachsenden Pflich-

ten keineswegs selektieren, sondern war den gemeinschaftsimmanenten Normen unterworfen. Ausschuß aus der Gemeinschaft war mit gesellschaftlicher Ächtung ident.

Was das bedeutete, geht aus einer genossenschaftlichen Nachbarordnung aus 1606 hervor: „Der Nachbarschaft müßiggehen sei so viel, als des Brunnens, des Backhauses, des Baches, des Feuers und der eigenen Feuerstelle entbehren zu müssen.“

Weiters wäre noch auf den genossenschaftlichen Zug innerhalb des Zunftwesens und auf die Gesellenbruderschaften zu verweisen.

Der Unterschied zu den heutigen Genossenschaften

Trotz ideenmäßiger Ähnlichkeiten mit den angeführten Vorformen der Genossenschaften unterscheiden sich die heutigen Genossenschaftsformen wesentlich davon. Einer der Hauptunterschiede mag wohl der sein, daß die älteren Genossenschaftsformen den gesamten Menschen gleichsam in Besitz nahmen, sozusagen eine umfassende Lebensgemeinschaft darstellten, welche alle Lebensbereiche förderte, aber auch reglementierte. Im Gegensatz dazu sehen wir, daß die neueren Genossenschaften von der Individualität des einzelnen weit weniger Besitz nehmen und dessen wirtschaftliche und gesellschaftliche Selbständigkeit wahren. Es fehlt der Anspruch auf Totalität, auf die Erfassung des gesamten Lebensbereiches der Genossen im modernen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaftswesen. Das heißt, der Zweck erstreckt sich nunmehr lediglich auf enger begrenzte wirtschaftliche Ziele, die innerhalb der Satzungen exakt umrissen werden. Es sei also nochmals unterstrichen, daß im Gegensatz dazu das ältere Genossenschaftswesen neben ökonomischen auch kulturelle, politische, gesellige, sittliche und vor allem religiöse Ziele verfolgte.

Ein weiterer Unterschied mag auch der Umstand sein, daß die Mitgliedschaft bei den alten Genossenschaften eine geschlossene war, in den Zunftordnungen z. B. war genau festgelegt, wie viele Mitglieder aufgenommen werden. Ähnliches ist auch für die Markgenossenschaften zu

sagen. Diese historische Einleitung sollte nur aufzeigen, daß die Idee der Genossenschaft überaus weit zurückreicht.

Ausgangslage und Entwicklung der heutigen Genossenschaften

Die modernen Genossenschaften, deren Anfänge etwa um die Mitte des vorigen Jahrhunderts anzusetzen sind, verfolgen primär wirtschaftliche Ziele. Und um den Versuch einer Definition der Genossenschaften zu bringen, kann die juristische Formulierung herangezogen werden: „Genossenschaften sind Gesellschaften von nicht geschlossener Mitgliederzahl, welche die Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebs bezwecken.“

Das heißt, der primäre Zweck der Genossenschaft ist die **Förderung** des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder, wobei dies ohne weiteres mit einer Gewinnerzielungsabsicht vereinbar ist. Letzteres sollte aber nicht Haupt- und Selbstzweck der Genossenschaft sein. Wesentlichstes Ziel ist also die Sicherung wirtschaftlicher Vorteile für die einzelnen Mitglieder. Diese Förderung der Mitglieder kann entweder in einer Vermehrung ihrer Einnahmen bestehen, aber auch in einer Verminderung ihrer Ausgaben, etwa durch preisgünstige Beschaffung von Krediten oder von Produktionsmitteln usw. Wesentlich ist — um dies noch einmal zu unterstreichen —, daß es einen wirtschaftlichen Zweck der Genossenschaft gibt, für einen rein ideellen Zweck wäre die Rechtsform der Genossenschaft nicht verwendbar. Dafür gäbe es andere Möglichkeiten. Ein weiteres bedeutendes Merkmal des modernen Genossenschaftswesens ist die nicht geschlossene Mitgliederzahl, welche eben den Personalcharakter der Genossenschaft unterstreicht und sie in einen bewußten Gegensatz zur Kapitalgesellschaft stellt. Das heißt, Mitgliederwechsel ist möglich, ohne daß dadurch die Existenz der Genossenschaft berührt wird.

Es ist zunächst zu prüfen: Mit welchem Anspruch sind eigentlich die Genossenschaften auf den Plan getreten, was war das Motiv zur Begründung moderner Genossenschaften? Die wesentliche Gründungsphase moderner Genossenschaften fällt zusammen mit dem Entstehen der modernen industriellen Gesellschaft und der Durchsetzung des Wirtschaftsliberalismus. Um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts wurden Organisationsformen, wie Zünfte oder Grunduntertänigkeit, zerschlagen. Das Prinzip des freien Spiels der Kräfte, das sogenannte „Laissez-faire-Prinzip“,

die freie Marktwirtschaft, kann sich durchsetzen. Die Beseitigung jahrtausendealter Bindungen sollte für die Wirtschaft sicherlich positive Effekte haben und überhaupt erst das Entstehen des modernen Wohlstandes in seiner heutigen Form ermöglichen. Das Entstehen der modernen Gesellschaft, welche Kenneth Galbraith als die „Affluent Society“, die Gesellschaft im Überfluß, bezeichnet, ist mit diesem Phänomen industrieller Revolution zu datieren. Dieses Stadium der ersten Industrialisierung hatte aber auch eine Fülle von negativen Begleiterscheinungen. Dazu wären zu rechnen:

- Die Verproletarisierung großer Bevölkerungsschichten
- Freigesetzte Handwerker und Bauern müssen versuchen, als Industriearbeiter eine neue Existenz zu finden.

Die ungelentke Marktwirtschaft ist aber auch von Krisenerscheinungen begleitet, welche sich in den immer wiederkehrenden Weltwirtschaftskrisen äußern und zum Entstehen der sogenannten „industriellen Reservearmee“ beitragen. Das heißt, neben den großen Fortschritten, die uns zweifellos der klassische Liberalismus und die industrielle Revolution des vergangenen Jahrhunderts beschert haben, entstehen Sozialprobleme gewaltiger Dimension, gegen die die damalige Wirtschaftspolitik nicht allzuviel anzubieten hatte. Es ist verständlich, daß in dieser Situation sich die Kritik an der freien Wirtschaft und damit natürlich am Kapitalismus häuft. Es ist auch kein Zufall, daß Karl Marx um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts seine Thesen formuliert, welche dazu führten, daß wir zwei verschiedene nationalökonomische Systeme in Ost und West besitzen. Mit zu den Bemühungen, den Kapitalismus in seinen ärgsten Auswirkungen zu überwinden, zählt zweifellos das Aufgreifen des genossenschaftlichen Gedankens. Wir sehen, daß plötzlich Sozialreformer aller politischen Schattierungen, seien sie konservativ, seien sie zum sozialistischen Lager, seien sie zu irgendwelchen religiösen Gruppierungen, wie etwa zum katholischen Lager, zu rechnen, sich als Genossenschaftsgründer betätigen. Das Spektrum der im 19. Jh. ins Leben gerufenen Genossenschaften ist überaus weit. Denken Sie etwa an Schulze-Delitzsch, welcher die gewerblichen Genossenschaften begründete, oder an Friedrich Wilhelm Raiffeisen, welcher auf genossenschaftlicher Basis Darlehensvereine gründete, die den Landwirten zinsgünstige Kredite verschaffen sollten. Bei diesen beiden Genossenschaftstypen ging es vornehmlich darum, den Mitgliedern einen ökonomischen

Schutz innerhalb der freien Marktwirtschaft zu sichern, nämlich einen ökonomischen Schutz, den früher in einem gewissen Ausmaß das Zunftwesen oder die Grundherrschaft, die ja nicht nur Ausbeutung bedeutete, bieten konnte. Besondere Impulse sollte der Genossenschaftsgedanke aus England und Frankreich bekommen. Wir sehen, daß etwa der genossenschaftliche Sozialismus eine Reihe von zum Teil sehr utopischen Versuchen ins Leben setzte, um die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung zu verbessern. So wäre etwa auf Robert Owen in England zu verweisen, der zahlreiche idealistische Versuche setzte, Produktions- und Konsumgenossenschaften zu begründen. Robert Owen, der selbst zur Unternehmerschicht zu rechnen ist, erblickte die Ursachen der Verelendung der Arbeiter darin, daß sie nicht selbst die Produktionsmittel besitzen und aus diesem Grunde ihre Arbeitskraft zu immer schlechteren Bedingungen an die Kapitalisten verkaufen müssen. Er war also der Ansicht, daß die Arbeiter durch den Zusammenschluß in Genossenschaften so viel Kapital ansammeln können, um dadurch ihre Befreiung vom Unternehmer, vom Fabrikanten durchzusetzen. Sein Ziel war demnach Befreiung der Arbeit vom Kapital durch genossenschaftlichen Zusammenschluß. Auf der anderen Seite meinte er auch, daß man die Situation der Arbeiter dadurch verbessern könnte, daß sie den Einkauf ihrer Existenzgüter bzw. Konsumgüter gemeinschaftlich vornehmen. Dies konnte etwa dem berühmten „Truckwesen“ entgegenwirken. Dadurch wird Robert Owen zu einem der geistigen Begründer des Gedankens der Konsumgenossenschaften, und seine Gedanken sind dann schließlich von den „28 Redlichen Pionieren von Rochdale“ aufgegriffen worden. Damit war der Beginn des modernen Konsumgenossenschaftswesens gesetzt. In England werden auch durch den Arzt William King, einem christlichen Sozialreformer, zahlreiche Genossenschaften im Jahre 1848 begründet. Er war Herausgeber der Zeitschrift „The Co-operator“, aus dem sich dann letzten Endes ja auch die Kurzform COOP entwickelte. Auch in Frankreich entstehen zahlreiche Projekte in Richtung Genossenschaftswesen.

Zu den interessantesten dieser Projekte zählt sicherlich die Idee des Charles Fourier. Er schlug Kombinationen von Produktions- und Konsumgenossenschaften vor. In seinen Werken „Théorie de l'unité universelle“ und „Le nouveau monde industriel et sociétaire“ meint er überhaupt, ein Mittel für eine Gesellschaft der Harmonie gefunden zu ▶

haben, in der es auch keine Wirtschaftskrisen mehr geben könnte. Einige Nationalökonomien vor Fourier hatten bereits erkannt, daß Wirtschaftskrisen daraus resultieren, daß dem Überangebot an Produkten eine ungenügende Massenkauflkraft gegenüberstehe. Das heißt, durch die modernen industriellen Produktionsmethoden wird immer mehr auf den Markt gebracht. Auf Grund der sozialistischen Ansicht, wonach dem Arbeiter der volle Ertrag seiner Leistung vorenthalten werde, wird diesem Ausstoß an Produkten eine immer geringere Nachfrage gegenüberstehen. Dieses Übel glaubt Fourier durch ein besonderes Mittel überwinden zu können, nämlich durch die Wiedervereinigung von Erzeugung und Verbrauch in sogenannten Produktivassoziationen, wobei etwa auch die Funktion der Händler wegfallen würde und die Arbeiter tatsächlich das verbrauchen könnten, was sie selbst zur Gänze produziert haben. In diesem Projekt der sogenannten „vereinigten Arbeit“ („Phalange“) schlägt er vor, daß sich freiwillige Genossenschaften über das gesamte Staatsgebiet bilden sollten, in denen sich die Menschen zu gemeinsamer Arbeit, aber auch zu gemeinsamem Konsum vereinen. Rund 1500 Personen sollten eine derartige „Phalange“ bilden. Die Produkte gemeinsamer Arbeit sollten nach dem Leistungs- und Stimulusprinzip verteilt werden, wobei aber für jeden das Existenzminimum gesichert ist. In diesem sozialreformatorischen Modell gibt es aber keine absolute Nivellierung, sondern je nach Leistung, je nach Kapitaleinsatz soll innerhalb dieser Produktionsgemeinschaften doch ein verschiedener Ertrag für den einzelnen möglich sein. Zugleich versucht auch Fourier, in diesen Genossenschaften, von denen einige Spötter meinten, daß sie Grand-Hotels in Nizza nicht unähnlich sein dürften, die Trennung zwischen privater und zwischen Arbeitswelt wieder aufzuheben. Das heißt also, in diesen Genossenschaften soll es keinerlei Zwang geben, Arbeit soll wieder zum Vergnügen werden, jeder sollte selbst über seine Neigungen im Schaffensprozeß entscheiden können, man sollte wieder die Möglichkeit haben, sich in der Arbeitsleistung selbst zu verwirklichen. Die meisten Genossenschaftsgründer glaubten auch, daß es im Rahmen dieses neuen Zusammenlebens in Formen von Genossenschaften möglich sei, den Menschen selbst zu verändern, Erziehungsreformen durchzuführen. Ein anderer Theoretiker, nämlich Louis Blanc, möchte ebenso mit Hilfe der Genossenschaften Gesellschaft und Wirtschaft umgestalten. Für ihn ist die Genos-

senschaft das entscheidende Mittel, die Prinzipien der Gleichheit und Gerechtigkeit zu verwirklichen, die Ausbeutung der Arbeiter zu beseitigen. Produktivgenossenschaften sind soziale Werkstätten (Ateliers sociaux), die Arbeiter des gleichen Berufszweiges vereinen, unter denen das Prinzip der Lohnleichheit herrscht. Der von den Genossenschaften erwirtschaftete Reinertrag soll in drei Teile aufgeteilt werden: 1. Gewinnbeteiligung der Mitglieder, 2. Versorgung Erwerbsunfähiger, 3. Verbesserung des Genossenschaftswesens. Und er meint, daß allmählich die gesamte Wirtschaft genossenschaftlich organisiert werden soll. Er meint, daß, wenn die ersten Genossenschaften begründet wären, sie sich quasi automatisch ausbreiten würden, sie wären die Keimzelle für eine neue Gesellschaft und eine neue Wirtschaft.

Es ist nicht uninteressant, daß Marx und Engels, also die Begründer der kommunistischen Bewegung, dem Genossenschaftsgedanken gegenüber ablehnend eingestellt waren. Solange nicht die Staatsmacht in die Hände der Arbeiter übergehe, sei keine echte ökonomische Besserstellung zu erwarten. Erst die Revisionisten, wie Bernstein und Bebel, waren dem Genossenschaftsgedanken wieder positiver gesinnt. Wir sehen, daß aber auch von christlicher Seite der Genossenschaftsgedanke aufgegriffen wurde. In Deutschland sind dies etwa der Bischof von Mainz, Wilhelm Emanuel von Ketteler, der sichtlich unter dem Einfluß der Ideen von Saint Simon stand und meinte, das genossenschaftliche Prinzip sei ein Natur- und Grundgesetz des Menschen. Auch Victor Aimé Huber versuchte eine Verbindung des christlichen Gedankens mit der Genossenschaftsidee. Er tat es im besonderen mit der Konsumgenossenschaftsidee.

Aus dem bisher Gesagten kann gefolgert werden: Die Genossenschaftsidee im modernen Sinne macht sich besonders im 19. Jh. deutlich. Aus sehr bescheidenen Ansätzen erwachsen viele jener Genossenschaften, die inzwischen aus diesen Ansätzen sichtlich herausgewachsen sind, wobei sich besonders eben Genossenschaften agrarischen Charakters, gewerblichen Charakters, aber auch die Konsumgenossenschaften durchsetzen können, während zahlreiche der begründeten Produktivgenossenschaften bereits wieder im 19. Jh. zugrunde gehen. Der hohe Anspruch der Genossenschaftsgründer, eine neue harmonische Welt herbeiführen zu können, wird vielleicht in einem sehr frenetischen Zitat aus dem 19. Jh. illustriert. Ein Autor namens Munding schreibt über Victor Aimé Huber und andere

Genossenschaftsgründer wörtlich: „Sie stehen alle in einer neuen Welt — in der Welt des sozialen Geistes, in der die Wiedergeburt eines wahrhaft christlichen Sinnes sich vollziehen und das Evangelium der Liebe sich erfüllen soll.“ (Aus Dr. Helmut Faust, Victor Aimé Huber, ein Bahnbrecher der Genossenschaftsidee.)

Die Genossenschaften heute

Nun müßte man sich noch kritisch die Frage stellen: Was blieb von jenen Idealen der Genossenschaftsgründer, welche auszogen, um die Welt harmonischer zu gestalten? Was ist aus dem Gedanken der Selbsthilfe, der einer nackten Notsituation entsprang, in unserer modernen industriellen Gesellschaft des 20. Jhs geworden? Zunächst sei vorangestellt, daß durch manche der folgenden kritischen Bemerkungen die historische Leistung des Genossenschaftswesens in keiner Weise bestritten werden soll. Zugleich kann festgestellt werden, daß sich im 20. Jh. die Genossenschaftsidee ganz besonders deutlich durchsetzen kann. Ein Blick auf Mitgliederzahlen, auf Genossenschaftsgründungen in aller Welt zeigt, wie sehr diese Idee weiterhin im Vormarsch ist und auch für die Entwicklungsstaaten einiges in sich birgt. Man wird auch keineswegs so ungerecht sein dürfen, die Genossenschaften zur Gänze auf jenen Zielsetzungen und Idealen des 19. Jhs festzunageln, also auf jenen Gedanken zu reduzieren, welcher eigentlich zu der Begründung geführt hat. Man wird es einer Idee und einer Bewegung wohl zubilligen müssen, sich im Laufe der Jahrzehnte, im Laufe einer geänderten sozialen und wirtschaftlichen Situation ebenso zu verändern. Es gibt einfach einen Funktionswandel der Genossenschaften in industrialisierten Marktwirtschaften. Es besteht kein Zweifel daran, daß die Genossenschaften in den letzten Jahrzehnten eine ungeheure Ausbreitung erfahren haben, dies nicht nur in bezug auf Mitgliederzahlen, sondern auch auf wirtschaftliche Bedeutung. Und ihnen ist es sicherlich gelungen, sich den modernen ökonomischen Bedürfnissen anzupassen. Es stellt sich natürlich die Frage, ob diese Leistung nicht mit einem Verlust an genossenschaftlicher Substanz erkauft wurde, ob nicht das eingesetzt hat, was von Schachtschabel als die Verflüchtigung des genossenschaftlichen Geistes bezeichnet wurde. Damit ist jener genossenschaftliche Geist gemeint, der im vorigen Jahrhundert geprägt wurde, durch die Abwehrsituation gegenüber den Gefahren einer freien Marktwirtschaft; der solidarische Gedanke, sich gemeinsam in der

WARUM ICH HIER STEHE

Wenn einem anderen der Dreck auf den Kopf fällt, ich kann mir nicht helfen, obwohl einem die Erziehung Besseres beigebracht hat, ich muß immer wieder lachen. Es ist nicht Schadenfreude, es ist etwas anderes. Ich bin immer wieder erstaunt, daß die Vögel, die so frei in der Luft herumsegeln, überhaupt jemanden treffen. Wenn man bedenkt, wie schwerfällig und langsam die Menschen im Gegensatz zu den luftigen Freunden auf der Erde herumkrabbeln, so kann man sich zwischen den Vögeln und den Menschen kaum eine Verbindung vorstellen. Naja, und die einzige Verbindung ist dann schließlich auch nichts anderes als der erwähnte Vogelmist. Vorhin hat's grad wieder einen Menschen erwischt. Er hat ohnehin so mieselsüchtig ausgesehen. Der Charakter grübelte so über den Gehsteig vor sich hin, ich denk mir schon, dem macht das Wandern auch keinen besonderen Spaß, und plötzlich... na da hat er den Segen auf seiner blanken Glatze. Mehr als über den Dreck auf seiner Birn hat er sich darüber geärgert, daß ich sein Mißgeschick beobachtet hab. So sind halt die Menschen. Ihr größtes Unglück ist es, im Unglück auch noch Zuschauer zu haben. Ein Schicksalsschlag, eine Heimsuchung, von der kein anderer weiß, so etwas hat sich für den, den's erwischt, praktisch in Luft aufgelöst. Der Typ mit dem Dreck am Schädl wischt sich den Taubenmist mit seinem Taschentuch vom Kurbis und schaut mich böse funkelnd an, als ob ich ihm höchstpersönlich auf den Kopf gemacht hätte. Was kann ich dafür, daß ich hier stehen muß? Wenn's ich nicht wär, wär es ein anderer. Irgend jemand muß vor dem Rathaus

stehen. Der Rathauswächter, also so ein Bursch wie ich, ist das Zeichen, daß das Rathaus über eine eigene Polizeieinheit verfügt. So steht's jedenfalls im Vorwort von unserem Dienstreglement. Im Notfall, wenn sich jemand wider die guten Sitten benimmt, dann könnt ich sogar jemand verhaften. Aber bis jetzt hab ich noch nicht einmal einen toten Regenwurm verjagt. Ich steh einfach da in meiner Uniform, mehr so einer Feuerwehrkluft, und wenn eine der hohen Herrschaften bei mir vorbeikommt, mach ich mein vorschriftsmäßiges Manderl. Denken kann ich mir allerdings, was ich will.

Ich bin sozusagen ein lebendiges Abzeichen, eine Sache, die sich ein anderer auf den Hut steckt. Das ist auch nicht unbedingt das Höchste, was ein Mensch werden kann. Auf der Autobahn, wo's ganz bestimmt gefährlicher, ich mein menschenwichtiger, zugeht, da steht der elektrisch betriebene Wachelsepp. Aber mir geht's jedoch edel gegen die Burschen vom Buckinghampalast, die mit den Bärenmützen; jeder Schritt und jede Armbeugung muß exakt nach einem vorgeschriebenen Muster ausgeführt werden. Da haben ja die Marionetten dagegen ein echtes Eigenleben. Ich bin ja selbst schuld, daß ich da herumhäng'. Aber daß ich einmal nicht mehr als ein Zeichen, eine Fahne, oder besser ausgedrückt, daß ich als Mensch einmal ein Symbol werden sollt', das ist mir nicht einmal in meiner grenzenlosen Blötheit eingefallen.

Zugegeben, ich war nie besonders hell auf der Platte, deswegen können mich die Leut auch ganz gut leiden. Ich bin bei einem Schlosser in die Lehr gegangen. Aber wie ich so sechzehn worden bin, hätte ich auch gern ein Moped ghabt. Ich versteh's ja, daß ein Madl mit einem, der was zum Fahren hat, lieber geht. Um zu einem Geld zu kommen, sind meine Freund einbrechen gegangen. Das ist nichts für mich, da bin ich zu feig dazu. Ich hab die Lehr aufgegeben und hab mich als angelernter Dreher bei Simmering-Graz-Pauker beschäftigen lassen. Für meine damaligen Verhältnisse hab ich einen phantastischen Rubel abgezogen. Als Lehrling hab ich in der Wochen fünfzehnter Schilling rausbekommen und dann plötzlich siebzehnhundert. Da hab ich mir selbstverständlich das Moped gekauft, natürlich auf Raten. Und mit den Mädchen hat das so gut funktioniert, daß ich mit achtzehn schon verheiratet war. Statt der Abtreibung hab ich den Führerschein gemacht. Und wenn man den Führerschein hat, hat man den Volkswagen auch gleich. Und wie's bei uns in Wien so ist, hat jeder wenigstens einen Verwandten, der bei der Gemeinde arbeitet. Mein Onkel ist im Garten-

bauamt als quasi eine Art Obergärtner beschäftigt. Eines Tages sagt er zu mir: „Karli, du hast nix glernt, vorbestraft bist auch net, und Sicherheit braucht jeder Mensch, kumm zu uns!“ Und weil nirgends was frei war, außer bei der rathauseigenen Polizeiwache, deswegen steh ich jetzt da und weiß nicht, was ich mit mir anfangen soll.

Bitte, ich hab schon ein Hobby, das haben alle von unserer Mannschaft; man will ja schließlich nicht wie ein Viech leben. Ich bin bei einem Arbeiterphotoclub, obwohl ich Angestellter bin. Mit meinen Bildern hab ich schon einige schöne Preise gemacht. Rauhreifüberzogene Maschen-drahtzäune, so wie man's in jedem Beserl-Park im Winter sieht, das gefällt fast jeder Jury. Das ist wahrscheinlich auch so ein Symbol, aber der Zaun lebt wenigstens nicht. Die Herren denken sich vielleicht, das ist so irgendwie das Eingeschlossene des Menschen, und der Reif symbolisiert die Kälte an sich oder wie, aber doch ist es irgendwie schön. Die Formel für meine Bilder ist: Kalt, schön und hoffnungslos. Das ist ja auch so eine merkwürdige Begabung, wenn's einem noch so dreckig geht, man möcht's immer wieder schön finden. Da kann einer im finsternen Kohlen sack hausen, das erste, was er macht, er zeichnet ein Fenster an die Wand. Früher hab ich solche Sachen natürlich nicht gedacht. Ist ja kein Wunder, daß man zu spinnen anfängt, wenn man nur so dasteht und nichts anderes zu tun hat, als die Welt, ich mein das kleine Stückerl, das an mir vorbeizieht, durch die Augen in seinen Kopf wandern zu lassen. In meinem Beisl, da kenn ich einen, der ist ewig im Öl, aber der hat zu mir gesagt: „Der Ursprung der Philosophie sind der Soff und die Langeweile.“ Seit ich da herumsteh, versteh ich das sehr gut. Ich schau die Leut an, die so an mir vorbeigehen, und denk mir über jeden etwas. Schwierig ist nur eines, wenn ich nach Haus komm und meiner Frau erzählen soll, was ich heute wieder gemacht hab, weiß ich nie, was ich ihr erzählen soll. Außer dem nicht besonders guten Witz, daß ich die Verwaltung heute wieder vor den Mächten der Unordnung bewahrt hab. Aber solche Witze sind ihr eher fremd. Ich mein allerdings, wozu sonst sollte ich schließlich dastehn. Irgendwo in den Verwaltungsköpfen spukt wahrscheinlich der Gedanke herum, daß es ein parr Willdige gibt, die nichts anderes im Sinn haben, als das Rathaus zu stürmen, um alle Akten, Folianten und Matrikeln zum Fenster rauszuschmeißen. Soweit ich die pragmatisierten Brüder kenn, könnt man ihnen keine größere Freud machen. Aber verkehrt wie die Welt ist, haben die Schreibtschheinis nachher kein Mo-



Herbert Pairol

DIE LANDGEMEINDE – POLITISCHE WIRKLICHKEIT UND MÖGLICHKEIT

Gerade in einer Zeit, in der sich durch weltpolitische Kraftakte für den Normalbürger die Frage nach der Lernfähigkeit unserer Menschheit aus vergangenen kriegsrischen Katastrophen stellt, mutet fast wie ein gekonntes Ablenkungsmanöver vom Geschehen in der „großen Politik“ an, sich mit der Politik in Landgemeinden zu beschäftigen. Was ist schon ein Bürgermeister einer Landgemeinde gegen einen Ayatollah?

Dennoch, die Kommunalpolitische Woche im Josef-Krainer-Haus hat sogar den Optimismus der Verantwortlichen dieser Tagung übertroffen. Quantität und Qualität der Teilnehmer an dieser einwöchigen Veranstaltung lassen auf eine Renaissance der Gemeindepolitik schließen. Und das Gros der Teilnehmer kam (wie immer) aus Gemeinden des ländlichen Raumes mit einer Größe bis 2000 Einwohner.

Trotz des Erfolges dieser Veranstaltung oder gerade deswegen möchte ich mich mit diesem Gemeindetyp, der Einfachheit halber Landgemeinde genannt, beschäftigen und einige provokante Fragen aufwerfen:

- Welche Position hat die Kommunalpolitik dieser Gemeinden im faktischen Kräfteverhältnis der unterschiedlichsten Interessen- und Machtblöcke im Staate Österreich?
- Oder ist der Politiker einer Landgemeinde nur eine Art Reservist der politischen Parteien, der zwar vor dem Spiel der Kampfmannschaften, bestehend aus Mandatären der Bun-

des-, Landes- und Stadtebene, Kammerfunktionären, Gewerkschaftsbossen, leicht mittrainiert, aufwärmt, gute Dienste leistet und letztlich nicht mehr als einen „Ballschani“ abgibt? ● Wenn beides stimmt, gibt es Möglichkeiten, dies zu ändern; und wie sieht es mit diesbezüglichen Reformbestrebungen aus?

Das sind einige Fragen, die natürlich in Zeiten vor Gemeinderatswahlen unangebracht bis naiv klingen, geht es uns doch allen darum, darauf zu verweisen, welch entscheidende Rolle die Kommunalpolitik bzw. der Kommunalpolitiker generell in unserem politischen System spielt.

Speziell in einer Landgemeinde ist alles überschaubar, kontrollierbar, der Mensch steht hier im Mittelpunkt, und dergleichen mehr.

Alles Formulierungen, die so manchem orientierungs- und lustlos gewordenen Kommunalpolitiker mit „hinaus in die Gemeinde“ gegeben werden und die im theoretischen Anspruch auch stimmen. Dabei finde ich die übliche Redewendung „draußen in den Gemeinden“ etwas bedenklich, da es demnach auch ein „drinnen“ geben muß. Drinnen ist's meistens angenehmer als draußen; drinnen assoziiert man mit behaglich, aber auch versteckt, geheimnisvoll bis machtvoll. Es wird von denen, die diese Redewendung gebrauchen, schon nicht so gemeint sein.

Die Position der Kommunalpolitik einer Landgemeinde

Es geht in den folgenden kurzen

Ausführungen nicht um den rechtlich und organisatorisch laut Verfassung und Gemeindeordnungen verankerten Status dieser Gemeinden. Darüber kann aus einer 1977 vom Grazer Juristen Kurt Gallert erschienenen Arbeit mit dem Titel „Gemeinde und Verfassung“ genügend Information eingeholt werden.

Dort sind auch sehr ausführliche Abhandlungen zum verfassungsrechtlich verbrieften Recht der Gemeinden auf Selbstverwaltung und zur Gemeindeautonomie enthalten. Eine beachtliche Position, die einer Gemeinde ex lege zukommt.

Es ist notwendig, aus der Perspektive einer Gemeindestube zu analysieren, um die Selbstverwaltungskraft einer Landgemeinde beurteilen zu können. Denn in der kommunalen Praxis dieser Gemeinden unterliegt ihre Selbstverwaltungskraft folgenden Behinderungen:

- Die Zusammenhänge in wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Prozessen sind in den letzten Jahrzehnten immer komplizierter geworden, und es gibt außer einigen Romantikern auch kaum jemand, der behauptet, sie würden in den nächsten Jahren einfacher werden.

- Management-Wissen, die EDV-Technologie, die hochkomplizierten Informationssysteme, die Berater- und Sachverständigenstäbe haben ihren erfolgreichen Feldzug nur teilweise und oft nur aus Gründen der Geschäftemacherei in Landgemeinden angetrennt.

Gott sei Dank, könnte man ob der

Blüten und Gigantomani, die übertriebene Fälle verdeutlichen, sagen, doch ein unleugbares Negativum haben Landgemeinden und deren Verantwortliche zu tragen:

Fehlende Informationen und mangelndes Wissen bedeuten Machteinbuße. Eine Machteinbuße, die vom Kommunalpolitiker selbstverschuldet auch noch verantrieben wird, wenn er alles, was nach „Experten von außen riecht“ (oft nicht unberechtigt), meidet. Was im Einzelfall dazu führt, daß in einer steirischen Landgemeinde der Friseurmeister als Bausachverständiger fungiert.

Oder, und das ist leider kein Einzelfall, daß in politisch und fachlich aufwendigen Angelegenheiten, wie dem Bau- und Raumordnungswesen, Kommunalpolitiker selbst eine Abgabe dieser Kompetenz an den Bezirk oder an das Land fordern. Eine Selbstkastration aufgrund verlorengegangener politischer Steuerungskraft.

Ich erlaube mir aus diesen praktischen Beobachtungen den Schluß abzuleiten, daß die Politik vieler Landgemeinden heute ihre laut Verfassungs- und Verwaltungsrecht gedachte Position nicht einnimmt. Dieser Positionsverlust im allgemeinen wird durch Ausnahmeerscheinungen, wie den einen oder anderen durchsetzungstarken Bürgermeister oder durch ein überaus tüchtiges Gemeindesekretariat nicht wettgemacht.

Der Positionsverlust liegt im System der Konzentration von Informationen und Wissen auf einige wenige Punkte, auf die Zentren. Ein Wiedergewinn oder ein bloßes Beibehalten der Position der Landgemeinden würde eine dezentrale Struktur der Informationskanäle und eine gestreute Anordnung/Niederlassung der Wissensvermittler/-stellen erfordern.

Die Rolle des Kommunalpolitikers einer Landgemeinde

„I' mach's eh nimma lang... für Gottes Lohn, bei dem Ärger und bei der Arbeit“, ist eine oft laut werdende Äußerung von Gemeindepolitikern und deutet an, daß die eingangs gestellte Frage, ob Politiker von Landgemeinden nur Reservisten der politischen Mannschaften seien, nicht ganz zu verneinen ist.

Gerade zu Zeiten der Erstellung von Fraktionslisten äußern viele Ortsparteien das Problem „es gibt sich ja kaum jemand her für diese Arbeit“ oder „die, die wir im Gemeinderat haben möchten, sind nicht bereit dazu“.

Der Anreiz ist offensichtlich zu gering, wobei dabei nicht immer die finanzielle Seite verantwortlich ist,

sondern ideelle und politische Voraussetzungen fehlen.

Möglichkeiten einer Tendenzwende

Interessant sind jene Entwicklungen, die vor allem ein Mittel gegen den informationsbedingten Macht- und Positionsverlust der Landgemeinden sind.

Es gleicht einer Binsenweisheit, als die wichtigste und beinahe einzige Möglichkeit die **überörtliche Zusammenarbeit von Gemeinden bei voller Wahrung der Selbstbestimmung in den ihr übertragenen Aufgabenbereichen** aufzuzeigen.

Übergemeindliche Zusammenarbeit, die nicht erzwungen werden muß durch Gesetze von oben (Land, Bund), sondern entsprechend den Zielen von Genossenschaften orientiert ist, brächte eine Positionsstärkung bezüglich der Informationen, dem ärgsten Engpaßfaktor der Landgemeinde, und letztlich auch eine verstärkte Leistungskraft in die Gemeindearbeit.

Eine aktive Zusammenarbeit der Gemeinden in allen Fragen der traditionellen Gemeindeverwaltung und bei jenen noch offenen neuen sozialen, kulturellen, energiepolitischen Engagements zu fördern, ist eine Politik, die den Bestand von Landgemeinden erhält und verbessert.

Interessante Aspekte ergibt die Forderung nach einer **föderalistisch verstandenen und organisierten Zusammenarbeit der Gemeinden** auf überörtlicher Ebene im Vergleich mit der Forderung nach einer weiteren parlamentarischen Ebene, dem Bezirk.

Wenn der Bezirk eine eigenständige politische Macht darstellen soll, dann muß er auch entsprechende Kompetenzen (behördl. Stellung, finanzielle Ausstattung, personelle Möglichkeiten) erhalten.

Wie soll das funktionieren? Mehr Autonomie für die Gemeinden und Parlamentarisierung der Bezirke, denen Aufgaben der Gemeinden übertragen werden.

Abgesehen von der noch gar nicht gestellten Frage, ob der Bezirk die Ebene für die Lösung jener überörtlichen Probleme ist, die in Lebensräumen und nicht in Verwaltungseinheiten anfallen, werden viele erfolgreiche Beispiele laufender überörtlicher Gestaltung durch die Gemeinden in der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, im Fremdenverkehr und seit kurzem auch in der gesamten Raumordnung völlig mißachtet. In den regionalen Gremien bzw. Beiräten sind in der Regel nur gewählte Mandatäre vertreten, sie haben eine Geschäftsordnung, ihre Arbeitsausschüsse und ihnen stehen Fachleute zur Verfügung.

Die Forderung nach einer politisch-parlamentarischen Bezirksebene bzw. der Wahl des Bezirkshauptmannes ist nur so zu erklären, daß an die von den Gemeinden getragenen Möglichkeiten der überörtlichen Problemlösung und Initiativen nicht geglaubt wird.

Es kann doch nicht nur um die Frage des ersten gewählten Beamten gehen. Über die Frage des gewählten Beamten zu diskutieren ist sicherlich auch sehr interessant, aber erst wenn man auch an alle anderen Spitzenbeamten denkt. Ich fürchte, die parteipolitische Pragmatik des Posten- und Machtverteilungsspiels österreichischer Prägung hat auch die teuflische Strategie im Auge: Stärkung der starken (Stadt-)Gemeinden und Entmündigung bzw. Verstärkung der Abhängigkeit der geschwächten Landgemeinden durch einen politischen Vormund auf der Bezirksebene. Ein politischer Vormund ist für diese Gemeinden viel tragischer als der vermeintliche amtliche.

Verfechter eigenständiger Bezirksparlamente wollen offensichtlich keine starken Landgemeinden. Überörtliche Zusammenarbeitsformen der Gemeinden bringen aber auch eine Herausforderung für Land und Bund, in die machtpolitischen und interessenbezogenen Entscheidungsprozesse eine verstärkte Information und Beteiligung der Gemeinden miteinzubauen, und so einen **wirkungsvollen Beitrag zum lebendigen Föderalismus**.

Dann wird es für viele, die jetzt nur Ärger und Arbeit sehen, wieder spannend, Kommunalpolitiker zu sein und für die Menschen und die Gestaltung des Lebensraumes, der einfach nicht mehr an der Gemeindegrenze aufhört, einzutreten.

Um zum Schluß keinen falschen Eindruck entstehen zu lassen, heißt das natürlich für die in der Kommunalpolitik Tätigen auch ein verstärktes Bemühen um überörtliche Problemlösungen.

Nur auf rechtlich zuerkannte Positionen zu pochen, ohne ihnen gerecht werden zu können und ohne sie ausbauen zu können, bringt nur eine Verschiebung des Zeitpunktes, bis die Landgemeinden wegrationalisiert werden, wenigstens die Erfahrungen aus Gemeindezusammenlegungen zeigen, daß Maßstabvergrößerungen noch keine **bessere Politik** bringen.

Die Kommunalpolitische Woche im Josef-Krainer-Haus ergab auch für diese (zentrale) Institution den **deutlichen Auftrag, mit den Mitteln und Möglichkeiten der politischen Bildung** beim Streben nach einer besseren Politik durch eine Stärkung der Kommunalpolitik in Landgemeinden mitzuwirken.

PLANUNG — ORDNUNG UND FREIHEIT

Wenn wir Menschen bleiben wollen, dann gibt es nur einen Weg, den Weg in die offene Gesellschaft. Wir müssen ins Unbekannte, ins Ungewisse, ins Unsichere weiterschreiten und die Vernunft, die uns gegeben ist, verwenden, um, so gut wir es eben können, für beides zu planen: nicht nur für Sicherheit, sondern zugleich auch für Freiheit.

Karl R. Popper: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Bd. 1, London 1944/Bern 1958, S. 68

Freiheit ist ohne Ordnung nicht möglich, und die Ordnung ist ohne Freiheit wertlos.

Alain: Politique, 1951, p. 27

Wir haben in diesen hundert Jahren uns und die Natur und alles sehr viel besser kennengelernt, aber der Erfolg ist sozusagen, daß man alles, was man an Ordnung im einzelnen gewinnt, am Ganzen wieder verliert, so daß wir immer mehr Ordnungen und immer weniger Ordnung haben.

Robert Musil

„Ich schufte also sehr. Aber eher bringt man einen Pinzgauer in Galopp als unser Gespinn in Rathaus in lebhafteren Tritt.“

Theodor Körner über sozialdemokratische Kommunalpolitik

WELT- POLITICISSIMUM

Aus den noch druckfeuchten Memoiren eines der zahlreichen CIA-

Agenten-Schriftsteller läßt sich das nachfolgende Gespräch entnehmen.

B: Hallo, Mr. President, wie geht es denn?

C: Danke, mein Schnupfen ist auch schon wieder...

B: Nein, ich meine politisch und so.

C: No, da bin ich aber böse auf Sie: Was ist Ihnen denn da in Afghanistan eingefallen?

B: Was sollten wir denn schon machen, Sie kennen die Geschichte mit den Hilferufen doch.

C: Gar nichts kenne ich.

B: Ach so, das habe ich vergessen. Aber was haben Sie denn schließlich in Vietnam gemacht?

C: Das ist doch vorbei. Außerdem gibt es dort kein Öl.

B: Seien Sie doch nicht so empfindlich. Außerdem haben wir jetzt ohnehin unsere Probleme mit den Islamisten. Die reagieren so irrational...

C: Das kenne ich. Unsere Probleme in Teheran sind ja auch nicht so ohne.

B: Sie müßten uns bloß zu Hilfe rufen...

C: Das täte Ihnen so passen.

B: Was ist denn übrigens mit der SALT-Geschichte, wollte ich noch fragen.

C: Wenn Sie mit Ihren Truppen nicht dazwischengepatzt hätten...

B: Aber schauen Sie, wenn ich recht unterrichtet bin, stehen Sie doch so gut da wie nie zuvor. Und der Kennedy ist auch futsch.

C: Das hätte ich auch ohne Ihre Hilfe geschafft.

B: Noja. Aber Sie kommen doch zu den Spielen nach Moskau? Wir brauchen noch was aufs Brot für unsere Leute.

C: Ich habe „nein“ gesagt.

B: Das macht doch nichts, Sie sind doch Politiker.

C: Nein!

B: Wieso nein? Ach so, zu den Spielen. Hören Sie, denken Sie an Ihre Industrie, wie es sich für einen anständigen Kapitalisten gehört!

C: Sie haben leicht reden, Sie brauchen keine Wahlen zu bestehen. Und den Rest macht Ihre Armee mit der internationalen Solidarität.

B: Sie haben aber Ihrem Pentagon jetzt auch eine finanzielle Aufbesserung zugeschanzt. Obwohl ich mich da an Aussagen erinnere...

C: Ach, lassen wir das doch. Gibt es sonst was Neues?

B: Nein, eigentlich nicht. Immer wieder das alte Spiel. Aber gesundheitlich geht es mir wieder ganz gut.

C: Mein Schnupfen ist auch...

OLYMPISCHE GEDANKEN

Sport und Politik sollten streng getrennt bleiben.

Andrea Strachota, Rekordschwimmerin, Wien, in der AZ, Donnerstag, 24. Jänner 1980

Ich bin für einen Boykott. Dort soll es keine Olympischen Spiele geben. Sport und Politik sind nicht zu trennen. Das Internationale Olympische Komitee ist sowieso ein Witz mit dem ganzen Amateurgehe.

Leo Karner, Radfahrer, Niederösterreich, in der AZ, Donnerstag, 24. Jänner 1980

„Komme da keiner mit dem Argument der verpöpten Altherren-Riege des Internationalen Olympischen Komitees, wonach man Sport und Politik streng auseinanderhalten müsse. Nur noch die Schimäre von den Amateursportlern in den Olympiastadien ist verlogener.“

Und spätestens mit dem Einzug der Staatsamateure des Ostblockes in die olympischen Kampfstätten sind selbst Leistungen der Sportler politisch pervertiert worden: Nicht der einzelne Olympionike holte seither durch seine persönliche Leistung eine Medaille — im Verständnis seiner kommunistischen Herren zu Hause hat er immer vor allem die Überlegenheit des eigenen Systems bewiesen.

Genauso politisch verstehen die Sowjets die Spiele in Moskau. Dankenswert offen deklariert ein jetzt bekanntgewordenes Handbuch für sowjetische KP-Aktivisten die Vergabe der Spiele an Moskau als „Beweis für die allgemeine Anerkennung der historischen Wichtigkeit und Richtigkeit des außenpolitischen Kurses unseres Landes und der enormen Verdienste der Sowjetunion im Kampf für den Frieden“.

Peter Rabl, Kurier, Dienstag, 22. Jänner 1980

Nirgendwo präsentiert sich deutlicher das Zusammenspiel von Staat und Wirtschaft als bei Olympischen Spielen. Für Nationalprestige, Industrie-Umsätze und für die eigene Tasche quälen sich Österreichs Schi-Läufer bis an den Rand des Krüppel-Daseins...

Wie es hinter den strammen Oberschenkeln und muskelbepackten Schultern aussieht, weiß der Wiener Sportarzt Ludwig Prokop: „Einige von ihnen haben ein Röntgenbild wie ein Sechzigjähriger.“

Das „Wrack als Summe zahlloser Verletzungen“ (Prokop) innerhalb eines höchstens 20 Jahre dauernden Rennläuferdaseins.

„Eine große Rolle spielt der Erfolg“, leitet Pool-Direktor Leistner ein, ehe er Zahlen nennt. Ohne sich allerdings konkret über die Einnahmen einzelner Profi-Amateure auszu-

lassen: „Als Schnittwert darf man etwa 500.000 Schilling pro Jahr für einen Spitzenläufer annehmen.“

In dieser Summe ist allerdings der lebhafteste Gebrauchwarenhandel noch nicht inkludiert, den die Schichtstars mit ihrer Ausrüstung betreiben.

Denn — so Dieter Seefranz in seinem Buch — für Nachschub ist gesorgt. Sie schöpfen aus dem vollen. Man wirft ihnen die Sachen förmlich nach und drängt sie ihnen auf. Weil Jahr für Jahr neue Entwürfe kommen und Schirennläufer mit der Mode gehen müssen, weil sie Mode machen.

Insider des Show-Business haben für Leistrners Gehaltsangaben nur ein — wissendes — Lächeln übrig.

H. C. Unger, Wochenpresse, 6/7 — 1980

SPORT-REFLEXIONEN

Die neuerliche Reflexion über die Olympischen Spiele gestattet es endlich, auch eine tiefstehende historische Ungerechtigkeit wieder in das Dunkel der Öffentlichkeit zu rücken. Die Gleichheit aller sportlichen Disziplinen ist es, die es zu fördern, ja durchzusetzen gilt. Denn warum, so muß mit deutlicher Empörung ausgerufen werden, warum ist es Millionen von Menschen gestattet mitanzusehen, wer von einigen damit berufsmäßig beschäftigten Menschen weiter hupfen kann als der andere, während sich das Weitspucken keiner Aufnahme in den Kreis der olympischen Disziplinen rühmen kann? Warum wird das Sackhüpfen so gröblich vernachlässigt, wenn doch ansonsten präzisiert nachgemessen wird, wer eine gewisse Strecke Weges schneller als der andere zurückzulegen vermag? Und wie steht es erst mit Kopfstehen, Versteckenspielen und so weiter? Oder vermag irgend jemand für diese sachlich in keiner Weise gerechtfertigte Zurücksetzung bestimmter sportlicher Betätigungen eine Begründung zu liefern?

DAS KERNPROBLEM DER FPÖ

Nachdem Herr Götz auf die Grenzen seines Wachstums gestoßen ist, strengt sich die Freiheitliche Partei an, diesen Schock zu überwinden, indem sie sich bemüht, sich in Atome zu spalten. Zwar wird auch Recycling betrieben, d. h. manche kehren immer wieder, aber der Kern gibt nicht mehr

viel Energie her. Nachdem inzwischen offenkundig wurde, daß es mit der Fusion der Mitglieder auch hapert, sitzen nur noch lauter langsame Brüter herum und denken nach. Die zwei designierten Vorsitzenden sind zwar in Fernsehen und Radio aktiv, aber die Halbwertszeiten pflegen in dieser Partei recht unterschiedlich zu sein. Die meisten meinen, wenn der eine in den Ring stegert, ist der Ofen aus. Aber die Wirkung von Ausstrahlung — wie wir alle wissen — ist eine höchst unsichere Sache; und den strahlenden Müll müssen wir am Ende noch tausend Jahre bewachen.

KÜNG UND KALTER KRIEG

„Das verhängnisvolle Entweder-Oder-Denken, das in der Weltpolitik wieder überhandnimmt, wird damit auch in den geistigen und religiösen Kontroversen mit dem Bemühen um Abgrenzung, um ‚klare Fronten‘ immer deutlicher“, schrieb Fritz Csoklich am 20. Jänner 1980 in der „Kleinen Zeitung“ und stellte klar, daß es im Fall Küng um mehr geht als um ein theologisches Problem, das nur die Katholiken angeht. So verwegen es klingen mag, aber im Sinne des von Gerfried Sperl in „politicum 1“ geforderten „Sensoriums für subkutane Vorgänge“ scheint ein Zusammenhang zwischen Küng-Exorzisten und kalten Kriegen, die ihre Kriegsbemalung nun wieder besonders grell auftragen, ortbar zu sein.

Dabei gibt es so viele hoffnungsvolle Zeichen. Die Periode eines totalen Machbarkeitsglaubens und einer mit allen Werten aufräumenden „Totalaufklärung“, die nur einen Totalitätsanspruch, nämlich den des Alles-In-Frage-Stellens, kannte — ist am Ende. Werte sind wieder gefordert, Sinnfragen werden gestellt. Es wäre aber ein grundsätzliches Mißverständnis, zu glauben, nun sei wieder die Zeit der Ex-kathedra-Verkündigung gekommen, es genüge einfach, das Rad der Geschichte zurückzudrehen und Werte zu verordnen. Nicht vorgeformte Antworten, die sich ohnehin schon in früheren Jahren als fragwürdig erwiesen haben, sondern Bemühungen, Orientierung als Hilfestellung zur eigenen Beantwortung der Fragen zu geben, sind erwünscht.

Hierin liegt auch eine der ganz großen Chancen der katholischen Kirche unter Papst Woytila. Ein Mann wie er — mit diesem natürlichen übergroßen Charisma ausgestattet — könnte einer fragenden Herde überzeugende Orientierungspunkte und Signale setzen.

Insofern war das Küng-Signal aber

eines in die falsche Richtung: Hier wurde mit einem, der „ernst Fragen“ Orientierung geben wollte und konnte, kurzer Prozeß gemacht (beide Seiten, sowohl jene, die ohnehin immer die Tendenzwende wollten, als auch jene, die sagten, mit Kirche und Werten sei ohnehin nichts anzufangen — können sich die Hände reiben). Nur in Parenthese sei die Frage gestellt: Selbst wenn Küng ein problematischer eitler Häretiker ist, wann hat er der Kirche mehr geschadet? Als katholischer Wissenschaftler (Aufgabe der Forschung ist es u. a., kritische Fragen zu stellen!), als er vielleicht für einige Bischöfe und Kerschichteten ein Ärgernis war, dafür, daß er für Randgruppen eine Brückenfunktion erfüllte, oder als gemäßregelter Exprofessor, was zwar einen Teil der ohnehin Bekehrten erfreut, die kritische Minderheit noch weiter an den Rand drängt. (Wobei durchaus unterstellt wird, daß Küng das ganze Spektakel auch mit Blick auf seine Rekord-Tantiemen aufgrund neuer Verkaufsrekorde genießen kann.) Warum kann eine derart große und bedeutende Kraft wie die katholische Kirche einen kleinen Küng nicht aushalten?

Ein anderes hoffnungsvolles Zeichen: Die Weltstimmung hat sich gedreht. Waren noch vor 10 Jahren die USA Buhmann Nummer eins, ist es heute ohne Zweifel die Sowjetunion. Allein das UNO-Abstimmungsverhalten in der jüngsten Zeit läßt vermuten, daß die Sowjets in Afghanistan ihr Vietnam erleben könnten. Aber all jene, die nun ihr Heil vor allem in **militärischer Aufrüstung** und härterem Kurs sehen, statt sowohl für militärische Sicherheit als auch für **moralische Aufrüstung** (etwa durch konsequentes Eintreten für Menschenrechte, Demokratie und forcierte Entwicklungspolitik) zu sorgen, scheinen nicht zu bedenken, daß man Feuer nicht mit Feuer (also nicht plumper Militarismus gegen plumpen Militarismus), sondern nur mit Wasser bekämpfen kann. Sonst sind alle Sympathien der Blockfreien wieder verspielt.

Selbst Henry Kissinger sagte einmal: „Es ist **leichter**, den Schritt zum Rande eines Krieges mit Rußland zu verteidigen, als für die Entspannung einzutreten.“ Fragen geduldig beantworten zu versuchen und ein als richtig erkanntes Konzept der Entspannung der Zeit anzupassen und weiterzuentwickeln ist sicherlich **schwieriger**. Aber wenn man von der Überlegenheit und Stärke seines Wertsystems im großen und ganzen überzeugt ist, kann man doch soviel Selbstvertrauen aufbringen, daß man offensiv — gewinnend agieren und nicht defensiv — abgrenzend reagieren kann.

H. Hösele

Bewältigung sozialer Mißstände zu helfen. So wird es sicherlich in den Großgenossenschaften eine gewisse Lockerung des genossenschaftlichen Bandes geben. Es wird hier schwieriger sein, den genossenschaftlichen Geist zu entwickeln und zu aktivieren. Daß es aber aus betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten Tendenzen zur Konzentration innerhalb des Genossenschaftswesens gibt, läßt sich etwa nachlesen im Buch von Prof. Dr. Ruppe („Das Genossenschaftswesen in Österreich“), wo er aufzeigt, daß zunehmende Rationalisierungen zu Konzentrationsprozessen in weiten Bereichen des Genossenschaftswesens führen. Die in der gesamten Wirtschaft vordringende Atmosphäre wachsender Versachlichung, Rationalität und Rechenhaftigkeit kann natürlich vor dem Genossenschaftswesen nicht haltmachen. In einer konkurrenzierenden Wirtschaft wird sich das Genossenschaftswesen ähnlich wie die Konkurrenten ökonomisieren müssen. Der Wettbewerb führt zur Durchsetzung des ökonomischen Rationalismus, wie es schon Werner Sombart bezeichnet hat. Allerdings werden diese Bemühungen zur Steigerung der ökonomischen Leistungsfähigkeit und Anwendung modernster Mittel und Methoden wohl dazu geführt haben, daß die Genossenschaften nunmehr Konkurrenten aus derselben Branche äußerlich bereits zum Verwechseln ähneln. Dazu kommt, daß sie ja ihre Leistungen keineswegs auf die Mitglieder allein mehr beschränken, das heißt, bei den meisten Genossenschaften wird das Geschäft mit Nichtmitgliedern immer größeren Raum einnehmen. Um dies zu illustrieren: Auch ein Industrieller darf heute im Konsum einkaufen, um die angeblichen Vorteile billiger Produkte zu genießen. Auch ein Städter darf in der landwirtschaftlichen Genossenschaft sich mit Waren eindecken, er wird auch in den Raiffeisenkassen jegliches bankmäßige Geschäft abwickeln können.

Unter den modernen Vorteilen des Genossenschaftswesens kann vor allem darauf hingewiesen werden, daß es Klein- und Mittelbetrieben in Kooperationsform sicher gelingen wird, ihren Bestand in unserer pluralistischen Gesellschaft zu sichern. Dies ist ein Punkt, welcher bei wirtschaftlichen Überlegungen nicht außer acht zu lassen ist. Ferner werden die Genossenschaften auch jenen Berufsgruppen wertvolle Hilfe leisten können, die Umstellungsprobleme zu bewältigen haben. Doch die erwähnte Kommerzialisierung bzw. Ökonomisierung der Genossenschaften zeigt nicht unbedenkliche Tendenzen, denen der Gesetzgeber in

Österreich sogar ein wenig entgegengekommen ist. Das Gesetz über Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften vom 9. April 1873 ist im Jahre 1974 novelliert worden. Aus der Zeit vor 1974 gibt es einige Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes, wonach die Beteiligung von Genossenschaften an anderen, z. B. profitorientierten Kapitalgesellschaften, nicht ohne weiteres zuzulassen sei. Diese Bedenken sind mit der Novelle 1974 weggefallen, und so hat es doch ein wenig den Anschein, daß — wenn wir Anspruch und Wirklichkeit des Genossenschaftswesens prüfen — sich jene, welche einst auszogen, um den Kapitalismus zu überwinden, um eine neue harmonische Welt herbeizuführen, sich nunmehr sehr wohl in die kapitalistische Welt einfügen. Manch ursprünglicher hoher moralischer Anspruch wurde dem Profit geopfert. Man zeigt, daß man mit dem Kapitalismus leben kann, den man eigentlich verändern wollte.

Helmut Faust stellte einmal die Frage: Was ist wichtiger für den Bestand und die Weiterentwicklung der Genossenschaften, das Geschäft oder die Ideologie?

Sicherlich wird der ökonomische Erfolg der Genossenschaften eine wichtige Voraussetzung dafür sein, daß sie nicht von den kosten- und preisbewußten Mitgliedern verlassen werden. Die Ökonomisierung der Genossenschaften wird sicherlich nicht aufzuhalten sein, sie wird einfach von einer ökonomischen Umwelt geprägt, in welcher das Genossenschaftswesen in einer harten Konkurrenzsituation bestehen muß.

Das heißt, in der unternehmerischen Haltung wird man den Grundgesetzen der Betriebswirtschaft folgen müssen.

Dennoch glaube ich, daß es falsch

wäre, in der Unternehmereigenschaft, in der Steigerung der ökonomischen Leistungsfähigkeit das alleinige Ziel sehen zu wollen.

Man sollte das Ideelle der Genossenschaften gerade in unserer Zeit nicht weiter verkümmern lassen. Man sollte die guten Geister, welche sich laut Schachtschabel inzwischen weitgehend verflüchtigt haben, wieder zu neuem Leben erwecken.

Sind sie überhaupt noch da, diese Geister?

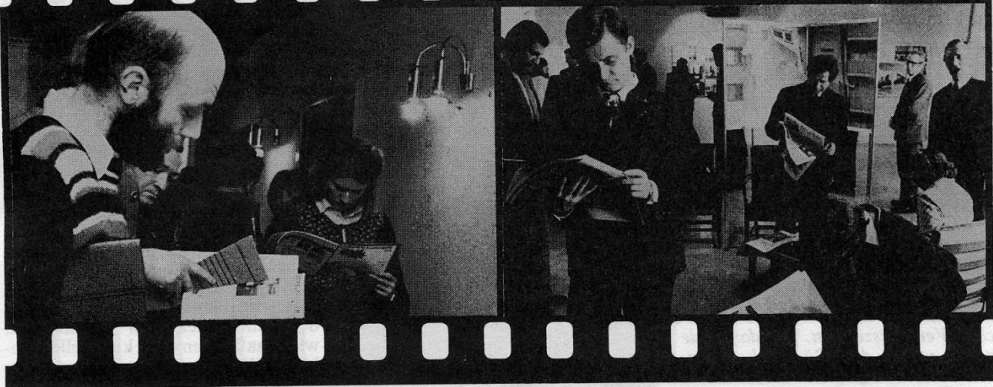
Wie sieht es mit dem genossenschaftlichen Geist in Wohnbaugenossenschaften aus? In jenen Hochhäusern, wo man anonym aneinander vorbeilebt und sich höchstens beim „Genossenschaftsbruder“ meldet, falls dieser sein Fernsehgerät nicht auf Zimmerlautstärke hat.

Daß die Genossenschaften nicht unbedingt ideologisch ausgehöhlt werden müssen, zeigt uns etwa das israelische Beispiel der Kibbuzim bzw. Moschawim. Auch heute haben genossenschaftliche Ideologien ihre volle Berechtigung, deshalb sollte man sie nicht ohne weiteres über Bord werfen.

Vielleicht sollten wir aber gerade in einer Zeit vordringender staatlicher Aktivität daran denken, daß das genossenschaftliche Prinzip, der Gedanke der Selbstverantwortung — zusammenhängend mit dem Subsidiaritätsprinzip — eine wichtige Aufgabe erfüllen könnte. Und damit möchte ich abschließend eine Idee aufzeigen, die ich als Historiker gar nicht haben sollte, denn Utopien zählen nicht zu meinem Ressort.

Der Staat hat immer mehr Aufgaben zu erfüllen, er muß immer mehr Geld für die verschiedensten Anliegen von Staatsbürgern ausgeben, welche vielleicht kostengünstiger und bürgerlicher von kleineren Gemeinschaften — warum nicht von Genossenschaften? — ausgeführt werden könnten.





tiv, nicht zu arbeiten. Es ist doch so: Nimm dem Menschen die Arbeit weg, und er weiß nicht, welchen Beruf er schwänzen soll.

Was das Keppeln über die Arbeit angeht, hat's meine Frau natürlich leichter. Sie arbeitet als Stepperin in einer Schuhfabrik. Ich kenn schon alle ihre Kolleginnen, obwohl ich noch keine gesehen hab. Lauter so arme Teufel wie meine Frau. Acht Stunden dieselbe Verzierung aufs Oberleder nähen, das, mein lieber Schwan, das möchte ich auch nicht haben. Wenn ich's mir überleg, steh ich da lieber vorm Rathaus herum und weiß wenigstens nicht wozu. Naja, ein Mann ist halt ein Mann.

In der Fabrik, wo meine Frau arbeitet, die reden dauernd vom Essen, vom Fernsehen, vom Urlaub, vom Auto, von den Kindern, von den Chefs, und am Montag, wie's im Bett war. Da haben s' natürlich viel zum Reden. Neuerlich reden s' vom Terrorismus auch. In der Fabrik von meiner Frau wären s' mit den Terroristen schnell fertig. Für jeden Politiker, den diese lausigen Banditen kapern, werden zwölf Halunken, die ohnehin nur auf meine Kosten im Gefängnis herumlungern, gnadenlos erschossen. Ich mach mir über die Terroristen keine Gedanken, über was soll ich noch nachdenken. Ich hab mit den Leuten, die bei mir vorbeimarschieren, genug zu tun. Ich muß zugeben, gegenüber meiner Frau hab ich's leicht: Ich hab einen schweigenden Beruf. Das Rathaus hat vier Eingänge, und vor jedem Türl steht einer von uns und paßt auf, daß...

... daß ihm selber nichts passiert. Hie und da fragen mich Leute, wo das und das Amt oder Büro ist, aber da muß ich die Leut gleich an den Rathausportier verweisen, der möchte ja schließlich auch etwas zu tun haben.

Also um auf die Leut wieder zurückzukommen, die ich mir Tag für

Tag anschauen muß: Ob ich will oder nicht, eine der Pflichten meines Berufs ist, daß ich die Augen offen halt. Durch dieses mehr oder weniger intensive Betrachten der Passanten hat sich bei mir eine Eigenschaft eingestellt, vor der mir manchenmal selber schwummelig wird. Ich hab immer mehr und mehr den Eindruck, die Leut sind für mich offene Bücher.

Von jedem, der da an mir vorbeigeht, könnt ich sagen, wie er sich fühlt. Die meisten fühlen sich gar nicht gut. Die haben alle so verhangene Gesichtszüge, stumm und starr, wie wenn das Stadtleben ein einziges Pokerspiel wär. Die Wangen, der Mund, die Stirn — lauter Leihgaben aus einem Wachsfigurenkabinett. Nur die Augen sind anders, die suchen meist herum, wo da eventuell ein Notausgang auszumachen wär.

Aber das Merkwürdige ist wieder, wenn ein Augenpaar ein anderes trifft, da fallen die Augendeckel blitzschnell zu, oder man fährt sich mit der Hand ins Gesicht, um einen plötzlichen Juckreiz, ein Wimmerl zu befriedigen. Es ist, als ob man darauf hinweisen möchte, der Blick in die Augen des anderen sei nur ein Versehen, viel wichtiger ist einem die Wahrnehmung von sich selbst, und deshalb kratzt man demonstrativ am gesichtsigen Wimmerl, rückt die Brillen zurecht und tut in jeder Hinsicht unschuldig.

Weniger zartbesaitete Seelen schauen einfach gedankenlos in ein Schaufenster, auf ein Plakat oder auf das nächste daherkommende Hunderl, das sie anlachen, als begegneten sie ihrer eigenen Kindheit.

Mit dem Burschen in meinem Beisl, der ewig im Öl ist, habe ich einmal über meine Beobachtungen gesprochen; der hat gemeint, im Straßenleben ist es ihm immer angenehm, wenn jemand, ganz Wurscht ob Manderl oder Weiberl, wenn jemand mit einem Hund daherkommt. Der Hund läßt sich das

Anschauen ohne jeden Widerstand gefallen, und das Herrl oder das Frauerl betrachtet den Blick auf sein Hunderl meistens mit sichtlichem Wohlgefallen.

Der Hund auf der Straße ist sozusagen ein Vermittler der Blicke. Man hat mit dem Mitmenschen Kontakt aufgenommen, ohne gleich in seinem Innersten Platz zu nehmen. Mein lieber Schwan, die Augen sind schon Hunde bzw. die Hunde sind dir schon welche Augen.

Da kommt mir wieder was ins Hirn: Wie ich so dreizehn, vierzehn Jahre alt war, war das unter uns Burschen ein stehender Spruch:

„A Madl mit an Hund läßt sich immer gut anblödeln.“

Ganz anders ist das wieder, wenn einer in Begleitung von einem anderen übers Trottoir daherspaziert. Da freuen sie sich wie zwölf nackte Neger, nur weil s' nicht allein sind. Da gestikulieren s' und reden aufeinander ein wie im Theater. Und wenn dann ein Alleingehender unvorsichtigerweise ein Aug auf einen der beiden Zweigehner wirft, so schaut der Angeschaut frech und herausfordernd zurück, daß dem armen Einzelwandler sämtliche Dioptrien ins Hirn wandern.

Es ist ein Triumph. Schau mich nur an, damit du siehst, wie arm du bist.

Für mich ist es schon lang klar, warum die Leute lieber in ihrem Auto als in einem öffentlichen Verkehrsmittel die notwendige Selbsttransportation vornehmen. Der Straßenkampf ist eine zu harte Hacke. Naja und die Leut, die unbedingt mit der Stadtbahn ins Geschäft fahren müssen, was machen die, damit sie einander nicht ins Gesicht schauen müssen: Sie halten sich eine Zeitung vors Anlitz. Der Bursche in meinem Beisl, der ewig im Öl ist, hat zu mir gesagt:

„Ohne Zeitung steig ich in eine Straßenbahn nimmer ein.“

Wie's im Leben so ist, besteht die

Arbeit nicht aus lauter Trüb- und Scharfsinn. Wenn die Frauen so in ihrer Sicherheit übers Pflaster stöckeln, da find ich öfters, daß ich gelegentlich doch eine ganz gute Zeit hab. Da schwingen die Röcke, da wippen die Brüste, und die Hintern werden rausgehalten, daß ich mir denk: Der Mensch hat mit dem Menschen hie und da doch Gutes im Sinn. Das Schönste, was es auf der Straße gibt, sind die Fuß von den Frauen, die wissen, daß sie Füße haben. Da mach ich zeitweis schon was mit. Meine Spezialität sind weiße Seidenstrümpf und schwarze Spannergelschuh.

Ich denk mir oft, da gehn die Leut in die Fahrschul und lernen alle möglichen Verkehrszeichen, nur damit sie nicht unter die Räder kommen. Weitaus vernünftiger wär's, wenn s' die Fuß studieren täten. Von der Wohlgeformtheit einmal abgesehen, schauen die meisten Geher so aus, daß sie das Interesse des Betrachters in Gegenden lenken, die dem Auge verhüllt sind.

Naja, was soll ich da noch lang herumreden, es weiß ohnehin jeder Mensch, der einzige Grund, wofür es sich lohnt, auf die Straße zu gehen, ist die Auffrischung der Gewißheit, daß ein Damenbein mehr als ein bloßes Fortbewegungsmittel ist.

Wenn ich dann nach Haus komm, haben wir meistens ein ganz gutes Granada, weil meine Frau und ich, wir sind einfache Menschen. Bei uns läuft der Feierabend nach der alten Volksweisheit: Jausnen tuast auswärts, aber essen zu Haus.

Die Flieger sind die Sieger, wie's im Zweiten Weltkrieg ghaßen hat. Das paßt zwar nicht ganz daher, aber es fällt mir ein, weil Aufstiegschancen hab ich ohnehin keine.

Alfred P. Schmidt

Alfred Paul Schmidt, geboren 1941, ist freier Schriftsteller in Graz. Sein letzter Roman heißt „Fünf Finger im Wind“ (Europa-Verlag). Er veröffentlicht ständig in den „manuskripten“ und schreibt auch für Tageszeitungen.

EX LIBRIS POLITICIS

Die Landgemeinde

Die grundsätzliche Fragestellung, ob und wie die künftige Landgemeinde — einer französischen Empfehlung zum IV. Internationalen Statistischen Kongreß folgend als Verwaltungseinheit mit weniger als 2000 Einwohnern —, die in einer Großgemeinde aufgegangen ist, die ihrer kommunalen Substanz beraubt wurde, die ihre wirtschaftlichen und kulturellen Einrichtungen an Zentralorte abgeben mußte und Lehrer, Pfarrer, Verwaltungsbeamte, Geschäftsleute und andere wichtige potentielle Führungskräfte eingebüßt hat, wie ein solches „ausgeweidetes“ Gemeinwesen seine sozio-kulturellen Aufgaben noch erfüllen kann, ist Gegenstand einer Arbeit von Ulrich Planck, erschienen in der Schriftenreihe für Agrarsoziologie und Agrarrecht, Bd. XXII. Im Geleitwort wird die Hoffnung damit verbunden, daß einer Tendenz der unbedachten und uneingeschränkten „Maßstabsvergrößerung“ bei den Gemeinden Einhalt geboten werde. Nach einer Beschreibung der verschiedenen Strukturen (Siedlungs-, Wirtschafts-, Sozialstruktur), die in Landgemeinden eine besondere Deutlichkeit erlangen und in dieser Arbeit als eine Aufnahme des Bestandes gelten, setzt sich der Autor mit den schon weniger klar abgrenzbaren Kompetenzen und Aufgaben einer Landgemeinde auseinander. Dadurch kommt auch die Frage der zukünftigen Gestaltung des politisch-administrativen Systems in den Mittelpunkt der Überlegungen. Insbesondere die traditionelle Raumordnungspolitik mit ihrer funktionalen und mechanistischen Grundregel, die möglichst rationelle und nach dem betriebswirtschaftlichen Optimum orientierte Strukturen anstrebt, wird als Förderung der sozialen Erosion hingestellt. In seinem Ausblick stellt

der Autor die berechtigte Frage, ob eine Vergrößerung des Potentials von ehrenamtlichen Führungskräften mit einem größeren Engagement für gemeindliche Aufgaben einhergeht.
h. p.

Notizen über Besuche auf dem Land

Die beiden engagierten Sozialwissenschaftlerinnen Benard und Schläffer widmen ihr im Verlag Jugend & Volk erschienenes Buch den „Hemdennäherinnen von St. Anna“ mit der Bemerkung: „Sie haben zwar nichts davon, aber uns ist es ein Bedürfnis.“ Im ersten Beispiel dieses authentischen Berichtes von den Eindrücken über die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebensbedingungen in einem südburgenländischen Dorf wird dem Leser, speziell dem städtischen, die Zweifelhafteigkeit des gesellschaftlichen Ertrages eines materiell orientierten Daseins vor Augen geführt.

Die Grundzüge einer ländlichen Proletarisierung, deren Opfer vor allem die Frauen sind, werden mit schonungsloser und ausgewogener Härte an Hand der Industrialisierung und der Einführung der Fabrikarbeit im ländlichen Raum aufgezeigt. Der Bogen der theoretischen Ausführungen reicht von Marx über Habermas bis zu Dahrendorf. Sind es im Falle von St. Anna die Umstände der geographischen Randlage, die ein ganzes Dorf und eine ganze Region diskriminieren, so ergeben sich in Isarkirchen, einem Ort nahe der Großstadt, durch das Aufeinandertreffen von agrarischer und städtischer Gesellschaft eine Reihe innerer Spannungen (Satellitensiedlung, Gastarbeiter, Großgrundstücksbesitz, Jugendkriminalität). Wohlwendig ist für den vom üblichen sozialwissenschaftlichen Jargon belasteten Leser, daß in dieser Arbeit sowohl sprachlich als auch methodisch ein Weg beschritten wurde, der ganz konträr zu den üblichen Erhebungen, Befragungen und Strukturanalysen ist.

Der Anspruch des Buches wird von den Autorinnen als Diskussionsgrundlage und Anregung bezeichnet, um einen Blick hinter die Kulissen gesellschaftlich etablierter Strukturen zu werfen, um seine Umgebung kritisch wahrzunehmen und nachzudenken sowohl über die Wurzeln bestimmter Lebensformen als auch über die Veränderbarkeit. Es entsteht jedoch der Eindruck, daß durch das Übermaß an kritischen Analysen die Energien für das Aufzeigen von Strategien und Konzepten zur Veränderung kritisierten Zustände nicht mehr vorhanden waren. Ob diese dargestellte, scheinbare Ausweglosigkeit für Randgruppen und sozial



Desintegrierte eine Hilfe ist, ist zu bezweifeln. h. p.

Das ist Was!

Weithin wird die Boulevardisierung des Zeitungs- und Zeitschriftenwesens beklagt. Daß es aber — getragen von hoher journalistischer Ethik und von Idealismus — auch ermutigende Gegenbeweise gibt, belegt der Leitende Redakteur der „Kleinen Zeitung“, Dr. Gerfried Sperl, mit den von ihm herausgegebenen „Grazer Hefte für Kultur und Politik“.

Was (Vierteljahresschrift, Einzelpreis 15 Schilling, Jahresabonnement 50 Schilling, zu bestellen bei Dr. Gerfried Sperl, 8010 Graz, Elisabethstraße 28).

Schon 1971 startete der aus der Hochschulpolitik kommende (Aktion-Mitbegründer und ehemaliger Vorsitzender der Hochschülerschaft an der Universität Graz) mit einem seltenen, feinen journalistischen Gespür für die Themen und Strömungen der Zeit ausgestattete Gerfried Sperl mit dem „Was“-Vorläufer, den „Grazer Heften“. „Was“ selbst erschien erstmals 1972 als Kulturkalender und Programmzeitschrift des Forum Stadtpark. In der Nummer 8 emanzipierte sich „Was“ zum völlig eigenständigen Sperl-Produkt und griff von diesem Zeitpunkt bis heute — Ende Dezember erschien Nummer 25 — stets schwerpunktmäßig interessante neue Themen auf bzw. bereite diese auf. So machte Sperl nicht zuletzt über seine Zeitschrift den amerikanischen Kulturhistoriker Wilhelm S. Johnston mit seinem grundlegenden Werk zur österreichischen Kultur- und Geistesgeschichte „The Austrian mind“ in der Steiermark bekannt. Johnston hielt dann auch ein vielbeachtetes Referat beim Grazer Liberalismus-Seminar und

kam wieder zur Steirischen Akademie 1979 über „Österreichs Identität“. Zu beiden Veranstaltungen leistete „Was“ übriges wichtige begleitende Arbeit. „Was“-Nummer 16/77 war dem allgemein viel zu wenig aufgearbeiteten Themenkreis „Liberalismus und Kirche“ u. a. mit Beiträgen der katholischen Zeithistorikerin Erika Weinzierl, des Grazer Sozialphilosophen Karl Acham und des Kärntner Akademikerseelsorgers Ulf Colerus-Geldern gewidmet. Und „Was“ Nummer 25 setzte sich unter dem Titel „Kakanien“ mit Österreichs Identität auseinander. Auch die gesellschaftspolitischen Hintergründe der österreichischen Parteipolitik wurden ausgeleuchtet. Zur Frage „Ist Österreich sozialistisch?“ nahmen in „Was“ 19/78 der Linzer Nationalökonom Univ.-Prof. Kurt Rothschild, der Salzburger Politikwissenschaftler Univ.-Prof. Franz Horner, der Strafrechter Univ.-Prof. Reinhard Moos, Wirtschaftsbundgeneralsekretär Dr. Schüssel, der Rechtswissenschaftler Univ.-Prof. Viktor Steininger, der Theologe und Parteisekretär der Tiroler SPÖ Mag. Lothar Müller, Dr. Peter Diem und LAbg. Univ.-Prof. Bernd Schilcher (der sicherlich nicht zufällig mehrfacher „Was“-Autor ist) Stellung. Mit acht gezielten Fragen, die den Autoren vorgelegt wurden, sorgte „Was“ dafür, daß es sich bei den Beiträgen nicht um gescheit-unverbindliche Abhandlungen, sondern um intelligent-konkrete echte Antwortversuche handelt. Ähnlich verhielt es sich mit Nummer 23/79, „Österreich wählt“, in der u. a. Anton Pelikan den „Wechselwähler“ und der „Was“-Mitherausgeber Univ.-Ass. Dr. Michael Steiner die Alternativbewegung untersuchten. Vergleichbar interessante Beiträge vor allem zu Fragenkreisen, die im allgemeinen gesell-

schaftlichen Bewußtsein oft erst reif werden müssen, könnten aus allen Nummern herausgegriffen werden. Erwähnt sei lediglich noch „Was“ 21/78 zum Bereich „Arbeit“, zu einem Thema also, das „politicum“ in der nächsten Nummer anreißen wird (womit auch hier eine — bei aller Unterschiedlichkeit — im Anspruch vorhandene gewisse Parallelität beider Zeitschriften festgehalten sei).

Darüber hinaus wurde „Was“ seinem Untertitel „Grazer Hefte für Kultur und Politik“ auch dadurch gerecht, daß unter den Autoren zahlreiche Exponenten der jüngeren Grazer Literaturszenarie — von Hans Buchrieser über Alfred P. Schmidt und Arno Hofer bis Folke Tegethoff — zu finden sind. Dieser künstlerische Zug ist auch in der ansprechenden Aufmachung von „Was“ deutlich sichtbar. Obwohl mit einfachen Mitteln hergestellt, strahlt „Was“ graphische Gediegenheit aus — Inhalt und Form bilden somit ein untrennbares Ganzes. Die um Liberalität und differenzierte Betrachtungsweise bemühte inhaltliche Gestaltung macht „Was“ zu einer Lektüre, die eine größere Verbreitung verdient und für die sicherlich ein Markt vorhanden ist. Das ist „Was“ — speziell auch für „politicum“-Leser. hō

Städtische Nahverkehrspolitik

Kommunalwissenschaftliches Dokumentationszentrum (Hrsg.):

Zur Finanzierung der städtischen Verkehrsbetriebe in Österreich
von Helfried Bauer und Wolf Huber,
Verlag Jugend & Volk, Wien 1979.

Ausgangspunkt der Studie ist eine Skizzierung der Problematik des



Stadtverkehrs. Dabei tritt bereits zutage, daß der seit Jahren von den Politikern betonte Vorrang des öffentlichen Personennahverkehrs vor dem Individualverkehr in der Praxis keinen Niederschlag findet.

Die Gründe werden teils an Hand der Ertrags-Aufwands-Schere aufgezeigt, die sich mit der Größe der Betriebe (Beispiele Wien, Graz, Linz) weiter öffnet.

Der Hauptteil der Arbeit beschäftigt sich dann auch mit Möglichkeiten und Vorschlägen zur Attraktivie-

rung des Angebotes im öffentlichen Personennahverkehr unter Berücksichtigung der Finanzierbarkeit bzw. der Möglichkeiten der Kosteneinsparung.

Kernaussage der Reformvorschläge, die auf zahlreiche internationale Vergleichswerte aufbauen, ist eine Finanzierungsform der „Niedrig-Tarife und laufenden Zuschüsse, zu deren Durchsetzung in den großen österreichischen Städten ein Einfrieren, unter Umständen auch eine Senkung der gegebenen Tarife

in abschbarer Zeit zweckmäßig wäre“.

Die Anmerkung der Verfasser, daß eine umfassende Verkehrspolitik aber auch einen entsprechenden politischen Rückhalt benötigt, muß unter dem Eindruck einer mit dem Veröffentlichungszeitpunkt der Arbeit zusammenfallenden Tarifierhöhung in der Bundeshauptstadt beinahe ironisch kommentiert werden. Nicht zuletzt auch deswegen, da der Auftraggeber der Arbeit der von der Stadt Wien dominierte Österreichische Städtebund ist.

h. p.